

2,- DM

ZEITUNGSPROJEKT ANTIRASSISTISCHER UND ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN

Mai - Juni 1992



3/ 1992

ZEITUNGSPROJEKT ANTIRASSISTISCHER UND ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN

Berlin, im Mai 1992

Liebe ZAG-LeserInnen,

viele von Euch/Ihnen erhalten heute die 3. Ausgabe der ZAG, ohne sie abonniert zu haben oder uns mitgeteilt zu haben, daß sie die ZAG auch weiterhin im Briefkasten vorfinden möchten. Dies war ein Angebot an Euch(Sie), erst einmal abzuwarten, was sich aus dem Zeitungsprojekt entwickelt. Aus finanziellen Gründen werden uns diese aufwendigen und teuren Versandaktionen in Zukunft nicht mehr möglich sein. Falls (Ihr) Sie also daran interessiert seid (sind), die ZAG auch weiterhin zu erhalten, bitten wir Euch(Sie), uns Euer(Ihr) Intersse schriftlich mitzuteilen bzw. den Schnipsel auf der letzten Seite der ZAG zuzuschicken.

Da keine der an der Redaktion beteiligten Gruppen eine öffentliche Förderung erhält, werden wir auch in Zukunft auf Eure(Ihre) Spenden und Abos angewiesen sein. Die Finanzierung der nächsten Nummern ist noch nicht gesichert. Aber wir sind wild entschlossen weiterzumachen.

Bei all jenen, die bereits die ZAG abonniert haben und Geld gespendet haben, bedanken wir uns auf diesem Weg ganz herzlich.

Leider ist auch bei dieser Nummer einiges schief gelaufen. Der Druckfehlerteufel hat des öfteren zugeschlagen. Diese Ausgabe wurde nicht durch die ASTA TU Druckerei, sondern durch die ASTA FU Druckerei erstellt (Seite 2 - Impressum). Auf der Seite 15 - "Ankündigung Wochenendtagung" fehlt der Name Robin Richardson, Direktor des Runnymede Trust, London, der die Situation in Großbritannien darstellen wird.

Diese Ausgabe hätte aufgrund der bei uns eingegangenen Materialien und Artikel mindestens doppelt so dick sein können, wäre aber nicht mehr finanzierbar gewesen. Wir mußten auswählen, kürzen und eingeplante Artikel wieder rauswerfen. Ganz besonders leid tut uns, daß wir die Dokumentation der rechtsextremen übergriffe in dieser Ausgabe nicht veröffentlichen konnten.
Deshalb hier der Hinweis: Die aktuelle Liste kann als Ausdruck oder Datei (bitte Rückporto und gegebenenfalls eines DOS-formatierte Diskette 3,5 Zoll DD mitschicken) angefordert werden im Olof-Palme-Jugendzentrum-DGB-Antifagruppe-, Brunnenstr. 125-127, W-1000 Berlin 65.

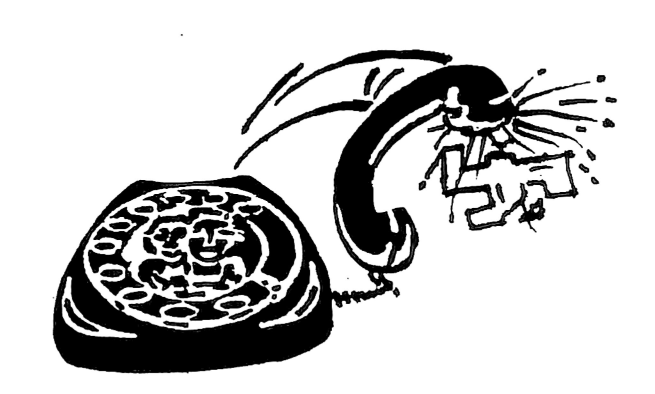
Die Redaktionsgruppe
Antifa-Infotelefon
Antirassistisches Telefon Ost-Berlin
Antirassistische Initiative e.V.

Inhalt

IMPRESSUM

Das ZAG (Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen) wird gemeinsam von der Antirassistischen Initiative e.V., dem Antifa-Infotelefon und dem Antirassistischen Telefon (Ost-Berlin) herausgegeben.
V.i.S.d.P Sabine am Orde, Sabine Seyb
Erscheinungsweise 4mal jährlich
Druck: Eigendruck im Selbstverlag/Druckerei AStA TU Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint Anfang August 1992
Redaktionsschluß ist spätestens der 1. Juli

Die Redaktion ist erreichbar über die
Antirassitische Initiative
c/o Fabrik Osloer Str.
Osloer Str. 12
W-1000 Berlin 65
Telefon: 030/8619422 (Antirassistisches Telefon, West-Berlin)
FAX-Nr.:030/8520815



Spenden dringlichst erbeten!
Konto:
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Kontonummer: 3039600

VORWORT

Mit Hoyerswerda hat es wieder eine ansonsten unbedeutende deutsche Stadt geschafft, daß die bloße Nennung ihres Namens international eindeutige Assoziationen hervorruft, als Synonym für neuen deutschen Rassismus.

Seitdem dort im Herbst 91 Flüchtlinge mit Gewalt unter breiter Beteiligung und Zustimmung der deutschen Bevölkerung vertrieben worden waren und im Anschluß die Medien einige Zeit lang täglich von Anschlägen auf das Leben von Schwarzen, ImmigrantInnen und Flüchtlingen berichteten, konnten viele die Augen nicht mehr davor verschließen, was sie -bis in die Linke hinein- zuvor jahrelang abgetan hatten: Rassismus ist in der deutschen Gesellschaft verankert, und zwar nicht als Randerscheinung einiger Ewig-Gestriger. Der Zeitpunkt für die Erkenntnis erscheint etwas willkürlich, wenn wir bedenken, daß Hoyerswerda nicht den Startschuß für rassistische Gewalttaten abgab; die lassen sich in großer Zahl bis hin zu rassistisch motivierten Morden weit in die Geschichte der alten BRD zurückverfolgen, wenn sie auch immer als isolierte Taten Einzelner ausgegeben wurden. Und auch die im Herbst als neue Qualität des Rassismus analysierte breite aktive und passive Beteiligung der deutschen Bevölkerung war wohl weniger neu und überraschend. Fast parallele Vorgänge hatten sich in Hoyerswerda schon eineinhalb Jahre zuvor, zum 1. Mai 1990, abgespielt - nur damals ohne Medienecho.



Zweifelsohne hat dieses Echo im vergangenen Herbst bewirkt, daß es heute weniger provokativ erscheint, von Rassismus zu reden, für viele er sogar kurzfristig als eine Art Modethema aufgeflammt ist. Haben sich damit die Bedingungen für eine antirassistische Politik positiv verändert?

Sehen wir uns die Entwicklung seit Hoyerswerda etwas genauer an: Die rassistischen Gewalttaten sind aus den Schlagzeilen in die hinteren Rubriken der Presse gerutscht. Darüber, ob dies auf einen tatsächlichen Rückgang der Gewalttaten oder auf einen Rückgang ihres journalistischen Sensationswertes zurückzuführen ist, können wir im Augenblick nur spekulieren. Das "Archiv für Sozialpolitik" registrierte immerhin für die ganze Zeit bis in den Februar hinein fast täglich Anschläge und Übergriffe gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Die Meldungen, die noch die Öffentlichkeit erreichen, machen zumindest aber deutlich, daß weiterhin vor allem mit Brandanschlägen, Schüssen oder körperlichen Attacken das Leben von Flüchtlingen und Immigrantinnen bedroht wird und sie in vielen Orten unter einem Klima täglichen Terrors leben müssen.(Am Freitag, den 24. April wurde in Berlin-Marzahn ein 29jähriger Vietnamese vor dem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring vermutlich von Skinheads erstochen. Der Platz vor dem Einkaufszentrum soll voller Menschen gewesen sein. Nicht ein einziger habe versucht, einzugreifen -Tsp. v. 26.4.92-).

Die Plakatwände und Fernsehsendungen beherrschen seit Hoyerswerda hingegen eindeutig die "Ausländerfreunde". Große Koalitionen bilden sich da aus den Regierungschefs Stolpe und Diepgen, von Berliner Unternehmen und Berliner DGB, Kirchen und Flüchtlingsrat und verkünden: "Gemeinsam für Ausländer - Gewalt? Halt!"

Prominente von Steffi Graf bis zu Heiner Müller gehen noch einen Schritt weiter und lassen als neue Selbsterkenntnis plakatieren: "Ich bin ein Ausländer". Mit dieser Erklärung verwandeln sie sich als "gute Deutsche" gleich von potentiellen Mit-Tätern zum potentiellen Mit-Opfer. Man hat hier schließlich gelernt, nicht Täter, sondern betroffen zu sein. Fazit: "Die Deutschen sind ein ausländerfreundliches Volk" (Kohl).

Bei so dick aufgetragener Freundlichkeit stellt sich die Frage, worin sie eigentlich besteht und wer als Verantwortlicher für die nun einmal nicht leugbaren rassistischen Gewalttaten übrigbleibt. Breit ist der Konsens über die Täter und ihren Hintergrund: Es sollen die desorientierten männlichen Jugendlichen -oftmals Skinheads- sein, die selbst zum Opfer der "Risikogesellschaft" geworden seien, arbeitslos, herausgerissen aus traditionellen Beziehungsstrukturen, voller Zukunftsängste. Belegen läßt sich diese Zuschreibung vielleicht damit, daß es in der Tat hauptsächlich männliche Jugendliche sind, die wegen solcher Straftaten vor Gericht gestellt werden. Nur, war es nicht gerade das Zeichen von Hoyerswerda, daß nicht kleine Jugendbanden, sondern breite Bevölkerungskreise zur Hatz auf alle Nicht-Deutschen bliesen? Empirische Studien weisen nach, daß rechtsextreme und rassistische Einstellungen sich eben nicht auf deklassierte Jugendliche beschränken, es sogar gerade bei den "Gewinnern der gesellschaftlichen Modernisierung" hierfür eine Basis gibt. Die Verengung der Verantwortlichkeit auf eine desorientierte Randgruppe hat freilich ihre Funktion, entlastet sie doch von der Peinlichkeit, Rassismus im Zentrum der Gesellschaft bloßzulegen, und bietet sie zudem die für die "Randgruppenarbeit" typischen praktischen Handlungsansätze: Mehr Polizei und mehr Sozialarbeit.

Tatsächlich gibt es nun 20 Millionen DM vom Bundesjugendministerium für die Sozialarbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Mensch kann bezweifeln, ob das angesichts anderer Bonner Summen ein üppiger Betrag ist und ob vor allem mit der Sozialarbeit der Rassismus dieser Jugendlichen bekämpft wird. So berichtet die taz in einer Reportage von Skins in Berlin-Marzahn, die sich nun ein Klubcafe aufbauen(Die einzige Jugendeinrichtung im Bezirk), das die taz "an ein alternatives Nachbarschaftszentrum" erinnert - mit einem kleinen Haken: "Ausländer werden im Klub nur für die Dauer eines Getränks geduldet" (taz 19.2.92). Eindeutig fällt hingegen der Vergleich dieser 20 Millionen mit dem aus, was den Opfern des Rassismus zur Verfügung gestellt wird - nichts. Es sei denn, Berlins Ausländerbeauftragte John möchte ihren neuen Sondertopf von 1,3 Millionen DM hier geltend machen. In antirassistische Arbeit wird davon kein Pfennig fließen. Schließlich kann Frau John, diesjährige Theodor-Heuß-Preisträgerin unter dem Motto: Rechtsextremismus und Ausländerhaß überwinden, noch immer keine rassistischen Strömungen in der BRD ausmachen (taz 24.2.92). Mit einer Prämie bis zu 10.000 DM bedacht werden vielmehr ältere, längere Zeit arbeitslose ImmigrantInnen unter der Voraussetzung, daß sie dafür für immer in ihre Herkunftsländer ausreisen (taz 22.2.92). "Haut ab!", heißt die Botschaft, nur wird sie netter und ein wenig versilbert ausgedrückt. Mit dieser Botschaft steht Frau John unter den Ausländerfreunden freilich nicht alleine da. Fast unbemerkt wird nämlich hinter dem

Vorhang der Ausländerfreundlichkeit der Status des "Ausländers" und der "Ausländerin" immer wieder aufs Neue rekonstruiert und zementiert.

Es sind "die Deutschen", die sich die Rechte - auch das Recht zu helfen - vorbehalten, es sind "die Ausländer", die auf die Hilfe angewiesen sind und sich ihrer würdig erweisen müssen. Nicht in Frage gestellt wird mehr beispielsweise das Ausländergesetz, das die gesetzlichen Grundlagen für den Ausschluß eines Teils der Bevölkerung von gleichen Rechten bietet. Nicht als Skandal wird mehr empfunden die erst gut ein Jahr alte höchstrichterliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß in diesem Land nicht die Einwohner, sondern nur Deutsche wählen dürfen. Auf dieses Prinzip der Ausgrenzung aufgrund nicht-deutscher Herkunft stützen sich auch die rassistischen Gewalttäter und setzen es auf ihre Art brutal um. Wie brüchig aber auch eine nicht mit dieser Ausgrenzungslogik brechende Freundlichkeit selbst in aufgeklärt fortschrittlichen Kreisen sein kann, zeigt sich meist spätestens dann, wenn die Ausgegrenzten sich die ihnen vorenthaltenen Rechte nehmen. So setzte etwa die fortschrittliche Schalom-Gemeinde in Norderstedt Flüchtlinge, die sich aus Heimen in der Ex-DDR in ihre Räume geflüchtet hatten, letztlich mit Strafandrohung vor die Tür, nicht ohne vorher klargestellt zu haben, daß der politische Kampf um "Asylgesetze mit menschlichem Antlitz" Deutschen vorbehalten sein soll.Häufig wird der Aufruf zu Verständnis und Freundlichkeit begründet mit Nützlichkeiserwägungen; etwa "wir" - gemeint sind immer "wir Deutschen" - brauchen die ImmigrantInnen für unsere Rentenversicherung oder, ein Standardargument auch in Aufklärungsschriften gegen "ausländerfeindliche Vorurteile", "wir" brauchen "sie" auf dem Bau, im Gaststättengewerbe, beim Obst- und Weinanbau etc., "weil einheimische Kräfte dafür einfach nicht zu haben sind".



"Grenzen auf"

Diese Argumentationsebene ist dabei durchaus für offene Rassisten zugänglich, gestritten werden braucht nur darum, wann für "uns" der Nutzen erschöpft ist. Daß diese Ebene bis weit in die Grünen verankert ist, zeigt deren realpolitische Diskussion um eine Kontingentierung nicht asylberechtigter Flüchtlinge, deren Umfang der MdB von Bündnis 90/Grüne Konrad Weiß "an die jeweilige wirtschaftliche Situation Deutschlands", also "unseren Nutzen", geknüpft sehen will (taz).
Hier kommen wir zum Kern dessen, was als Grundkonsens der deutschen Bevölkerung systematisch seit Jahren organisiert und über die Asyldebatte im letzten halben Jahr tagtäglich eingehämmert worden ist: "Wir" müssen uns schützen gegenüber der "Flüchtlingsgefahr". Was in diesem Zusammenhang an menschlichen Alternativen - jenseits von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime - gedacht wird, liest sich bei Barbara John etwa so: "Um Massenabschiebungen zu vermeiden, wird derzeit diskutiert, Antragsteller aus bestimmten Ländern, in denen politische Verfolgung nicht droht, schon an den Grenzen abzuweisen". Oder noch ungenierter mit Anspielung auf Kriegsstrategien bei dem Weizsäcker-Berater und Geschichtsprofessor Baring: Es wird "eher zu einem neuen Maginot-Denken kommen, also irgendeiner Art von neuem Mauerbau, übrigens im Maßstab der EG. Denn wir sind nicht die einzigen, die von Zuwanderung bedroht sind" (siehe Buchbesprechung).

In ihren praktischen Vorschlägen - wie Kasernierung von Flüchtlingen und dem kurzen Prozeß bei der Ablehnung von Asylbewerbern - haben CDU und SPD längst frühere Positionen der REPs eingeholt. Auch solche verbalen Gewaltaufforderungen wie "gegebenenfalls Überprüfung nur durch einen Einzelrichter am besten an Ort und Stelle, dann an Kopf und Kragen packen und raus damit" lassen heute nicht mehr eindeutig auf neofaschistische Urheber schließen.

Es war das Bundesvorstandsmitglied und der Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfäischem Landtag der SPD, Farthmann, der sich so äußerte (lt. Tagesspiegel 3.3.92). Wetten dürfen auch dafür angenommen werden, daß binnen kurzem die letzte geschichtliche Scham vor der formellen Abschaffung des Asylrechts als Grundrecht gefallen sein wird, was nicht bedeutet, daß damit der Bedrohungs-Diskurs eingestellt werden würde. Welches andere Thema wäre denn auch so geeignet,

Deutsche sich als Deutsche und damit als verfolgte Unschuld ("Wir können doch nicht die Probleme der ganzen Welt lösen!") fühlen zu lassen, die -Klassen hin, Geschlechter her - doch auch gemeinsame deutsche Interessen zu vertreten haben. Wie sehr dieser Diskurs Wirkung zeigt, wird wiederum deutlich am Beispiel der Grünen, die ihre frühere antinationalistische Forderung nach offenen Grenzen durch eine nach Einwanderungsquoten ersetzt haben. "Dies sei zwar ungerecht gegenüber jedem 1001. Flüchtling aus dem Notstandsgebiet, der nicht mehr hereinkomme, weil das Kontingent auf 1000 begrenzt sei. Das müsse man jedoch in Kauf nehmen", präsentiert Konrad Weiß offen zynisch das neue nationale Denken (lt. taz 7.9.91). Aber "es ist endlich ein Beschluß, mit dem wir auf die Straße gehen können" (taz 16.9.91).

Nein, Hoyerswerda war genau besehen nicht der Wendepunkt, an dem eine deutsche demokratische Öffentlichkeit aufgewacht wäre und den Rassismus als Skandal überhaupt richtig wahrgenommen hätte.

Die dargestellte Situation vor Augen, verwundern die jüngsten Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg nicht so sehr. Der Einzug rechtsextremer Parteien in die Landtage sind lediglich Spiegelbild bundesrepublikanischer Realität. Aber auch hier zeigt sich, wie krampfhaft versucht wird, die Wahlergebnisse zu verharmlosen, die WählerInnen von DVU und REP zu entschuldigen: Die etablierten Parteien reagieren auf die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien, indem sie auf die vermeintlichen Unterschiede zwischen den rechten Pateien und ihren WählerInnen hinweisen. Die WählerInnen der REPs, DVU, ÖDP usw. seien im Prinzip "enttäuschte Demokraten" und keineswegs rechtsextrem. Das Wort "Protestwähler" geistert durch die Medien, von einem Denkzettel für die etablierten Parteien wird gesprochen. Dabei sind es gerade die als "Protestwähler" bezeichneten Menschen, die von den -auch von den etablierten Parteien- geschürten Ängste und Ressentiments angesprochen werden. Es sind Menschen, die zwar nicht real von "Verlusten", welcher Art auch immer, bedroht sind, trotzdem aber eine imaginäre Angst entwickeln, ihre eigene gesellschaftliche und ökonomische Position zu verlieren.

Die WählerInnen rechtsextremer Parteien mögen von der parlamentarischen Demokratie enttäuscht sein, interessant ist es zu betrachten, wofür sie stehen; für einen autoritär durchorganisierten Staat, der vorgibt, eigene Privilegien zu sichern und andere, die diese Privilegien bedrohen könnten, ausgrenzt.

Antirassistische Politik steht so heute vielmehr vor einem großen Dilemma: Einerseits müssen auf breitester Ebene Bündnispartner gewonnen werden, um oft auch nur das Leben von



"Grenzen auf"

Schwarzen, ImmigrantInnen und Flüchtlingen zu schützen. Andrerseits zerbröseln aber die Grundlagen für solche Bündnisse, muß scharf gegen Zugeständnisse an einen nationalen Konsens gestritten werden. Dieses Dilemma läßt sich nicht vermeiden, es sei um den Preis einer Aufgabe eigentlich antirassistischer Politik zugunsten einer Strategie der Ausländerfreundlichkeit, bei der aber wesentliche Bereiche des Rassismus -insbesondere seiner staatlichen Varianten- diesseits gewalttätiger Übergriffe von Skins und Nazis ausgeblendet bleiben. Gerade gegenüber der zur Schau getragenen und doch so labilen Freundlichkeit ist es wichtig, auf Forderungen nach offenen Grenzen und gleichen Rechten unabhängig von der Herkunft und deren Verwirklichung als Kriterium und Ziel antirassistischer Politik zu bestehen.

Wir denken, daß es in einer kontinuierlichen antirassistischen Arbeit auch darum gehen muß, den institutionellen Rassismus als Dreh- und Angelpunkt des rassistischen Alltages immer wieder aufzuzeigen und Gegenstrategien zu entwickeln.

Dabei spielt die Arbeitsmarktpolitik eine herausragende Rolle. Ob wir wollen oder nicht: Arbeit bestimmt für die meisten Menschen den Großteil ihres Lebens. Für ImmigrantInnen und Flüchtlinge ist ihr Arbeitsalltag geprägt von rassistischen Diskriminierungen; ob bei den Stellenvergabekriterien des Arbeitsamtes, der Einstellungspraxis der Firmen, bei den Aufstiegschancen oder den Entlassungskriterien.

In anderen Ländern wie zum Beispiel Kanada, den USA, Großbritannien oder den Niederlanden finden seit Jahren Diskussionen statt bzw. wurden Modelle entwickelt und durchgesetzt, um den Rassismus auf dem Arbeitsmarkt zurückzudrängen.

Ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist es deshalb, über Möglichkeiten antirassistischer Arbeitsmarktpolitik zu berichten. Wir wollen so dazu beitragen, diese Diskussion auch in der Bundesrepublik zu führen.

Die Redaktionsgruppe

Infos zum ZAG:

Wir wollen im ZAG Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über Widerstand gegen rassistische und faschistische Gewalt, über antirassistische, antifaschistische Aktionen berichten und die Meldungen, die bei den Infotelefonen eingegangen sind, dokumentieren.

Das ZAG soll nicht nur uns, sondern vor allem auch anderen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten, ihre Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Ankündigungen zu veröffentlichen. Die Qualität des ZAG wird auch weiterhin entscheidend von Eurer Mitarbeit abhängig sein.

Wir wollen auch dazu auffordern, das Wegsehen und Schweigen bei rassistischer Gewalt und Diskriminierung aufzubrechen - denn: Wer schweigt macht sich mitschuldig!

Deshalb gebt Eure Informationen und Erfahrungen an die Infotelefone weiter. Das ist wichtig, u.a. um eine starke Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Aktionen durchzuführen und die von Rassismus Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

Danke an alle, die das ZAG bisher mit dringend notwendigen Spenden und Abos und mit Beiträgen unterstützt haben. Aber nach wie vor ist die finanzielle Basis für das ZAG alles andere als gesichert. Deshalb wird die Existenz des ZAG auch in Zukunft von Eurer Spendenfreude und regelmäßigen finanziellen Unterstützung abhängig bleiben.

Soweit es uns möglich ist, werden die bei uns eingehenden Artikel wörtlich übernommen. D.h. die Beiträge, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, spiegeln nicht unbedingt (weder in Wortwahl noch inhaltlich) die politischen Standpunkte der Redaktionsgruppe wieder.

Bei Artikeln, die uns unaufgefordert zugesandt werden, behalten wir uns - möglichst in Absprache mit dem/der AutorIn - Kürzungen und Kommentare vor.

Die Redaktionsgruppe

WER WIR SIND: DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON OSTBERLIN

Leider sind die Zeiten so, daß es sich schon fast erübrigt, zu erklären, warum die Gründung einer antirassistischen Initiative notwendig ist

- Die Serie der rassistischen Morde und Überfälle reißt nicht ab.
- Die PolitikerInnen beweisen durch ihre Gesetze und Beschlüsse tagtäglich, daß ihre "Ausländerfreundlichkeit" aufgesetzt und verlogen ist.
- Deutsche BürgerInnen demonstrieren offen ihren Haß gegen und ihre Verachtung für alle "Nicht-Deutschen".

Bereits bestehende Pläne, ein antirassistisches Infotelefon auch in Ostberlin aufzubauen, scheiterten bisher daran, daß kein geeignetes Telefon zur Verfügung stand.

Nach längerer Wartezeit erhielt der Baobab-Infoladen endlich seinen Telefonanschluß. Leider hat die Telekom auch gelegentliche Störungen mitgeliefert: Manchmal kommen Anrufe nicht an, obwohl die AnruferInnen das Freizeichen hören.

Seit Mitte Februar betreiben wir, eine noch kleine Gruppe von Menschen, das Antirassistische Telefon Ostberlin im Baobab -Infoladen.

Die beiden Antirassistischen Telefone in Ost- und Westberlin und das Antifa-Info-Telefon sind keine "Konkurenzunternehmen". Sie arbeiten zusammen und ergänzen sich. Wir betrachten den Ostteil der Stadt als unser Hauptarbeitsgebiet, interessieren uns aber auch für rassistische und antirassistische Aktivitäten im Umland von Berlin.

Durch das Sammeln von Informationen, eigenen Nachforschungen aufgrund der bei uns eingegangenen Meldungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung an Aktionen wollen wir dazu beitragen:

- den gewalttätigen Terror gegen "Nicht-Deutsche" zu stoppen.
- rassistische Diskriminierungen aufzudecken und ihnen ein Ende zu setzen.
- die Gegenwehr der Betroffen zu unterstützen.

Wenn Ihr von rassistischen Übergriffen oder Diskriminierungen betroffen seid oder von solchen erfahrt: Ruft uns an - oder schreibt. Wir überlegen dann gemeinsam mit Euch, was im konkreten Fall gemacht werden kann. Allerdings sind wir entgegen gelegentlich geäußerter Erwartungen keine antirassistische "Feuerwehr". Das heißt, in den wenigsten Fällen werden wir aufgrund eines Alarmanrufes unverzüglich an den Ort eines aktuellen Geschehens eilen und eingriffen können.

Unsere Adresse:

- **AntirassistischesT elefon;**

  Ostberlin: 42 694 51
  Winsstr.53
  Dienstag bis Donnerstag von 12.00 bis 22.00 Uhr

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit bitte auf das Konto:

- **Baobab-Infoladen e.V., Winsstr. 53,**

  0-1055 Berlin
  Berliner Sparkasse
  Bankleitzahl: 100 500 00
  Girokonto : 411 352 0297
  Stichwort: Antirassistisches Telefon

Ausgewählte Meldungen des Antirassistischen Telefons (West-Berlin)

Tel.: 030/8619422, besetzt: Montags 17.30-20.30 Uhr und Freitags 14.30-17.30 Uhr (Sonst Anrufbeantworter)

Rassismus in Kneipen

Am 9. März wird der schwarze Franzose Assirou Éba (Name von der Red. geändert) zum Opfer rassistisch motivierter Gewalt. Assirou Éba ging am späteren Abend in ein Lokal im Ku-Damm-Karré. Eine offensichtlich angetrunkene Frau setzt sich am Tresen neben ihn, beginnt ein Gespräch und gibt Assirou eine Schorle aus. Die Frau greift Assirou ins Gesicht und nimmt ihm die Brille ab. Assirou verlangt die Brille zurück, da er angesichts des Zustands der Frau befürchtet, die Brille könnte Schaden nehmen - was auch prompt passiert: Ein Brillenglas zerbricht und die Bügel sind stark verbogen.

Als Assirou nunmehr von der Frau Namen und Adresse verlangt, um den Schaden über deren Haftpflichtversicherung abzuwickeln, mischen sich zwei andere Gäste des Lokals ein. Ein Mann und eine Frau, die mit am Tresen sitzen, meinen, Assirou solle sich nicht so aufregen, schließlich sei ja die Brille von der Krankenkasse, also von "unseren" Steuergeldern - der Mann und die Frau sind weiße Deutsche - bezahlt. Assirou solle "in den Busch" zurückgehen, "Neger" wolle man hier nicht.

Die Frau, die die Brille beschädigt hat und die sich an den rassistischen Beschimpfungen nicht beteiligt, ist nun aufgestanden, um zu gehen. Assirou, der immer noch nicht ihre Adresse hat, ergreift daraufhin ihre Reisetasche, quasi als Pfand. Dies nimmt das andere Pärchen am Tresen zum Anlaß, Assirou anzugreifen und zu schlagen. Die Frau schlägt ihm eine Flasche auf den Kopf.

Trotz Assirous Bitte, weigert sich die Bedienung hinter dem Tresen, die Polizei zu rufen. Für einen "Neger" werde man hier garnichts tun... Daraufhin verläßt Assirou das Lokal, gerät noch mit dem Waschschutz im Ku-Damm-Karré aneinander und schafft es schließlich, die Polizei zu alarmieren.

Assirous Strafanzeige gegen die Frau, die ihm die Flasche auf den Kopf geschlagen hat, beantwortet diese sogleich mit einer Gegenanzeige. Danach soll Assirou sie grundlos geschlagen und an den Haaren gezogen haben. Die Personalien der Frau, die die Brille zerstört hatte, konnte die Polizei nicht feststellen. Diese hatte sich nämlich in der Zwischenzeit am Ende des Tresens am Boden "versteckt" - was der Polizei nicht auffiel, obwohl sie Assirou darauf hingewiesen hatte.

Das berechtigte Interesse von rassistisch Beleidigten oder Geschlagenen, sich auch mit Hilfe von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die Übergriffe zu wehren, wird immer häufiger mit Gegenanzeigen der Täter beantwortet. Die Opfer der Übergriffe geraten dadurch in Gefahr, nunmehr selbst zu Angeklagten zu werden. In den meisten Fällen enden die entsprechenden Verfahren mit dem unbefriedigenden Ergebnis einer Einstellung mangels Beweises. Denn aus Sicht von Staatsanwaltschaft und Polizei stehe hier einfach Aussage gegen Aussage und keine Aussage sei von vorneherein glaubhafter als die andere...

Ein anderer Fall

Einen vergleichbaren Fall schilderte uns eine türkische Berlinerin: In einem Café beobachtete sie, wie ein dunkelhäutiger Rosenverkäufer vom Wirt unsanft aus dem Lokal gedrängt wurde. Als sie sich daraufhin beim Wirt beschwerte und meinte, unter diesen Umständen wolle auch sie nicht in dem Lokal bleiben, schmiß der Wirt nunmehr sie handgreiflich aus dem Lokal - durch die Hintertür. Die von ihr herbeigerufene Polizei nahm wiederum zwei gegenseitige Anzeigen wegen Körperverletzung auf.

Der Ausgang der beiden geschilderten Verfahren ist uns noch nicht bekannt. Die Vorfälle zeigen aber erneut: Seht nicht weg, wenn ihr rassistische Übergriffe bemerkt, sondern greift ein oder stellt euch wenigsten als ZeugInnen zu Verfügung.

Ordinärer Rassismus statt innovativer Lösungen

Computer verkaufen sich nicht von alleine. Mit einer Fotoausstellung in ihren Geschäftsräumen an der Schönhauser Allee in Prenzlauer Berg wollte daher die Firma WEMEX-Computer potentielle Kunden auf sich aufmerksam machen. Thema der Ausstellung: die Entwicklung der Kommunikationsmittel. Titel: VON DER TROMMEL ZUM COMPUTER.

Angekündigt wurde die Ausstellung durch eine ganzseitige Anzeige in der "Berliner Zeitung". Die obere Hälfte der Anzeige nimmt ein Foto ein, daß eine Gruppe halbnackter schwarzer Frauen und Männer auf einer Urwaldlichtung zeigt, von denen einer auf einer großen Buschtrommel schlägt. Von der Trommel zum ...

Als Kontrast hierzu werden im unteren Teil der Anzeige die neuesten Computerentwicklungen gepriesen, gespickt mit Reizwörtern wie "coole Computer" und "faszinierende Neuheit". Die Botschaft ist eindeutig: Fortgeschrittene weiße europäische Zivilisation contra rückständiger schwarzer Wildheit. Der weiße Blick, Exotik gepaart mit Verachtung, Völkerkundemuseum mit Völkermord, ist heute also immer noch taugliches Mittel, um sich - als Weißem - das Gefühl der eigenen Überlegenheit zu vergegenwärtigen.

Das Urwaldfoto, passend garniert mit zwei "echten" Trommeln fanden sich dann auch als Blickfang im Schaufenster der Firma WEMEX wieder. Grund genug für MitarbeiterInnen der Antirassistischen Initiative, der Initiative Schwarzer Deutscher, des AStA AusländerInnenreferats und des Black Unity Comittee am 3. März 1992 die Ausstellung zu besuchen und kurzzeitig zu besetzen, um mit dem Geschäftsführer der Fa. WEMEX über die rassistische Anpreisung seiner Waren zu diskutieren.

Die Forderungen der an der Aktion Beteiligten:

- **sofortige Einstellung der rassistischen Werbung**

• **eine Entschuldigung für die Anzeige in der "Berliner Zeitung" an gleicher Stelle und in gleicher Größe**

Kein Verständnis für die Aktion hatte der Geschäftsführer von WEMEX: Er könne in der Werbung keinen Rassismus erkennen. Der Titel der Ausstellung sei nun mal: "Von der Trommel ...". Im übrigen lasse er sich nicht unter Druck setzen, er habe in einer Demokratie nunmal das Recht auf eine eigene Meinung und es könne im Hinblick auf die Bewertung der Werbung eben verschiedene Auffassungen geben...

Auf den Hinweis der an der Aktion beteiligten Schwarzen, daß Rassismus keine Frage des persönlichen Geschmacks sei und sie als "Betroffene" sehr wohl entscheiden könnten, ob und wann Werbung rassistisch sei, erbat sich der Geschäftsführer erst einmal eine Denkpause: er sei zum ersten Mal mit dieser Problematik konfrontiert und die TeilnehmerInnen des go-in müßten auch ihm Gelegenheit geben, darüber nachzudenken.

Die Diskussion wurde daraufhin zunächst vertagt; einen zwei Wochen später angesetzten Fortsetzungstermin ließ der Geschäftsführer jedoch wegen "dringender geschäftlicher Termine" ausfallen, ein neuer Termin steht noch aus.

Die rassistische Werbung mit dem Urwaldfoto samt Trommeln entfernte der Geschäftsführer aber auf Drängen der TeilnehmerInnen an der Aktion noch am selben Abend aus dem Schaufenster!

Antirassistische Initiative

Der folgende Artikel ist mit freundlicher Genehmigung des Autors aus der Zeitschrift Socialisme & Democratie, jrg. 48, nr. 5, 1991, pp. 214-222 entnommen: Chan Choenni, Discriminatie op de Arbeidsmarkt en Allochtenbeleid (Dank an den Übersetzer Eddy Derksen)
Chan Choenni war langjähriger Mitarbeiter des "Landelijk buro voor rascime bstrijding (Landesweites Büro zur Bekämpfung des Rassismus) und lehrt jetzt im Fachbereich "Sozialwissenschaften" an der Universität Utrecht
Die ausführlichen Fußnoten, die sich meistens auf die im Artikel erwähnten Untersuchungen beziehen, haben wir nicht abgedruckt.
Der Artikel incl. der Anmerkungen ist im Original bei der Redaktion zu bestellen.

RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG AUF DEM ARBEITSMARKT UND ALLOCHTONENPOLITIK *)

In unserer multi-ethnisch gewordenen Gesellschaft gibt es Bürger mit einer autochtonen (einheimischen/Übersetzer) und einer allochtonen (nicht-einheimischen/Übersetzer) Herkunft.
Alle Bürger sind gleichwertig und müssen gleiche Chancen haben, ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, "Rasse" und dergleichen; so ungefähr steht es in Artikel 1 unseres Grundgesätzes.

Nun dann: warum sind dreimal mehr allochtone als autochtone Bürger arbeitslos? Warum befinden sich verhältnismäßig bedeutend mehr allochtone Minderjährige in Kinderheimen, haben eine geringere Schulbildung u.s.w.? Warum sind verhältnismäßig mehr allochtone Bürger in Gefängnissen, der Drogenszene und bei allerhand Heil- und Betreuungsmaßnahmen? Warum sind allochtone Bürger oft in schlechten Wohnungen und Wohnvierteln untergebracht? Doch wohl nicht ausschließlich, weil sie eine allochtone Herkunft haben?

Daß die ethnische Ungleichheit in unserer Gesellschaft dergleichen Fragen auf die Tagesordnung bringt, zwingt zur Suche nach den eigentlichen Ursachen. Dies steht im Gegensatz zu einer Sichtweise nach der allochtone Bürger als 'ethnische' Minderheiten definiert werden. Im voraus schon werden dann bestimmte Kennzeichen diesen Bürgern zugeschrieben. Das alles führt zu Stigmatisierung und Problematisierung, während die meisten (Angehörigen der) allochtonen Gruppen sich nicht zu ethnischen Minderheiten entwickeln möchten. Der Nachdruck wird so - bisweilen unbewußt und nicht beabsichtigt - zuviel auf die allochtonen Bürger gelegt, ihr 'Anderssein' (ihre 'Abweichungen'), und ihre Defizite, während die institutionellen Regelungen (Gesetze etc.) und die Zuteilung der gesellschaftlichen Güter (wie Arbeit) meistens unbeachtet bleiben.

Über die sogenannten Minderheitenuntersuchungen wurden hauptsächlich die Besonderheiten und Benachteiligungen der Allochtonen festgehalten. Bei der geführten Politik war die Benachteiligung der Allochtonen Hauptansatzpunkt.

Statt von einem dynamischen Entwurf der Kultur auszugehen, richtete man sich meistens nach einem statischen Konzept der Kultur, was zu einer Betonung der kulturellen Unterschiede führte. Inzwischen fand, vor allem in den achtziger Jahren eine wirtschaflich-technologische Entwicklung statt, die zu einem riesigen Ausstoß von schlechtausgebildeten allochtonen Arbeitern, während die Blockaden, die vor allem bei der Einstellung anwesend sind, nicht weggeräumt wurden.

Da fand eine Marginalisierung der allochtonen Bürger statt, während man vor allem damit beschäftigt war, die autochtone Gesellschaft von der Gleichwertigkeit aller Menschen zu überzeugen.

Es entstand allmählich eine soziale Gliederung, in der die Allochtonen hauptsächlich in den untersten Regionen der niederländischen Gesellschaft angekommen sind. Schlimmer (noch): allochtone Bürger wurden nach und nach als belastend angesehen: sie kosteten mehr als sie einbrachten. Allochtone Bürger wurden 'Sorgekategorien'.

Allochtonenpolitik

Um von der fortgeschrittenen Marginalisierung wegzukommen, ist eine Änderung der Politik hin zu einer wahren Allochtonenpolitik nötig. Nicht die allochtonen Defizite, sondern vielmehr die allochtonen Fähigkeiten sollen der Ausgangspunkt der Politik sein. Die Allochtonenpolitik für die neunziger Jahre muß die Fähigkeiten und

die Begabungen der allochtonen Bürger als den wichtigsten Ansatzpunkt aufnehmen. Sie soll diese optimal mobilisieren, aktivieren und maximal zum Nutzen der multi-ethnisch gewordenen Gesellschaft einbeziehen. Mehr als zuvor sollen dabei die Hemmnisse - wie Rassismus - aufgespürt und beseitigt werden. Die Allochtonenpolitik muß auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes sowohl die Nachfrageseite als auch die Angebotsseite umfassen. D.h. sowohl die Anziehungs(pull-)faktoren (auf der Nachfrageseite) sowie die Schub(push-)faktoren (auf der Angebotsseite) müssen über (Sanktions-)Maßnahmen und Prämien und Subventionen beeinflußt werden. Pull- und Pushfaktoren ergänzen einander. Auf der Seite der Pullfaktoren sind Maßnahmen nötig, die die Nachfrage nach allochtonen Arbeitern beeinflußen und eine optimale Eingliederung im Arbeitsprozeß verwirklichen. Dafür müssen zuerst die wahren Ursachen der schlechten Arbeitsmarktposition der Allochtonen betrachtet werden.

Rassistische Diskriminierung

Bis vor kurzem wurden für die hohe und lange Arbeitslosigkeit unter Allochtonen - sie bilden 5.5 Prozent der Berufsbevölkerung, während ihr Anteil in der totalen Arbeitslosigkeit mehr als 15 Prozent (etwa 100.000 der 660.000 Arbeitslosen) beträgt - meistens zwei Erklärungen angeführt. Nach der 'Defiziterklärung' sind die wichtigsten Ursachen in dem niedrigen Ausbildungsniveau, den Sprachproblemen und anderen bei Allochtonen aufzufindenden Benachteiligungen zu suchen.
Die Erklärung wird gesucht bei der Angebotsseite des Arbeitsmarktes und die Nachfrageseite bleibt außer acht. Durch verschiedene Typen (von) Untersuchungen ist jedoch bewiesen, daß die ethnische Herkunft, neben anderen Kennzeichen, eine ebenso wichtige Rolle bei der Verteilung der Arbeitsplätze spielt. Sowohl aus Untersuchungen, in denen gefragt worden ist nach den Anschauungen und Vorzügen der Menschen (Gespräche) und aus soziologischen Feldexperimenten, als auch aus Analysen der statistischen Fakten geht hervor, daß rassistische Diskriminierung eine der wichtigsten Erklärungen für die hohe Arbeitslosigkeit unter Allochtonen ist.

So stellt sich aus einer Untersuchung von Veenman (1990) - in der die Arbeitslosigkeitsprozentsätze miteinander verglichen wurden und wobei die verschiedenen Kennzeichen unverändert blieben - heraus, daß nur ein Drittel der hohen Arbeitslosigkeit unter Allochtonen erklärt werden kann mit Faktoren, die bei den Allochtonen aufzufinden sind. Veenman behauptet, daß 'die höhere (allochtone, CC) Arbeitslosigkeit, keineswegs ausschließlich, oder gar hauptsächlich, den Defiziten zugeschrieben werden kann (...).
Es gibt durchaus Grund zu vermuten, daß mittelbare und unmittelbare Diskriminierung gemeinsam in relativ großem Maß zum Unterschied zwischen Autochtonen und Allochtonen beitragen'. Obwohl der genaue Umfang der (rassistischen) Diskriminierung schwierig festzustellen ist, ist es offensichtlich, daß vor allem mittelbare (rassistische) Diskriminierung eine wichtige Erklärung für die hohe Arbeitslosigkeit unter Allochtonen ist. Zu denken ist in dieser Hinsicht an Kooptation (interne Werbung und dergleichen), wodurch viele offenen Stellen überhaupt nicht in den Gesichtskreis der allochtonen Arbeitsuchenden geraten, an die Forderung, die niederländische Sprache zu beherrschen (für Stellen, wo dies nicht notwendig ist), an die Forderung der Mindestgröße, an bestimmte Formen der Werbung (z.B. das Anzeigen der offenen Stellen in Zeitungen, die kaum von Allochtonen gelesen werden) und an die Verwendung der psychologischen Tests und Prüfungen. In einer Nimwegischen Untersuchung (1990), in der ebenfalls Arbeitslosigkeitsprozentsätze verglichen wurden, ist die folgende Schlußfolgerung zu finden: 'arbeitsmarktrelevante Faktoren, wie Geschlecht, Alter, Dauer der Arbeitslosigkeit oder Fachrichtung und Niveau der Ausbildung, haben keinen Einfluß und sind also nicht entscheidend. Dies bedeutet, daß der Eintritt in die Arbeitswelt und besonders der Zutritt zu sicheren Arbeitsplätzen, für Allochtone viel schwieriger ist, als für Autochtone. Da diese Hemmschwellen nicht den obengenannten entscheidenden Faktoren zugeschrieben werden können, wird angenommen, daß Diskriminierung hierbei eine führende Rolle spielt.
Die Erklärung für die schlechte Arbeitsmarktlage der Allochtonen kann nicht nur auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes gefunden werden.'

Eine andere, häufig marxistisch inspirierte Erklärung, deutet auf 'soziale Ungleichheit' als Ursache hin: 'schwächere Gruppen werden unverhältnismäßig oft Opfer der wirtschaftlichen Entwicklungen; Allochtone sind in diesen Gruppen überproportional vertreten, womit ihre viel schlechtere Stellung in überwiegendem Maße erklärt werden kann. Es zeigt sich aus einer Anzahl von Untersuchungen, daß bei gleicher Fähigkeit (auch bei niedrigen Stellungen) autochtonen Bürgern der Vorzug gegeben wird und daß Vorurteile, Stereotyp(isierung)en und das Rücksicht-Nehmen auf die - diskriminierenden - Bevorzugungen durch das angestammte Personal oder die Kunden eine Rolle spielen bei der Zurückweisung der allochtonen Bürger. Es zeigt sich aus einer kürzlichen Untersuchung von Hooghiemstra c.s. (1990) über Werbe- und Auswahlprozesse für Un- und Niedriggelernte, daß 37 Prozent der Auswähler aussagten, bei einer gleichen Fähigkeit einen autochtonen Niederländer zu bevorzugen. Eine Auswahl aus den angegebenen Motiven: 'Wenn ein Ausländer anruft, sage ich einfach daß die offene Stelle schon besetzt ist'; 'ein junger Niederländer ist einfacher'; 'wenn ich einem Autochtonen den Vorrang gebe, dann hat dieser Niederländer eine Stelle. Bei einem Ausländer liegt mir weniger daran'.

Es zeigte sich, daß ein Teil der Auswähler mit diskriminierenden Bevorzugungen durch die angestammten Arbeiter (21 Prozent) und den angeblichen Bevorzugungen durch die Kunden (15 Prozent) rechnet oder einem bestimmten Höchstsatz (die maximale Zahl der Allochtonen) zu handhabt (35 Prozent der Auswähler). Es zeigt sich, daß auch negative Erfahrungen 'faktisch zum nicht mehr Einstellen der Allochtonen führen'.

Eine mehr als deutliche Bevorzugung autochtoner Arbeiter zeigt sich auch in einer früheren Untersuchung. So gibt eine Mehrheit der Arbeitgeber an (53 Prozent), daß am Ende eines Auswahlverfahrens, bei gleicher Fähigkeit, der autochtone Bewerber eingestellt wird.
Wie sich aus der 1986 im Auftrag des Financieel Economisch Magazine (FEM) (Finanziellen Wirtschaftlichen Zeitschrift/Übersetzer) von Bureau Lagendijk ausgeführten Untersuchung ergibt, haben 41 Prozent der befragten Arbeitgeber diese Frage nicht beantwortet.
Dieser Eindruck wird bestätigt von einem Gutachten der Loontechnische Dienst (LTD) über die Personalführung in 194 Betrieben mit türkischen oder marokkanischen Arbeitern.
In 45 Prozent der untersuchten Betriebe, in denen türkische und marokkanische Arbeiter die größte Minderheit bilden, wird der Vorzug einem Niederländer gegeben, bei gleicher Fähigkeit der Bewerber.' Als Beweggründe werden genannt: 'Sprachprobleme der Ausländer; hohes Krankheitsversäumnis; Kunden wenden sich lieber an niederländische Mitarbeiter; (schlechte) Erfahrungen.' Nahezu die Hälfte sagt, keine Bevorzugungen vorzunehmen: 'wir wollen nicht diskriminieren;' 'in der Praxis zeigt sich schnell genug, wen man nehmen oder behalten soll'.

In einer Untersuchung von Becker und Kempen (1982) sprachen sich zwanzig (57 Prozent) der vierunddreißig befragten Unternehmer oder Personalchefs ihre Bevorzugung weißer Nieder-

länder aus, während keiner arbeitsuchende Allochtonen bevorzugte. Eine in dem gleichen Jahr veröffentlichte Untersuchung, ausgeführt von Veenman und Vijverberg, zeigt ein ähnliches Resultat: mehr als ein Drittel (36.1 Prozent) der Arbeitgeber wünscht keine Allochtonen einzustellen.

Weiße Hautfarbe

Es zeigte sich aus einer Untersuchung von Reubsaet und Kropman (1985), daß 20 bis 28 Prozent der 31 befragten Personalchefs eine weiße Hautfarbe als einen Erwägungspunkt oder sogar als ausschlaggebenden Faktor in der Auswahl der Arbeiter benannten. Dieselben Untersucher stellten aufgrund einer anderen Untersuchung (1986) fest, daß bei sechs der siebzehn befragten Angestellten der Betriebe eine offensichtliche und bei einigen anderen eine leichte Bevorzugung von autochtonen Niederländern konstatiert wurde. 'Bewerbungen von Allochtonen kommen zuletzt dran. Das gilt für alle Kategorien und auch wenn sie die Qualifikationen besitzen', so ein befragter Betriebsleiter.

Es zeigte sich in einer ebenfalls 1986 veröffentlichten Untersuchung von Bouw und Nelissen, daß zehn der achtzehn befragten Arbeitgeber weißen Arbeitern den Vorzug geben. Auch aus einer Untersuchung von Brassé und Sikking (1986) geht hervor, daß Personalchefs - vor allem der Herstellungsbetriebe mit viel ungelernter Arbeit - eine offensichtliche Vorliebe für 'Bewerber mit einer weißen Hautfarbe, für Holländer' haben. 'Wen ich bei einer offenen Stelle einstellen würde? Wenn Bewerber von außerhalb des Betriebes kommen, bin ich geneigt zu sagen, daß "Weiß" besser ist



Polizeirevier, AusländerInnenangelegenheiten

als "Schwarz"; 'wenn ich jemanden brauche, gehe ich zum Personaldienst und gebe ihm ein Profil. Was sagen Sie dann im großen und ganzen? Weiß!'.

Weiter zeigt sich aus eine Untersuchung von Abell et al. (1985) unter Personalchefs, arbeitend bei verschiedenen öffentlichen Verwaltungen, daß Diskriminierung und innere Widerstände einen wichtigen hemmenden Faktor bei dem Dienstantritt der Allochtonen bilden. 'Wenn ich das tue (Allochtone einstellen), schießen sie mich tot. Zeugen Jehovas stelle ich auch nicht ein', 'da ist vollauf Angebot von Personal, so ist es das Einfachste, einen Niederländer zu wählen', so einige Meinungen dieser Verwaltungsangestellten.

Versuche

1977 wies Bovenkerk mittels eines soziologischen Feldversuches - er ließ gleichqualifizierte allochtone und autochtone Probepersonen sich bewerben - nach, daß Arbeitgeber bei der Personalauswahl Allochtone diskriminierten. Fast zehn Jahre später (1986) wies eine Untersuchung vom Landelijk Bureau Racismebestrijding (Landesbüro Rassismusbekämpfung/Übersetzer) Diskriminierung von Allochtonen durch Büros für Zeitarbeit nach. Hierbei wurden vier Untersuchungsmethoden angewandt. Weiter wurden Gespräche geführt mit Intercedenten (Pförtner/Rezeption) geführt. Am Ende wurden Büros für Zeitarbeit von fingierten Arbeitgebern aufgesucht, die eine absolut diskriminierende Forderung in Bezug auf eine zu schickende Zeitarbeitskraft stellten. Alle neunzehn untersuchten Büros waren bereit, keine Allochtonen zu schicken. Der Algemene Bond van Uitzendbureaus (ABU) (Allgemeine Bund von Zeitarbeitbüros /Übersetzer) führte hiernach als erster Wirtschaftszweig einen Anti-Diskriminierungscode ein.

Es zeigt sich anhand einer Untersuchung der Universität Utrecht (1990) unter 85 Arbeitgebern, die Praktikantenstellen für MBO-Schüler (Schüler des Mittelbaren Berufsunterrichts/Übersetzer) anbieten, daß ein großer Teil Autochtone bevorzugt, statt besser qualifizierte(!) Allochtone. Fast ein Drittel der Arbeitgeber (31.4 Prozent) wählt einen autochtonen Jugendlichen statt eine türkischen Jugendlichen mit durchschnittlich einer höheren Note für niederländische Sprache und Literatur ('ein Sieben (70% auf der Notenskala/Übersetzer) für niederländische Sprache und Literatur sagt nichts über das Verbale', so ein Arbeitgeber). Fast die Hälfte der Arbeitgeber unterscheidet zwischen 'Niederländer' und 'Ausländer'.

Daß Arbeitgeber Allochtone nicht einstellen wollen, ist nicht nur durch die Vorurteile der Arbeitgeber und Personalauswähler bedingt. Man nimmt auch Rücksicht auf den vermeintlichen 'Rassismus' des Personals oder der Kunden. Letzteres zeigt sich anhand einer Untersuchung, ausgeführt im Auftrag des Sociaal Economische Raad (Sozial Ökonomische Rat/Übersetzer) (1988), bei der besonders bei Stellen mit viel Publikumsverkehr eine Bevorzugung von Autochtonen existierte - 21 Prozent berücksichtigen die Herkunft und 69 Prozent das Aussehen. Einige bemerkenswerte Feststellungen: 'Beim Verkauf zeigt sich, daß die Surinamer nach einiger Zeit nicht gut geeignet sind. Leider ist es für den Verkauf nachteilig.' 'Keine ethnischen Minderheiten, solange da noch so viele Niederländer arbeitslos sind.' 'Keine Surinamer in höheren Stellen.' 'Ein Marokkaner malert anders als ein Niederländer.' 'Keine Ausländer im Dienst, die werden doch nur malträtiert.' 'In diesem Dorf traue ich mich nicht, es zu tun.' 'Marokkaner, nur Ärger damit gehabt.' Auch bei der schon erwähnten Untersuchung von Hooghiemstra et al. (1990) hat sich dies gezeigt:

'Wenn jemandem von einem Allochton schlecht geholfen wurde, weiß er sich das immer gut zu merken'; 'Da war mal ein Kunde,

der kein Brot wünschte, das von einem Allochton berührt war'. Eine Anzahl der Betriebe will wegen der gleichen Gründe 'keine Allochtonen auf Nicht-Selbstbedienungabteilungen, wie Delikatessen, Brot und Fleischwaren'.

Bei einer Untersuchung ausgeführt unter Berufsfleischern, sagten 48 Prozent, daß die Kunden es nicht gern haben, wenn Allochtone dem Personal angehören, während 46 Prozent darüber keine Meinung hatten. Die Hälfte der befragten Fleischer ist nicht dazu bereit, Allochtone einzustellen. Dabei sagt man Aussprüche wie: 'Die Kunden akzeptieren keine Allochtonen im Laden.' 'Ein Schwarzer mit einem weißen Überzieher, das geht nicht. Sofern man doch dazu bereit ist, Allochtone einzustellen, ist das eher für die 'Fleischbearbeitungstätigkeiten hinten'.

Es zeigte sich anhand einer Untersuchung der Universität Groningen (1988) unter 816 Betrieben, wobei sehr differenzierte Untersuchungsmethoden benutzt wurden (dabei wurde auch 'verborgene' Diskriminierung gemessen), daß bei Verkaufsstellen die Ethnizität ein wichtigeres Auswahlkriterium ist als die Ausbildung und Erfahrung. Die Untersucher aus Groningen Oosterhuis und Glebbeek stellten (1989) fest: 'Ladeneigentümer legen viel mehr Wert auf die ethnischen Herkunft der Bewerber. Wenn wir die verborgene Diskriminierung dabei einschließen, müssen wir den Schluß ziehen, daß 44 Prozent der Eigentümer keine Surinamer in ihren Läden einstellen wollen. Der Ladeninhaber fürchtet, wohl oder auch nicht mit Recht, daß seine Kunden wegbleiben werden, wenn da ein "Farbiger" hinter dem Ladentisch seines Ladens steht.' Die Untersucher berichten weiter, daß ein Drittel der Arbeitgeber 'Rasse' bei Verwaltungsstellen mäßig bis sehr wichtig findet, während dieser Anteil bei Verkaufsstellen wächst bis auf sechszig Prozent.

Das nicht - oder weniger gute - Einpassen in die Betriebe oder das schon 'genug' Beschäftigtsein der Allochtonen in den Betrieben, wird sogar von Arbeitgebern, für die eine Bemühungsverpflichtung gilt, als Grund angegeben, keine Allochtonen einzustellen. Dies zeigt sich anhand einer Untersuchung, ausgeführt von dem Loontechnische Dienst (LTD, 1990) (Lohntechnischer Dienst/Übersetzer) des Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid (Arbeits- und Sozialministerium/Übersetzer).

Nachfrage und Angebot

Natürlich wird der Grad der Diskriminierung von Nachfrage- und Angebotsverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt mitbestimmt. Wenn ein großes Angebot da ist, kann man wählen, also auch diskriminieren, während sich bei einer größeren Nachfrage nach Arbeit (bei einem Mangel an Arbeitskräften) die Möglichkeit diskriminiert zu werden, verringert. So besteht heute ein Mangel in manchen Sektoren (der Metallindustrie und dem paramedizinischen Sektor) und bestimmte Arbeitgeber geben jetzt acht auf das allochtone Potential. Dies gilt auch für Mittel- und Kleinbetriebe (MKB).

Man erkennt so auch eher, daß es Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gibt. Der Vorsitzende des Koninklijke Nederlandse Ondernemersverbond (KNOV) (Königlichen Niederländischen Unternehmerbundes/Übersetzer), J. Kamminga, gesteht z.B. ein, daß Diskriminierung im MKB vorkommt. Kamminga stellt fest, daß in Unternehmerkreisen 'ziemlich viel Widerstand herrscht gegen die Einstellung von Angehörigen ethnischer Minderheiten.

Unter anderem die Furcht vor einer anderen Arbeitsmoral, vor konfliktreichen Situationen im Arbeitsbereich, der Zweifel an der Akzeptanz durch die Kunden in auf den Konsumenten gerichtete Berufen und die Sorge um die Kontinuität der Tätigkeiten, führt dazu, daß Unternehmer es oft als ein zu großes Risiko einschätzen, Angehörige ethnischer Minderheiten einzustellen.' In dem MKB (Betriebe mit weniger als hundert Arbeitern) arbeitet fast die Hälfte der Zahl der Arbeiter im Marktsektor. Allochtone sind hier (mit 3 Prozent Arbeitern) stark untervertreten.

Dies gilt in noch stärkerem Maß für den Kleinbetrieb (weniger als zehn Arbeiter).
Hier beträgt die Anzahl der Allochtonen nur ein Prozent. Gerade für Stellen in MKB verfügen viele arbeitslose Allochtone über das geforderte Ausbildungsniveau (LBO/MAVO-niveau) (Niedriger Berufsunterricht/Mittelbar Allgemein Vortgesetzter Unterricht/Übersetzer).

Praxislehrstellen

Allochtone belegen nur 2 Prozent der verfügbaren Praxis(lehr)stellen - meistens auf LBO/MAVO-niveau - im Schulwesen, während der Anteil der allochtonen Jugendlichen bei der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen mindestens das Zehnfache beträgt (weit über 20 Prozent).

Es zeigt sich aus einer Untersuchung von Samson (1989), daß die größte Hemmschwelle für Allochtone im Schulwesen die Erwerbung einer Praxisstelle ist. Allochtone Schüler hatten bedeutend seltener eine Praxislehrstelle als autochtone Schüler (44 Prozent gegenüber 70 Prozent). Besonders surinamische Schüler und in noch höherem Maß Jungen von kreolischer Herkunft nehmen nicht an der Praxiskomponente teil. Vor allem beim Bankwesen haben erstaunlich wenig Allochtone eine Praxisstelle. Von den 813 Schülern, die während der Untersuchung an der Ausbildung für kommerziell-administrative Mitarbeiter (im) Bankwesen teilnahmen, waren (nur) zwei von allochtoner Herkunft.

Dieser Eindruck wird bestätigt durch eine Untersuchung des Büros 'Research voor Beleid' (Untersuchung für Politik/Übersetzer) (1989). Es zeigte sich, daß 40 Prozent der allochtonen Schüler keine Praxisstellen hatten, gegenüber 12 Prozent der autochtonen Schüler. In Sektoren, in denen Arbeiter oft dem Publikum begegnen, werden wenig Allochtone ausgebildet. Angestellte der Betriebe, die keine allochtonen Schüler einstellen, sagen unter anderem, daß Kunden negativ auf die Anwesenheit von Allochtonen unter dem Personal reagieren. Daß z.B. im Versicherungswesen Allochtone nur 1 Prozent des Personalbestandes bilden, wie es sich anhand der vorhergenannten LTD-Untersuchung zeigt, wird wohl auch mit diesem Aspekt in Zusammenhang stehen.

Fünf Phasen

Wenn Rassismus - oder Diskriminierung oder Zurücksetzung - auf der gesellschaftlichen Tagesordnung erscheint, reagieren viele Arbeitgeber, wenn es sich um Allochtone handelt, auf eine bestimmte Weise. Dabei sind fünf Phasen zu unterscheiden:

- 1) Die farbenblinde Phase. Arbeitgeber, die sich in dieser Phase befinden, verurteilen direkt und meistens mit großem Nachdruck die rassistische Diskriminierung; insofern es tatsächlich Diskriminierung gibt, betrifft es - nach ihrer Meinung - andere Arbeitgeber. 'Wir haben keine Probleme', ist ein oft gehörter Ausspruch. Eine spezifische Politik wird (wütend) abgelehnt. Man sieht offenbar nicht, daß nur bestimmte Domänen der Gesellschaft "gefärbt" sind und der eigene Betrieb fast "weiß" geblieben ist. Diese Arbeitgeber meinen übrigens mit Diskriminierung vor allem die unmittelbare (sichtbare) und viel weniger die mittelbare oder institutionelle Diskriminierung.

- 2) Die Image-Phase. Arbeitgeber in dieser Phase wollen, damit sie ein positives Image behalten, wohl öffentlich erklären, gegen Diskriminierung zu sein und eventuell ein

Gesuch unterzeichnen oder sich einem Anti-Diskriminierungscode anschließen. Man will eventuell auch eine Art Meldepunkt einrichten, damit Klagen verarbeitet werden können. Man ist auch dazu bereit, einige Allochtone in sichtbare Stellen im Betreib einzustellen (die sogenannten tokens).

- 3) Die Andachtsphase. In dieser Phase ist man dazu bereit, eine spezifische Politik zu formulieren, aber die Politik kommt meistens nicht über die Papier- und Aktenphase hinaus. Oft wird unmittelbarer Diskriminierung vorgebeugt, aber eine Politik von positiver Aktion wird nicht durchgeführt. Das höhere Management gibt sich nicht allzu viel Mühe, die Ausgangspunkte tatsächlich zu verwirklichen. Man will keine ethnische Registrierung und auch keine spezifischen Aktivitäten, z.B. gerichtet auf Mobilität. Die Politik ist mehr darauf gerichtet, den Eindruck zu erwecken, daß etwas für 'Minderheiten' getan wird. Man ist dazu bereit, eine Bemühungsverpflichtung abzugehen, wenn diese durch äußeren Druck erzwungen wird, aber Sanktionen werden zurückgewiesen. Ethnische Registrierung zugunsten von durchsichtiger Personalpolitik wird zurückgewiesen und vielfach als Diskriminierung qualifiziert.

- 4) Die Bewußtwerdungsphase. In dieser Phase werden Arbeitgeber sich dessen bewußt, daß Diskriminierung oft verdeckt und subtil, aber vor allem auch mittelbar stattfindet. Man ist dazu bereit, diese Formen von Diskriminierung zu bekämpfen. Man widersetzt sich einer ethnischen Registrierung nicht mehr und ergreift aufgrund der statistischen Angaben Maßnahmen, um korrigierend zu wirken. Meistens wird ein Angestellter mit dieser spezifischen Politik beauftragt. Auch ist man dazu bereit, Mitarbeiter auf Kurse über Kommunikation mit Menschen, die von verschiedener Herkunft sind, zu schicken. Weiter is man eventuell dazu bereit, eine Auflistung der Diskriminierungsklagen zu machen, wohl oder auch nicht durch die Installierung eines Meldepunktes, oder eine Untersuchung zuzulassen. Maßnahmen will man übrigens vor allem ergreifen in Zusammenhang mit Maßnahmen für andere Benachteiligtengruppen, wie Frauen und Behinderte. Man hat vor allem Angst vor der autochtonen Nachhut (white backlash). Weiter will man z.B. in Anzeigetexten Allochtone auf (ihre) Chancen im Betrieb oder in der Institution aufmerksam machen. Sanktionen werden nicht gewünscht, und man will alles mit guter Überlegung erreichen. Die Abmachungen in der Stichting van de Arbeid (Stiftung für Arbeit/Übersetzer) über 60.000 allochtone Arbeitstellen sind in diese Phase einzuordnen.

- 5) Die Monitoringphase. In dieser Phase sind die Arbeitgeber dazu bereit, tatsächlich Politik von positiver Aktion durchzuführen. Unter positiver Aktion wird das Ganze der Maßnahmen verstanden, das den Eintritt, das Aufsteigen und die horizontale Mobilität der Allochtonen fördert und ihrem Ausfall entgegen wirkt, ohne Verminderung der wichtigen Erfordernisse. Positive Aktion umfaßt so alle vitalen Momente des Arbeitsprozesses. Man erkennt die Ungleichheit der Chancen in der Gesellschaft an und ist dazu bereit, zur Bekämpfung dessen einen Betrag zu leisten. Man will realistischen Annäherungszahlen handhaben und das Management ist dazu bereit, (formelle und informelle) Macht zu benutzen, um die Ausgangspunkte und Zielsetzungen zu realisieren. Man will alle positiven und konstruktiven Maßnahmen treffen, um faire Chancen für Allochtone zu schaffen (zu helfen), so auch Sanktionen. Man ist dazu bereit, die Fähigkeiten und Begabungen der Allochtonen optimal einzusetzen, auch wenn es nicht ganz von den autochtonen Arbeitern akzeptiert wird.

Verpflichtung zur Berichterstattung

Obwohl in der niederländischen Jurisprudenz statistische Beweise gestattet sind, hat es bis jetzt noch keine gerichtliche Aussage auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes gegeben, bei der auf Grund der statistischen Angaben die Schlußfolgerung gezogen wurde, daß von Diskriminierung nach ethnischer Herkunft die Rede ist. Mit so einer Aussage würde Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser gerichtlich zu bekämpfen sein. Und zwar nicht die Absicht, sondern das Resultat würde dann wichtig sein. Außerdem würde dann auch nicht so sehr das (potenzielle) Opfer, sondern vielmehr die (möglichen) Täter beweisen müssen, daß von rassistischer Diskriminierung nicht die Rede war.

In den Niederlanden ist der Begriff Diskriminierung emotional geladen. Man versteht hierunter oft die mehr öffentlichen, bewußten und unmittelbaren Formen der Diskriminierung. Dergleichen Formen der Diskriminierung werden auch von Arbeitgebern oft selbstverständlich als unzulässig betrachtet und manchmal mit viel Nachdruck abgelehnt. Diese Äußerungen der Diskriminierung treten in den Niederlanden denn auch wahrscheinlich weniger hervor, als irgendwo sonst. Die hier herrschende moralisch-ethische (und zu bewertende) Norm 'Diskriminierung gehört sich nicht und darf nicht sein' liegt dem zugrunde. Aber gerade mittelbare Formen der Diskriminierung spielen eine wichtige Rolle bei der hohen Arbeitlosigkeit der Allochtonen in unserem Land.

Das Konzept 'institutionelle Diskriminierung' bietet einen passenden Rahmen, diese Formen durchzuführen. Unter institutioneller Diskriminierung wird verstanden: die tatsächlichen Effekte der institutionellen Anordnungen, die für bestimmte Gruppen nachteilig sind. Es gibt institutionelle rassistischer Diskriminierung (oder institutionellen Rassismus), wenn die tatsächlichen Effekte der institutionellen Anordnungen nachteilig für bestimmte ethnische Gruppen sind.

Die Antwort auf die Frage, warum allochtone Bürger so viel häufiger arbeitslos und in allerhand problematischen Domänen der niederländischen Gesellschaft übervertreten sind, muß im Großen und Ganzen so sein: weil es institutionellen Rassismus oder - mit mehr neutralen Wörtern - institutionelle Diskriminierung oder - mildernd ausgedrückt - institutionelle Benachteiligung gibt. D.h.: allerhand institutionelle Regelungen sind (noch) nicht derartig, daß allochtone Bürger faire Chancen bekommen. Diese Regelungen, Praktiken und Gewohnheiten sind noch immer abgestimmt auf die autochtonen Bürger.

Sie bevorteilen - noch immer - autochtone Bürger und benachteiligen allochtone Bürger.

Der Angelpunkt der Allochtonenpolitik soll dieser Form von Benachteiligung vorbeugen und sie korrigieren. Wegen einer Zahl der Faktoren, die kennzeichnend für die Niederlande sind, wie gute soziale Vorkehrungen, die von der Mehrheit getragene Politik und die niedrige Gewaltrate wird dieses Problem verdeckt.

Um die Diskriminierung einzuordnen und ihr effektiv entgegenzutreten, ist eine gesetzliche Verpflichting zur Berichterstattung - entsprechend dem Kanadischen Employment Act - wie vorgeschlagen von dem Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) (Wissenschaftlicher Rat für die Regierungspolitik /Übersetzer) von essentiellem Belang. Betriebe mit mehr als 35 Arbeitern werden verpflichtet, Jahresübersichten über die Zusam-

mensetzung des Personals zu veröffentlichen. Es wird dann möglich, die speziellen Beriebe anzusprechen auf das Nicht-Einstellen der Allochtonen oder das Aufrechterhalten der diskriminierenden Praktiken.

Dies alles wird natürlich Registrierung der ethnischen Herkunft mit sich bringen. Ethnische Registrierung erfährt in den Niederlanden jedoch großen Widerstand, während in Ländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbrittanien ethnische Registrierung schon angewendet wird und keinen nennenswerten Widerstand erfährt.

Es zeigt sich, daß der Employment Equity Act gut funktioniert. Eine Zahl von Betrieben (von denen der Name veröffentlicht wird) ausgenommen, erstatten alle Betriebe rechtzeitig Bericht. Weiter zeigt sich, daß die Verpflichtung zur Berichterstattung und die Politik der positiven Aktion an der Zunahme des Anteils von visible minorities (sichtbaren Minderheiten/ Übersetzer) in diesen Betrieben von durchschnittlich fünf auf fast sechs Prozent in der Zeit von einem Jahr, beigetragen hat.

Dank der Berichterstattung bekommt man Informationen über die Vertretung von ethnischen Gruppen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, auf verschiedenen Niveaus der Stellen, auch bei Kündigungen.

Anhand der Erfahrungen aus Kanada, aber auch anhand der in den Vereinigten Staaten und Großbritannien gemachten, zeigt sich, daß, ein Gesetz oder Verordnungen, wenn sie einmal vorhanden sind, befolgt werden.

Das gilt auch für einen großen Niederländischen Betrieb: die Koninklijke Luchtvaart Maatschappij (KLM) (Königliche Luftfahrt GmbH/Übersetzer) in Kanada. Ein besserer und ansprechenderer Beweis dafür, daß ein solches Gesetz doch sicher positive Effekte hat, ist für das niederländische Betriebswesen kaum denkbar.

Contract compliance

Neben der gesetzlichen Verpflichtung zur ethnischen Berichterstattung über ein Wet Bevordering Arbeidskansen Allochtonen (Gesetz zur Beförderung der Arbeitschancen der Ausländer/Übersetzer) ist das Schaffen von Stellen, die Vereinfachung von Aufgaben im Feld der Technologie, die Einführung von einem bonus-malus System (Prämien/Strafen für positive/negative Arbeitgeber) und Quotierung, d.h. die Reservierung eines bestimmten Prozentsatzes für Allochtone bei der Zuweisung von Praxislehrstellen, notwendig.

Eine andere, im Ausland effektiv erfolgte Maßnahme auf der Angebotsseite ist contract compliance: bei der Beschaffung von Aufträgen und Subventionen werden die Betriebe und Institutionen, die eine Politik von positiver Aktion führen oder führen werden, bevorzugt. In den Vereinigten Staaten hat sich gezeigt, daß Betriebe mit contract compliance mehr Schwarze eingestellt haben. Dies gilt auch für Kanada.

Auf der Angebotsseite werden Maßnahmen gebraucht, um das Arbeitsangebot der Allochtonen zu mobilisieren, zu aktivieren und ins Blickfeld der Arbeitgeber zu bringen.

Diese Maßnahmen sind: Aufgabenstellung wie in der Stichting van de Arbeid (Stiftung der Arbeit/Übersetzer) hinsichtlich der allochtonen Arbeitsuchenden (60.000 Stellen bis 1995) übereingekommen, Aufgabensstellung für andere Vermittelnde, wie Zeitarbeitbüros und Organe für das Schulwesen und die Erledigung der Rolle des Maklers und Antriebsfunktionen der Organisationen von und für Allochtone.

Ein Beispiel einer autochtonen oder - wenn man möchte - einheimischen Struktur ist das Schulwesen: vor allem autochtone Jugendliche geraten hierdurch in die Betriebe und lernen die Arbeit in der Praxis.

Das Schulwesen könnte für allochtone Jugendliche eine ausgezeichnete Vorkehrung sein. Leider versucht man das Eintreten von Allochtonen durch Projekte zu steigern, während die ganze Struktur transformiert werden müßte im Rahmen der Ausländerpolitik. D.h.: man muß nicht ausschließlich an dem allochtonen Schüler 'feilen' - wegen der Fixierung auf Rückstand - weil die Chance bestehen bleibt, daß der Schüler trotzdem - wegen seiner ethnischen Herkunft - von einer Praxislehrstelle zurückgewiesen wird. Darum muß auch auf der Seite der Arbeitgeber eingegriffen werden. Über eine derartige training-on-the-job-Stelle können die Rückstände tatsächlich festgestellt werden.

Als Anziehungsfaktor funktioniert Quotierung (eventuell Reservierung) der Praxis(lehr)stellen bei den Betrieben, während die Aufgabenstellung für Organisationen des Schulwesens als Schubfaktor dient. Man bekommt so eine erhöhte allochtone Nachfrage aus den Betrieben und andererseits findet eine Intensivierung des Angebots für Schüler statt. Wenn man Beratern des Schulwesens und anderen Mitarbeitern eine Aufgabenstellung auferlegt, um mehr allochtone Schüler zu qualifizieren und einzustellen, dann werden sie die allochtonen Fähigkeiten und Begabungen maximal mobilisieren und einsetzen. Allochtone Schüler werden individuell aufgesucht werden und die Betriebe sind gezwungen,

Allochtonen eine Praxisstelle zu bieten. Diese Betriebe werden dann tatsächlich dafür sorgen, daß die Widerstände abgebaut werden. Heutzutage bestimmen die autochtonen Widerstände inwieweit Allochtone den Betrieben beitreten. Aus Angst vor der Manifestierung des Rassismus' vermeidet man so oft wie möglich, Allochtone einzustellen.

Politischer Mut

Um die Arbeitgeber und politisch Verantwortlichen in der Monitoringphase zu drängen, ist es nötig, daß den Allochtonen die Gelegenheit geboten wird, eine hervorragende Rolle zu spielen. Die allochtonen Organisationen und engagierte Autochtone sollen mehr als bisher institutionellen Rassismus auf die Tagesordnung setzen und die Politiker sollen den Mut haben, weitgehende Maßnahmen zu treffen. Natürlich sollen die allochtonen Organisationen auch ihr know-how auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes erhöhen, um eine gute Antriebsfunktion erfüllen zu können. Und zugegeben: die Allochtonen müssen als Bürger dieser niederländischen Gesellschaft auf ihre Pflichte hingewiesen werden. Die Krampfhaftigkeit rundum und die Verneinung des (institutionellen) Rassismus und der Diskriminierung führt zu unbegründeten Behauptungen und ineffektiver Politik, während die autochtone Gemeinde die Idee bekommt, daß da 'schon soviel für die Minderheiten getan wird und es doch nicht gelingt'. Der Gedanke entsteht dann, daß doch die "Ausländer" selber schuld daran seien.

Anhand einer Untersuchung (1989) über die Einstellung der (autochtonen) niederländischen Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen, die schlechte Lage der Allochtonen zu verbessern, zeigt sich, daß die Mehrheit Extramaßnahmen befürwortet. Man findet jedoch, daß diese Maßnahmen sich vor allem auf die Allochtonen selbst beziehen sollen: sie sollen Bewerbungstrainings und Kursen nachgehen. Nur 19 Prozent finden, daß bei gleicher Qualifikation ein Allochtoner bevorzugt werden soll.Wahre Allochtonenpolitik ist eine kräftige Politik und umfaßt Drängen und, wo nötig, Zwang hinsichtlich aller relevanten Faktoren.

Allochtonenpolitik beeinhaltet zugleich, daß Allochtone zur eigenen Bevölkerung gerechnet werden und angesehen werden als ein wesentlicher Bestandteil der niederländischen Gesellschaft.

Das bedeutet, daß die institutionellen Regelungen neu definiert werden müssen, damit keine Benachteiligung für bestimmte Bevölkerungsgruppen generiert wird.

Die meisten Praktiken, Gewohnheiten und Institutionen haben sich entwickelt in einer Zeit, als die gegenwärtigen allochtonen Gruppen noch nicht da waren. Die Herausforderung der neunziger Jahre ist, sich nicht so sehr umzuschauen nach dem was Allochtone alles nicht können, sondern vielmehr danach, worin sie doch Meister sind und was sie vor allem könnten, wenn es geeignete Regelungen gäbe. Dann erst können Allochtone ihre vollwertige Bürgerschaft verwirklichen und Mitgestalter einer multi-ethnisch gewordenen niederländischen Gesellschaft werden.

Chan Choenni

(*) Anmerkung der Redaktion: Seit Beginn der achtziger Jahre werden die Begriffe "Allochtone", "(ethnische) Minderheiten und "Migranten" in den Niederlanden verwendet. Es wird kaum noch von "Ausländern" oder "Ausländerpolitik" gesprochen.
In der Raamnota "

Gemeentelijk Minderhedenbeleid", Gemeente Amsterdam, Coordinatie bureau Minderhedenbeleid, Januar 1987, Seite 4, heißt es u.a. "Dieser Rahmenplan befaßt sich mit der Bevölkerungskategorie der ethnischen Minderheiten. Diese besteht aus Gruppen, die eine andere ethnische Herkunft haben -als Gruppe- eine *schwache gesellschaftliche Position einnehmen. Die Amsterdamer Minderheitenpolitik rechnet Gruppen dazu, die aus folgenden Herkunftsländern kommen: Surinam, Niederländische Antillen, Südmolukken, Türkei, Marokko, Tunesien, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Kapverdische Inseln, Pakistan und China.*
Darüberhinaus werden Flüchtlinge und Asylbewerber und Sinti und Roma gleichfalls zu den ethnischen Minderheitengruppen dazu gerechnet.

Im Text wird der Begriff "Migranten" verwendet".(Anm. des Übersetzers-P.F.- Im Text wird außerdem auch der Begriff "Allochtone" verwendet)

Ankündigung

Wochenendtagung

Gleichberechtigung für ethnische Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt - Antirassistische Arbeitsmarktpolitik im Vergleich zwischen den USA, Großbritannien, der Niederlande und der BRD

Zeit:

- Samstag, den 13.6.1992 von 13-19 Uhr undSonntag, den 14.6.1992 von 10-15 Uhr

Ort:

- Haus der Kulturen der Welt (Kongreßhalle), Raum K2, John-Foster-Dulles-Allee 10, 1000 Berlin 21

ReferentInnen:

- Gülay Toksöz Nozizwe, Berlin und Universität Ankara
- Von Gülay Toksöz ist gerade das Buch "Ja, sie kämpfen - und sogar mehr als die Männer", - Migrantinnen - Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessenvertretung erschienen.
- Hale Decdeli-Holzwarth, Nozizwe, Berlin
  Ein Mitarbeiter des "Office of Federal Contract Compliance Programs", Department of Labor, Washington
- Dr. Chan Choenni, Universität Utrecht (früher Landesweites Büro zur Bekämpfung von Rassismus, Utrecht)

Der gegenwärtig eskalierende gewalttätige Rassismus wird geschürt und unterstützt durch die offizielle Regierungspolitik und eine Vielzahl von Institutionen. Im Rahmen des instutionellen Rassismus spielt die Arbeitsmarktpolitik eine herausragende Rolle, da der Bereich Arbeit für die meisten Menschen im Mittelpunkt ihres lebens steht. Für ethnische Minderheiten gehört die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu ihrem Alltag.
In den USA, Großbritannien und den Niederlanden zum Beispiel, wurden Maßnahmen entwickelt zur Durchsetzung gleicher Rechte für alle ArbeitnehmerInnen - unabhängig von deren Herkunft und Hautfarbe.
Ethnische Quotierung, positive action und contract compliance sind die zentralen Begriffe, die für diese Politik stehen. Dies sind Ansätze, die für die Bundesrepublik bisher kaum diskutiert wurden.
Die ReferentInnen aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden berichten über die geschichtliche Entwicklung antirassistischer Arbeitsmarktpolitik und deren praktische Umsetzung
Die Referentinnen aus der BRD werden u.a. der Frage nachgehen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um eine antirassistische Arbeitsmarktpolitik durchzusetzen

Tagungsleitung:

- Peter Finger ("Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt" und Antirassistische Initiative e.V.)
- Sabine Seyb (Antirassistische Initiative e.V.)

Simultanübersetzung:

- Astrid Geese und Angela Drösser (multilingual communication service, Berlin)

Tagungsbeitrag:

- DM 35,—

Anmeldung beim Veranstalter:

- Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V.
  Zeughofstr. 20
  W-1000 Berlin 36
  Tel.: 030/6126075
- Peter Finger
  Schmiljanstr. 15•
  W-1000 Berlin 41•
  Tel./FAX: 030/8520815

Hilfsbedürftig, unterdrückt, isoliert und nicht erwerbstätig - dieses Klischee über Immigrantinnen aus der Türkei sitzt fest in deutschen Köpfen.
Fast 50% der Frauen aus der Türkei sind erwerbstätig, viele von ihnen im industriellen Bereich. Dort sind sie größtenteils gewerkschaftlich organisiert, aber in betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien sind sie stark unterrepräsentiert. Gülay Toksöz befragte Arbeiterinnen aus der Türkei nach den Gründen dieser Diskrepanz und zeigt in ihrem Buch*) unter welchen Bedingungen sie an der gewerkschaftlichen Interessensvertretung teilnehmen.

) Gülay Toksöz: "Ja, sie kämpfen - und sogar mehr als die Männer". Immigrantinnen Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessensvertretung, Hrsg.: Nozizwe, Interkulturelle Feministische Bildungsarbeit, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Bildung, 1991, 266 Seiten, 29,80 DM.
Gülay Toksöz wurde 1955 in Ankara geboren, wo sie Volkswirtschaftslehre studierte. In Ankara engagierte sie sich in einem Frauenverein und führte Alphabetisierungskurse für Frauen durch. Nach ihrem Abschluß zur Diplom-Volkswirtin arbeitete sie in einem gewerkschaftlichen Forschungsinstitut. 1982 kam sie nach Berlin, um ihre Promotion über die Lage der Arbeiterinnen aus der Türkei in der BRD fortzusetzen. In Berlin arbeitete sie jahrelang in Selbsthilfegruppen für Immigrantinnen aus der Türkei. Seit 1990 ist sie Bildungsreferentin bei Nozizwe, einem Projekt für interkulturelle feministische Bildungsarbeit. Dort ist sie zur Zeit beurlaubt. Sie hat vorübergehend eine Stelle an der Fakultät für Politische Wissenschaft an der Universität Ankara.G.T.:

"JA SIE KÄMPFEN - UND SOGAR MEHR ALS DIE MÄNNER"

Ein Interview mit Gülay Toksöz über Immigrantinnen-Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessensvertretung

ZAG: Was war der Hintergrund für deine Untersuchung?

G.T.: Zum einen wollte ich diesem weitverbreiteten Klischee-Bild über die Frau aus der Türkei, das sie als nicht-erwerbstätige Hausfrau darstellt, widersprechen.
Die Frauen aus der Türkei haben eine hohe Erwerbstätigkeitsquote und eine starke Beteiligung an gewerkschaftlicher Aktivität, wie ich bei den Warnstreiks 1984 im Metallbereich beobachtet habe. Ich wollte dieses Klischee widerlegen und auch zeigen, unter welchen Bedingungen diese Frauen arbeiten.

ZAG: Wie sieht die Arbeitsplatzsituation von Immigrantinnen aus der Türkei aus?

G.T.: In der Bundesrepublik ist ein sehr großer Anteil der Frauen aus der Türkei erwerbstätig, etwa 50%. Das ist natürlich nicht die offizielle Zahl. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen liegt bei 25%. Aber in anderen Untersuchungen, wie beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen, sagten 50% der befragten Frauen, daß sie berufstätig sind. Teilzeitarbeitende Frauen, die weniger als 5 Stunden arbeiten tauchen in den Statistiken oft nicht auf.

Aber besonders im Reinigungsbereich ist es stark verbreitet, daß die Frauen zwei, drei Stunden arbeiten oder zwei Stunden vormittags und zwei Stunden nachmittags bei verschiedenen Arbeitgebern. Und viele arbeiten auch illegal.

Von den Arbeiterinnen aus der Türkei arbeiten mehr als drei Viertel als ungelernte Arbeiterinnen in der Industrie, besonders in den Bereichen Elekrotechnik, Textil und Nahrungs- und Genußmittel. Damit gehören sie per Defionition zum Sekundärsektor, wo die Löhne niedrig sind, die Aufstiegschancen gering und das Beschäftigungsrisiko groß. Hinzu kommen die Frauen, die im Reinigungsbereich beschäftigt sind. Dieser Bereich nimmt immer mehr zu. Bei der Anwerbung sollte zwar vor allem der Arbeitskräftebedarf in der Industrie befriedigt werden, aber weil der Bedarf durch Rationalisierung immer weniger wird, können die Frauen nur noch im Reinigungsbereich Arbeit finden. In Berlin hat sich das Verhältnis schon verkehrt: Hier nimmt der Dienstleistungsbereich bereits den ersten Platz ein. Nach Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit von 1989 ist bereits jede siebte Immigrantin eine Putzfrau. Das alles gilt genauso für die Töchter, die hier aufgewachsen sind. Nur ein ganz geringer Teil von ihnen hat eine Chance, halbqualifizierte Arbeitsplätze zu bekommen. Und diejenigen, die im Ausbildungsverhältnis sind, sind es in miesen Bereichen - als Friseurinnen, Arzthelferinnen und Verkäuferinnen.

Sie gehen nach der Ausbildung in der Fabrik arbeiten, weil die Löhne zu niedrig sind. Bei deutschen Mädchen konzentriert sich die Ausbildung auf etwa 10 - 12 Berufe, bei ausländischen Mädchen sind es nur 3 - 4. Und in den relevanten Institutionen ist auch nicht anerkannt, daß daran was geändert werden muß.

ZAG: Wie sieht die gewerkschaftliche Organisierung der Immigrantinnen aus?

G.T.: Generell ist die gewerkschaftliche Organisierung von Fabrikarbeitern und -arbeiterinnen hoch. Bei den Männern ist sie immer noch höher als bei den Frauen. Im Metallbereich ist die Organisierung der Männer aus der Türkei am höchsten im Vergleich zu allen anderen Nationalitäten. Auch bei den Frauen war 1989 die Organisierung derjenigen aus der Türkei am höchsten. Aber 1991 hat sie abgenommen, während die Anzahl der deutschen Mitgliedsfrauen ein bißchen gestiegen ist. Bei den Männern sind zwischen 65 und 70%, bei den Frauen 45 - 55% organisiert.
Vor allem in Betrieben, wo aktive ausländische Vertrauensleute oder Betriebsräte arbeiten, ist die Organisierung hoch. Eine Vertrauensfrau hat mir z.B. erzählt, daß sie in ihrer Abteilung auf einmal 100 Frauen als Mitglied gewonnen hat. Das war für die Betriebsräte sehr überraschend, weil dort jahrelang niemand organi-

siert wurde. Als Immigrantin konnte sie sie sagen: "Für uns ist es wichtig, daß du Mitglied wirst." Wenn die Frauen beobachten, daß die Gewerkschaftsfunktionäre tatsächlich für ihre Interessen eintreten, dann werden sie auch Mitglied.

Bei den Frauen in den beiden Betrieben, die ich untersucht habe, haben fast alle ihre Erwerbstätigkeit erst in Deutschland angefangen. Für sie war die Gewerkschaft keine bekannte Institution aus der Türkei, aber sie haben während ihrer Beschäftigung wahrgenommen, wie wichtig es ist, Gewerkschaftsmitglied zu sein.

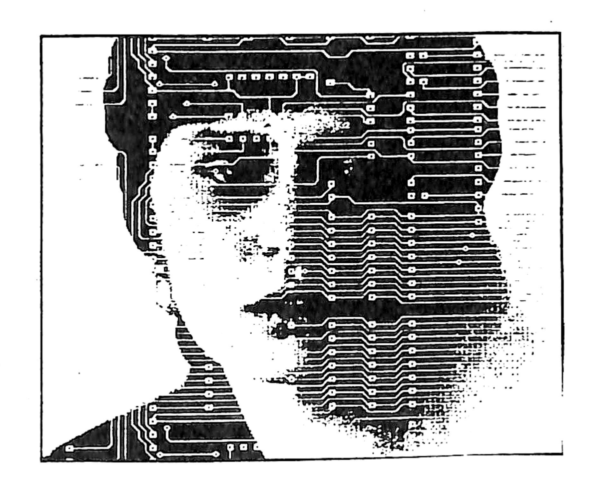
ZAG: Was sind die Gründe für die hohe Organisierung?

G.T.: Ein Grund ist wahrscheinlich der erhoffte Schutz gegenüber Kündigungen. Zweitens werden sie im Betrieb in vieler Hinsicht diskriminiert und wenn sie merken, daß Vertrauensleute oder Betriebsräte für ihre Interessen eintreten, dann werden sie Mitglied. Drittens kommt hinzu, was ich als kulturspezifischen Faktor bezeichne: Wenn aktive Vertrauensleute sie auffordern mitzumachen, dann hat das eine viel größere Bedeutung als bei den deutschen Arbeitern. Dabei ist die Gruppenzugehörigkeit sehr wichtig. Wenn in der Abteilung etwas gemeinsam unternommen wird, werden diejenigen, die nicht mitmachen, stark von der Gruppe kritisiert und ausgeschlossen. Und um nicht ausgeschlossen zu werden, machen sie eher mit. Das ist bei deutschen Arbeitern nicht der Fall. Außerdem ist wichtig, inwieweit die Gewerkschaft Forderungen entwickelt, die den Bedürfnissen dieser Gruppe entsprechen, und inwieweit sie die Immigrantinnen unterstützen.

Gülay Toksöz

"Ja, sie kämpfen-und sogar mehr als die Männer"

Immigrantinnen-Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessenvertretung



ZAG: Welchen Stellenwert hat die Gewerkschaft für Immigrantinnen?

G.T.: Ich habe vor einiger Zeit mit dem Ausländersekretär der IG Metall ein Interview für eine türkische Zeitung gemacht.
Da sagte er, daß Gewerkschaften fast die einzigen Organisationen in dieser Gesellschaft sind, in der sich Immigranten und Immigrantinnen organisieren können. Ohne Wahlrecht hat es in politischen Parteien keine Bedeutung, dort Mitglied zu sein. Du wirst nicht ernst genommen. Aber in Gewerkschaften hast du theoretisch die Möglichkeit, zu wählen und gewählt zu werden. Wenn die eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter sich stärker für ihre Interessen einsetzen würden und für Wahlen kandidieren und gewählt werden, dann hätten sie mehr Möglichkeiten, einiges zu verändern.
Die Veränderung gewerkschaftlicher Ausländerpolitik seit Mitte der 80er Jahre ist auch dadurch entstanden, daß immer mehr eingewanderte Arbeiteinnen und Arbeiter in den Gewerkschaften aktiv geworden sind. Daß die Gewerkschaften zum Beispiel das kommunale Wahlrecht fordern.

Insgesamt kann man die Arbeit der Gewerkschaften jedoch kritisch bewerten. Sie vertreten vor allem die Interessen von qualifizierten Arbeitskräften, und das sind deutsche, männliche Facharbeiter. Die sind es, die in den Gremien vertreten sind und die gewerkschaftliche Politik bestimmen. Ihre Interessen haben Vorrang, z.B. in der Tarifpolitik oder bei Kündigungen. In einem meiner beiden Betriebe hat die Anzahl der Immigrantinnen stark abgenommen und im Augenblick gibt es wieder eine Kündigungswelle. Von Seiten der Betriebsräte gibt es keinerlei Bemühungen, diese Kündigungen zu verhindern. Wenn die Frauen mit Abfindungen zu Kündigungen gezwungen werden, darüber wird einfach geschwiegen.

Bei Aktivitäten wird immer gerechnet - wenn du es zu einer Frage machst, mit der sich die deutschen Arbeiter identifizieren können, dann ist die Beteiligung natürlich höher, als wenn nur Eingewanderte kommen. Und deshalb werden im Namen allgemeiner Forderungen die Interessen dieser Gruppe seht wenig berücksichtigt.

ZAG: Das heißt also, daß die Betriebsräte Rationalisierung und Kündigungen auf Kosten der Immigrantinnen in Kauf nehmen, um deutschen Arbeitern ihre Arbeitsplätze zu erhalten?

G.T.: Genau das ist der Fall. Es müßte viel mehr eingewanderte Betriebsräte geben. Und auch Betriebsrätinnen. Ihre Anzahl ist meist sehr gering. Auch wenn sich im Metallbereich durch diese Frauenförderpläne einiges geändert hat, ist die Anzahl der Frauen noch immer niedrig und bei eingewanderten Frauen sowieso. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß Immigrantinnen eine zusätzliche Ermunterung brauchen, damit sie überhaupt kandidieren.

Es ist für sie doppelt schwer, in einem Gremium zu arbeiten und sich gegenüber den Arbeitgebern zu behaupten, weil die Verhältnisse und die Begrifflichkeiten oft neu sind für sie. Eine dieser Betriebsrätinnen, mit denen ich gesprochen habe und die sehr gut deutsch spricht, sagte: "Wenn ich über ein Thema diskutiere, wird mir nachher immer vorgeworfen, daß ich alles falsch verstanden habe. Diesen Ausweg können sie immer finden."

ZAG: Gleichzeitig schreibst du ja auch in deinem Buch, daß es auf verschiedenen gewerkschaftlichen Versammlungen abgelehnt wurde, türkische Übersetzungen zu machen.

G.T.: Da stimmt, dabei ist es so wichtig, daß die Immigrantinnen verstehen können, was los ist. Vor allen Dingen bei der wirtschaftlichen Lage, wenn es um den Abbau von Arbeitsplätzen geht. Sie werden nicht richtig informiert. Stattdessen wird ihnen ein bißchen Geld angeboten und schon sind sie ihren Job los. Und dann finden sie keine neue Arbeit und haben nicht die Möglichkeit bis zum Rentenalter zu arbeiten und nachher eine Rente zu bekommen. Im Reinigungsbereich sind das eben Teilzeitarbeitsplätze. Einige Frauen tendieren aber auch dazu, diese Abfindungssumme zu nehmen, mit dem Gedanken, daß sie irgendwann zurückkehren. Aber dann bleiben sie doch und das Geld ist auch weg und sie finden keine neue Arbeit.

Auf der betrieblichen Ebene wird auch sonst wenig gemacht, um die Situation der Immigrantinnen zu verbessern. Insgesamt werden nur allgemeine Forderungen an die Regierung gestellt und Presseerklärungen, z.B. gegen das Ausländergesetz und Rassismus herausgegeben, aber sie werden nicht durch Druck unterstrichen.

ZAG: In deinem Buch beschreibst du weitere Schwierigkeiten, z.B. die Mehrfachbelastung von Frauen, die einer gewerkschaftlichen Arbeit entgegen stehen. Sprechen noch andere Gründe dagegen?

G.T.: Das ist der Hauptgrund den die befragten Frauen erklärt haben. In der Hinsicht sehe ich keinen Unterschied zwischen deutschen und eingewanderten Frauen. Diese Zuständigkeit für Haushalt, Kinderbetreuung und Erziehung. Das erschwert ihre Beteiligung an gewerkschaftlicher Arbeit. Und bei den Frauen aus der Türkei nehme ich an, daß die Hausarbeit länger dauert, weil sie sich verpflichtet fühlen, immer zu kochen und nicht einfach sagen, "jetzt essen wir ein Abendbrot". Was die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit angeht, da denke ich, gibt es wenig Unterschiede zwischen deutschen und türkischen Männern. Gewerkschaftsfunktionärinnen sind generell überwiegend alleinstehende Frauen oder sie haben schon ältere Kinder. So war bei einer Frauenversammlung der IG Metall, wo die Delegierten für den Frauenkongreß gewählt wurden, das durchschnittliche Alter 43. Hinzu kommt das Sprachproblem bei den Frauen aus der Türkei. Ich bin einigen sehr aktiven Vertrauensfrauen begegnet, die Interesse an Betriebsrattätigkeit hatten, aber wegen mangelnder Deutschkenntnisse nicht kandidiert haben.

ZAG: Wie ist es mit der Solidarität von deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern?

Spiegelt sich die immer schlechter werdende rechtliche und gesellschaftliche Situation auch in den Betrieben? Findet sehr viel Diskriminierung am Arbeitsplatz durch die Kolleginnen statt? In deinem Buch hast du ja geschrieben, daß es wenig Kontakt und wenig Konflikt zwischen deutschen und eingewanderten Arbeiterinnen gibt.

ZAG: Das heißt aber auch nicht, daß das Gegenteil der Fall ist, daß Frauen sich solidarischer verhalten?

G.T.: Das würde ich nie sagen. Z.B. haben die in diesen Betrieben tätigen Frauen verinnerlicht, daß ihnen als Deutsche die bessere Arbeit zusteht. Oder folgendes Beispiel: Eine deutsche Frau wird vom Meister schikaniert und ärgert sich und schreit: "Das kann er mit euch machen, aber nicht mit mir!" Als deutsche Frau, meint sie damit. Die deutschen Frauen finden es richtig, wenn sie als Deutsche besser gestellt sind als eingewanderte Frauen.

ZAG: Das heißt, sie akzeptieren die Hierarchie zwischen deutschen Frauen und Immigrantinnen und werten sich dadurch auch auf?

G.T.: Was natürlich bei der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wichtig ist. Von Seiten der Gewerkschaft gibt es keine Wahrnehmnung und schon gar keine Bemühungen zur Lösung des Problems, das diese betriebliche Hierarchie in sich hat. Die Lage der eingewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen muß insgesamt geändert werden, damit sie nicht immer zu diesen unqualifizierten Arbeiten verurteilt werden. Aber ein solches Bewußtsein gibt es in den Gewerkschaften nicht. Was die aktivsten Gewerkschaftsfunktionäre tun ist, den eingewanderten Frauen als unqualifizierte Arbeiterinnen bei ihren Schwierigkeiten zu helfen. Aber sie bleiben in den vorhandenen Konstellationen. Daß die Immigrantinnen nicht immer auf der untersten Stufe bleiben dürfen, darüber machen sich die Gewerkschaften keine Gedanken. Das ist das Problem

Zwar sagen sie bei jeder Gelegenheit, Weiterbildungsmaßnahmen müssen entwickelt werden, vor allen für diejenigen, die von Rationalisierung am stärksten betroffen sind. Aber dabei bleibt es. Für Frauen wurden Förderpläne entwickelt, damit sie nicht unbedingt unqualifizierte Arbeiten machen müssen. Für eingewanderte Frauen ist das Problem noch viel größer. Sie haben nicht unbedingt die gleichen Schulabschlüsse wie hier und brauchen zusätzliche Vorbereitungsmaßnahmen. Aber in dieser Hinsicht wird wiederum fast nichts gemacht. Eine Ausnahme ist z.B. eine Maßnahme des DGB-Berufsfortbildungswerkwerks, die gerade begonnen hat: Hauptschulabschluß für türkische Frauen. Da war die Nachfrage so groß, daß jetzt eine zweite Gruppe anfangen soll und dafür haben sich auch schon 20 Frauen angemeldet. Es würden sich sehr viele Frauen finden, die Interesse an solchen Maßnahmen haben. Das Angebot muß verstärkt werden.

ZAG: Neben Qualifizierungsangeboten, was muß sich an der Gewerkschaftspolitik noch ändern, damit Immigrantinnen sich besser selbst vertreten können?

G.T.: Als erstes muß wie bei Frauen eine verpflichtende Regelung getroffen werden, daß sie entsprechend ihrem Anteil unter den Beschäftigten in allen Gremien vertreten sind. Dadurch werden ihre Probleme zwar noch nicht gelöst, aber wichtig ist, daß sie Aufmerksamkeit bekommen. Zweitens lege ich wirklich sehr viel Wert auf Qualifizierungsmaßnahmen, weil es sonst nicht möglich ist, die Lage der eingewanderten Frauen zu ändern und dann müssen sie lebenslang diese Dreckarbeit machen und darunter leiden.

ZAG: Und konkreter? In deinem Buch schreibst du, daß die gewerkschaftliche Frauenpolitik Immigrantinnen außen vor läßt - was muß sich da ändern? Ist eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und Frauen aus der Türkei überhaupt möglich?

G.T.: Die gewerkschaftliche Frauenarbeit muß Immigrantinnen als Bestandteil ihrer Arbeit akzeptieren. Bisher haben sie sie immer als Teil der Ausländerarbeit angesehen und wollten damit nichts zu tun haben. Verbal sprechen einige Gewerkschaftsfrauen von der "vielfachen Diskriminierung unserer eingewanderten Kolleginnen", aber dabei bleibt es, es wird nichts gemacht. Wichtig ist es, eine Verständigung zwischen deutschen und eingewanderten Frauen zu schaffen, daß sich die gewerkschaftliche Frauenarbeit viel mehr mit solchen Dingen auseinandersetzt und auch die Wichtigkeit von Zusammenarbeit betont. Sie muß versuchen, die eingewanderten Frauen in ihre Arbeit einzubeziehen. Erst wenn das passiert, kann darüber diskutiert werden, inwieweit getrennte Wege gegangen werden müssen. Einerseits müssen die Frauen im gewerkschaftlichen Bereich zusammen kämpfen, weil sie als Frauen diskriminiert werden. Andererseits werden sie als Eingewanderte rassistisch diskriminiert. Dieses Problem müssen deutsche Frauen sich bewußt machen und dagegen kämpfen. Deshalb finde ich eine Zusammenarbeit wichtig, aber es ist auch notwendig, daß die eingewanderten Frauen die Möglichkeit haben, unter sich zu bleiben und über ihre Probleme zu reden.

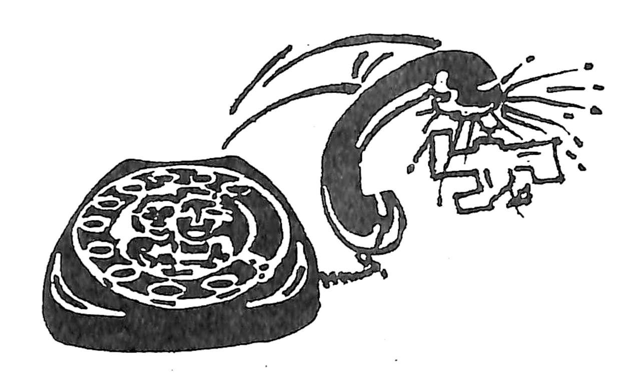
Aber sie sagen auch, daß sie bei allen "Ausländer-Seminaren" unter sich bleiben: "Diejenigen, die uns rassistisch behandeln, erfahren nichts davon, wie wir uns fühlen und wie wir uns darüber ärgern." Viele wollen deshalb immer mehr mit Deutschen zusammenkommen und mit ihnen diskutieren.

ZAG: Meinst du, daß sich in positiver Richtung etwas bewegt in den Gewerkschaften, oder wird die Situation, wie allgemein gesellschaftlich, eher noch schlimmer?

G.T.: Es ist eher schlechter geworden. Auch in den Gewerkschaften ist das wichtigste Thema die deutsche Vereinigung: Wie sie die Beschäftigten in Ostdeutschland als Gewerkschaftsmitglieder gewinnen können und sich für ihre Probleme einsetzen können. Es werden auch immer mehr Ostdeutsche eingestellt. Ich

habe letztens in der *taz* eine Zahl gelesen, daß zwischen 90/91 die Zahl der arbeitslosen ImmigrantInnen, Frauen und Männer, hier insgesamt um 30% zugenommen hat.

Die EinwanderInnen werden immer weiter an den Rand gedrückt. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1989 wurde der Antrag auf eine Vertretung von Eingewanderten in Gremien entsprechend ihrer Beschäftigungsanteil einfach abgelehnt. Ich glaube, wenn es den Vereinigungsprozess nicht gegeben hätte, wäre er durchkommen.



Aber insgesamt hat der Nationalismus zugenommen und alle Augen richten sich nach Osten und haben kein Interesse an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Immigrantinnen. Das paßt zur allgemeinen gesellschaftlichen Situation. Verschlechterungen haben bereits stattgefunden, z.B. durch die Bedeutung des neuen Ausländergesetzes für Frauen. Das ist eine unmenschliche Regelung. Das alles wird sich durch den europäischen Binnenmarkt 92/93 noch weiter verschärfen.

ZAG: Aber die Gewerkschaften haben das neue Ausländergesetz ja auch nicht aktiv bekämpft.

G.T.: Das ist richtig und eben das Problem: Wenn die Mitglieder der Gewerkschaften dafür sind, daß die Ausländer das Land verlassen statt hier mit gleichen Rechten zu leben, dann sind die Gewerkschaften auch nicht bereit, etwas dagegen zu organisieren. Sie verhalten sich entsprechend ihrer Mitgliederbasis. Und wenn sich die Basis zu einem Thema reaktionär verhält, dann tun die Gewerkschaften das genauso. Das ist natürlich problematisch, denn die Gewerkschaften sollte eine Vorreiterrolle spielen. Sie sollten sich gegen jede Art von Unterdrückung und Ausbeutung äußern. Wo bleibt die Zielsetzung der Gewerkschaften, wenn sie das nicht machen? Stattdessen kommen sie mit pragmatischen Ansätzen: "Wenn wir das machen, verlieren wir Mitglieder." Aber bis wohin soll dieser Kompromiß gehen? Von ihren ursprünglichen Zielsetzungen und Ideen weichen die Gewerkschaften immer mehr ab und gehen eher Kompromisse ein, anstatt ihre Prinzipien zu vertreten.

Antirassistische Initiative

ANTIFASCHISMUS VOR GERICHT

Seit November 1991 wird vor dem Hamburger Landgericht ein Prozeß geführt, der in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben ist. Verhandelt wird gegen zwei alte Antifaschisten, denen vorgeworfen wird, im Juni 1947 an der Ermordung des Wehrmachtsrichters Erich Kallmerten im Kriegsgefangenenlager in Klaipeda/Litauen beteiligt gewesen zu sein.
In diesem Prozeß geht es nicht nur um die Sühne für einen Mord, sondern auch darum den Antifaschismus als terroristisch und mörderisch abzuurteilen.

Bereits in den 50er Jahren wurde der Prozeß in der BRD verhandelt, die Hauptangeklagten lebten jedoch damals in der DDR, ein 1956 gestelltes Auslieferungsersuchen wurde von der DDR abgewiesen.

Der damals ermittelnde Hamburger Landgerichtsdirektor Kurt Steckel richtete sich in seinen Untersuchungen nicht nur gegen die heute vor Gericht stehenden, sondern auch gegen zwei andere angebliche Tatbeteiligte, die beide wegen fehlender Beweise freigesprochen wurden. Steckel reiste durch die gesamte BRD, vernahm 275 Zeugen, doch mehr als Vermutungen und Aussagen aus dritter Hand brachten seine Mühen nicht ein, er fand keinen Tatzeugen und keinen Beweis. Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, das viele von Steckels Zeugen in der Sowjetunion verurteilte Kriegsverbrecher waren, die erst nach dem Adenauer-Besuch 1955 freigelassen wurden. Viele der Zeugen waren in Kriegerkameradschaften organisiert, die Aussagen gegen die Angeklagten dementsprechend gleichlautend. Wer sich Steckel als Antifaschist zu erkennen gab, mußte damit rechnen angebrüllt und beschimpft zu werden und das seine Aussagen in Steckelschen Sinne gekürzt in der Anklageschrift landen. Denn Steckel ging es neben der Verfolgung von Kallmertens Mördern hauptsächlich darum, eine kriminelle Vereinigung zu finden, die am Tod des Kollegen genauso schuldig ist wie der Täter: die antifaschistischen Komitees in den Kriegsgefangenenlagern, die Antifa.

Steckel war wie Kallmerten nicht irgendein Richter. 1919 war er als Achtzehnjähriger Mitglied der schwarzen Reichswehr und eines Freikorps, später war er beim Stahlhelm organisiert. Während des Zweiten Weltkriegs war er Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg, das sich mit "Staatsfeinden, Wirtschaftsparasiten, Volksschädlingen, destruktiven Außenseitern und Schmarotzern" befasste und in den letzten Kriegsmonaten am Volksgerichtshof in Potsdam. Doch dies tat seiner Karriere in der BRD keinen Abbruch, er brachte es bis zum Landgerichtsdirektor in Hamburg und starb 1967 als geachteter Jurist.

Die nun gesamtdeutsche Justiz schlägt prompt zu, diesmal in Gestalt des Oberstaatsanwalts Duhn, der 1960 sein Referendariat bei Steckel absolvierte, im November 1990 wird Karl Kielhorn (73) in Ostberlin, im Dezember Gerhard Bögelein (68) in Leipzig verhaftet. Bögelein, dem die Ausführung der Tat vorgeworfen wird, sitzt seitdem in Hamburg in Untersuchungshaft, Kielhorn kommt nach 5 Wochen gegen eine Kaution von 10 000 DM wieder frei.

Welche Rolle spielten die nun so verfolgten Antifaschistischen Komitees in den Kriegsgefangenenlagern?
In Klaipeda faßten die Sowjets mehrere Tausend deutsche Wehrmachtsangehörige zusammen, neben Kriegsverbrechern, gläubigen Nazis und einer Mehrheit von Unpolitischen auch eine Anzahl von Antifaschisten. Männer wie Bögelein und Kielhorn, die dem KZ oder dem Todesurteil nur dadurch entgehen konnten, in dem sie

sich "freiwillig" zum Fronteinsatz in Strafbataillone meldeten. Diese Leute bauten in Klaipeda und anderen Gefangenenlagern Antifaschistische Komitees (Antifas) auf, aus denen eine neue, parteiübergreifende Bewegung entstehen sollte. Die Antifa entwickelte, von der sowjetischen Lagerleitung geduldet bzw. unterstützt, vielfältige Aktivitäten. Neben Sportveranstaltungen wurden Theateraufführungen und Konzerte organisiert, Lesekreise und politische Kurse angeboten, über das Lagerradio und Lautsprecher Reden gehalten. All diese Angebote sollten die Gefangenen auf die Rückkehr in ein demokratischeres Deutschland vorbereiten. Die politischen Aktivitäten des Komitees, an denen sich Bögelein und Kielhorn aktiv beteiligten, sollen nach dem Willen der BRD Justiz jetzt beiden zum Verhängnis werden. In der am 8.Mai 91 ausgefertigten Anklageschrift wird festgestellt, daß es im Lager "eine antifaschistische, d.h. kommunistische Agitations- und Aktionsorganisation" gab, das Antifaschistische Komitee.

Abgesondert von den übrigen Gefangenen lebten Die Herren von gestern in ihren Offiziersbaracken. Nach der Genfer. Konvention haben Offiziere in Gefangenschaft im Gegensatz zu den "normalen" Gefangenen viele Privilegien, sie brauchen keine Zwangsarbeit zu leisten, sie durften ihre Uniformen incl. Rangabzeichen behalten, sie bekamen reichlichere Verpflegung, sie konnten ihr Haar lang tragen und wurden nicht geschoren wie die anderen. Hinzu kam, das die sowjetische Lagerleitung, die Befehlsstrukturen der Wehrmacht ausnutzend, die Offiziere mit der Leitung des Lagers beauftragte. Die Offiziere wurden aber bald von den stärker werdenden Antifaschistischen Komitees abgelöst.

1947 war die Antifa etabliert genug, um gegen die anderen Privilegien vorzugehen. In der sog. "Offiziersaktion" wurde den Offizieren die Uniform ausgezogen und das Haar geschoren. Währendessen wurde auch die Offiziersbaracke durchsucht. Dabei fielen den Antifaschisten, neben faschistischer Literatur, Hakenkreuzen und anderen Nazireliquien, auch das Tagebuch Kallmertens in die Hände, in dem Kallmerten notiert hat, wann und warum er wieder ein Todesurteil gefällt hat. Insgesamt hatte Kallmerten eine dreistellige Anzahl von Todesurteilen zu verantworten.
Die Opfer waren vorwiegend Deserteure der Wehrmacht, aber auch Zivilisten,

denen Sabotage oder Widerstandstätigkeit vorgeworfen wurde.

Die genauen Umstände, wie Kallmerten zu Tode kam, lassen sich heute nicht klären. Aus der Art und Weise, wie der Prozeß geführt wird, ist zu vermuten, daß das Urteil ganz im Sinne des Juztizministers Kinkel ausfallen wird, der es in einer Ansprache am 23.9.91 vor dem Deutschen Richtertag so formulierte:

"Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und - zu Recht - nie wieder entstehen lassen wollte." (Deutsche Richterzeitung 92 S.5)

Für dieses Ansinnen dürfte es in der BRD bis in die Linke hinein breite Zustimmung geben, doch bei der wichtigen und notwendigen Auseinandersetzung mit der linken Geschichte sollte mensch sich nicht an den Vorgaben der Herrschenden orientieren.

Antifa-Infotelefon

Wer die Geschichte beherrscht...

Ein paar Gedanken anlässlich der Durchsuchung des PDS Archivs

Am 31.3.1992 drangen 200 zum Teil schwer bewaffnete Polizisten in das Parteiarchiv der PDS in Berlin/Mitte ein. Übrigens befand sich das Parteiarchiv zum Zeitpunkt der Durchsuchung bereits in Bundesbesitz, eine Bekanntgabe dieses Fakts hätte die Medienwirksamkeit dieser Aktion eher ins lächerliche gerückt.

Wer durchsucht sich schon selbst...?

Dieses Archiv beherbergt Materialien zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, der KPD, der SPD und SED.

Eine große Anzahl von Originaldokumenten und Handschriften wie die von Rosa Luxemburg befinden sich in dieser für Deutschland einzigartigen Sammlung. In dem Gebäude in der Wilhelm Pieckstr. sind auch die Bibliothek der Arbeiterbewegung, das Institut für Marxismus Leninismus und die Redaktionsräume der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" untergebracht.

Diese Zeitschrift ist seit dem 1. April durch Sperrung der Mittel (sie wurde aus dem PDS Altvermögen finanziert) von der Treuhand Abgewickelt.

Während der mehrere Tage andauernden Durchsuchung wurden die Personalien der MitarbeiterInnen erfasst und das Archiv für BenutzerInnen gesperrt.

Deutscher Geist nach dem Anschluß

In den mehr als zwei Jahren, die seit dem Anschluß der DDR vergangen sind, haben wir zugesehen wie Bücher, deren Verbrechen darin bestand in der DDR gedruckt worden zu sein, Containerweise auf dem Müll landeten.

So geschah es unter anderem während der Leipziger Buchmesse. Bibliotheken wurden wegen fehlender Mittel geschlossen, die Arbeit an der Marx Engels Gesamtausgabe konnte nur durch Unterstützung des internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam weitergeführt werden.

Archive werden vernichtet oder sind von Vernichtung bedroht. Hierzu erklärt der unabhängige Historikerverband im Tagesspiegel vom 12.4.92: ...daß zum Beispiel Betriebs-, Kreis- oder Gemeindearchiven (der ehem. DDR) die Vernichtung droht. Vom Archiv des Reichsbahnausbesserungswerkes Meiningen seien nur die rein wirtschaftlichen Belege aufbewahrt worden.

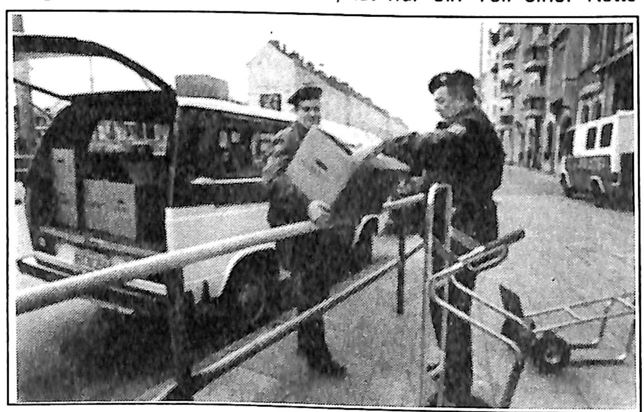
Das vernichtete Archiv bestand nicht nur aus Unterlagen der DDR Zeit, sondern habe auch wertvolles Material aus dem 19. Jahrhundert, zum Beispiel über die Arbeiterbewegung enthalten.

Während die Herrschenden begriffen haben, daß Wissen Macht ist, blieb diese Entwicklung, für die sich noch viele Beispiele finden lassen, von den Linken meist unbeachtet....

„So habe ich mir den westdeutschen Staat immer vorgestellt, wenn er keinen richtigen Widerstand mehr findet" schreibt Georg Fülberth am 1.4.92 im Neuen Deutschland.

Ein völlig alltäglicher Vorgang

Das Eindringen von Polizei und Justiz in das Parteiarchiv, die gegen einige „DDR Größen" und gegen „Unbekannt" ermittelnden Staatsanwälte Ulrich und Schneider waren übrigens seit längerem Benutzer des Archivs, ist nur ein Teil einer Kette



Abtransport von PDS-Akten in Berlin

gleichartiger Aktivitäten.

Ihren Lesehunger stillten die Staatsorgane bereits regelmäßig und mit theatralischem Aufwand in den Räumen der PDS, bei überraschenden Hausbesuchen und bei der Durchsuchung von Infoläden in Berlin und mehreren Städten der ehem. BRD.
Ihr Bedürfnis, sich bedrucktes und beschriebenes Papier anzueignen, scheint jedoch nicht nachzulassen.

Neue deutsche Geschichtsaufarbeitung

Die BRD hat sich in der Vergangenheit mit linker Geschichte stets schwergetan. Seit dem Anschluß ist linke und vor allem antifaschistische Geschichte nur noch ein „Fall" für die Justiz. Gleichzeitig mit der Relativierung des deutschen Faschismus wird die Kriminalisierung und Verunglimpfung seiner GegnerInnen betrieben.

Die vorläufigen Sieger reißen die Geschichte der vorläufigen VerliererInnen an sich, stückeln sie auf, setzen sie neu zusammen und halten dieses Zerrbild ihren KritikerInnen vor die Nase: So häßlich seid ihr! Ein Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung kann demnach eigentlich nur eine Ansammlung von Beweismaterial darstellen.

Pädagogische Wirkung

Großangelegte Durchsuchungsaktionen gegen die PDS und unabhängige linke Strukturen können sich der Akzeptanz einer überwaltigenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein.

Ebenso wie rassistische Hetze, Polizeiübergriffe und staatlicher Terror gegen Flüchtlinge schärfen sie den Blick auf den "Feind" und schweißen die "Volksgemeinschaft" in zufriedener Übereinstimmung zusammen.

Die warnende Wirkung solcher Aktionen auf arglos vorbeikommende Passanten dürfte nicht ungelegen sein...

"Nachdem er ihn daran gewöhnt hatte, immer sachlich und klar zu denken und sich niemals mit leeren Worten abspeisen zu lassen, hatte er es unterlassen, ihm zu sagen, daß Menschen ohne Macht und Einfluß diese Gewohnheit als Verbrechen angekreidet wird." (aus "Rot und Schwarz" Stendhal)

Antifa-Infotelefon

FLUCHT VOR RASSISMUS VON DEUTSCHLAND NACH ENGLAND

Den folgenden Kommentar über die Flucht eines sudanesischen Mannes vor rassistischer Gewalt von Deutschland nach England und seine rechtliche Lage dort erhielten wir am 16.4.92 von der Rechtsanwältin Frances Webber aus London. Wir haben ihn aus dem Englischen übersetzt.

Infolge der entsetzlichen rassistischen Gewalt gegen Flüchtlinge im letzten Jahr in Deutschland ist eine Anzahl von Flüchtlingen aus Afrika von Deutschland nach Britain geflohen. Kürzlich sind die britischen Gerichte eingeschritten, um zu verhindern, daß das Innenministerium (die für AusländerInnen zuständige Abteilung) einen sudanesischen Mann nach Deutschland abschiebt, ohne seine Forderung zu berücksichtigen, daß er dort vor Verfolgung geflohen sei.

Die Berichterstattung der Presse über den Fall dieses Mannes war jedoch irreführend und hat den Eindruck erweckt, daß das Innenministerium die Forderung des Mannes akzeptiert habe. Dies ist nicht der Fall und es entsteht ein gefährlicher falscher Eindruck, der andere Flüchtlinge veranlassen könnte nach Britain zu fliehen, in dem Glauben, daß sie von den britischen Behörden willkommen geheißen werden.

Der sudanesische Flüchtling floh Anfang 1991 vom Sudan nach Deutschland. Dort wurde er in einem Wohnheim untergebracht, um die Entscheidung über seinen Asylantrag abzuwarten. Während er in diesem Wohnheim in einer deutschen Kleinstadt lebte, wurde er mehrere Male von rassistischen Gangs verfolgt. Im November wurden er und sein Freund angegriffen während sie auf einen Zug warteten. Dabei wurde der Freund durch einen Stich in den Hals verletzt. Er besorgte sich falsche Papiere und nahm ein Flugzeug über London nach Canada. In London wurden die falschen Papiere entdeckt und er wurde ins Harmondsworth Gefängnis eingeliefert. Als das Innenministerium entschied, ihn nach Deutschland abzuschieben, sagte er, daß er die Verfolgung dort fürchte. Das Innenministerium lehnte es ab, diese Aussage zu berücksichtigen, aber das Gericht verpflichtete es dazu.

Britains Praxis ist es, alle Asylsuchenden in das letzte "sichere" Land, durch das sie vor ihrer Ankunft in Britain gereist sind, abzuschieben. Die Gerichte haben es abgelehnt, in diese Praxis einzugreifen, sogar in solchen Fällen, in denen die Asylsuchenden Familie oder FreundInnen in Britain haben. Alle EG-Länder werden als "sicher" betrachtet. Es ist extrem unwahrscheinlich, daß die Gerichte jemals akzeptieren werden, daß Deutschland oder ein anderes europäisches Land, in dem Flüchtlinge rassistischer Gewalt ausgesetzt sind, ein Land ist, in dem Verfolgung stattfindet.



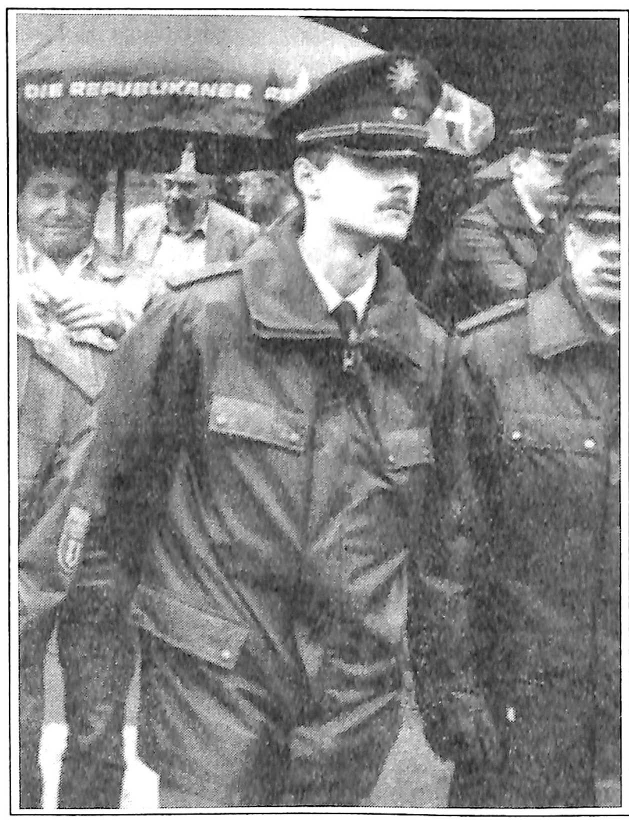
Naziparole

Aber wenigstens hat die Gerichtsentscheidung das Innenministerium gezwungen, diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen und sie setzte zum ersten Mal in Britain rassistische Gewalt auf die Tagesordnung des Gerichts.

Frances Webber

RASSISTISCHER TERROR IN EBERSWALDE GEHT WEITER

Nach über einjährigen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder Ende Januar Anklage gegen die Verantwortlichen für den Tod von Amadeu Antonio erhoben, nachdem bereits im September 1991 die Ermittlungen im wesentlichen abgeschlossen waren. Der Angolaner war in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 in Eberswalde auf offener Straße derart geschlagen, getreten und geprügelt worden, daß er elf Tage später im Krankenhaus an Hirnblutungen und Organversagen verstarb (siehe Berichte in ZAG 1 und ZAG 2).



"Gute Freunde"

In ihrer 18seitigen Anklageschrift macht die Staatsanwaltschaft nun sechs 17-20jährige für Antonios Tod verantwortlich. Tatvorwurf: Schwere Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch. Die Staatsanwaltschaft geht bei ihrer Anklage davon aus, daß die Täter den Tod von Antonio nicht gewollt oder zumindest billigend in Kauf genommen haben, sondern von ihnen nur fahrlässig verusacht worden ist. Die mit Messern, Schreckschußpistolen, Stöcken und einem Baseballschläger bewaffneten Täter werden angeklagt, um Antonio einen Ring gebildet und dann solange auf ihn eingetreten zu haben, bis er bewußtlos am Boden liegen blieb, wobei ihm selbst dann noch mit Füßen ins Gesicht getreten worden ist.

Zwei der sechs Angeklagten stammen aus der Skinhead-Hochburg Schwedt/Oder und bezeichnen sich selbst als "rechtsradikal" bzw. als "Fascho", die anderen gehören zur Eberswalder Heavy metal-Szene. Die anderen ca. 50 in der Tatnacht an den Übergriffen gegen Schwarze beteiligten Skinheads und Heavy metals werden vermutlich straffrei bleiben und kommen nur noch als "ZeugInnen" in Betracht.

Unterdessen gehen die Bedrohungen und Angriffe gegen ehemalige angolanische und mozambikanische Vertragsarbeiter und ihre weißen Frauen/Freundinnen in Eberswalde weiter. Von den zu DDR-Zeiten knapp
2.000 Schwarzen in Eberswalde leben heute nur noch etwa 30 in der brandenburgischen Kleinstadt. Die meisten von ihnen haben Angst, alleine durch die Stadt zu laufen, nach Einbruch der Dunkelheit geht kaum einer von ihnen mehr aus dem Haus.

Aber auch tagsüber kommt es zu Angriffen. Ende März wurde die Wohnung einer mit einem Schwarzen verheirateten Frau nachmittags von fünf Eberswaldern überfallen und zertrümmert.

Neben den ehemaligen Vertragsarbeitern sind zunehmend Flüchtlinge das Angriffsziel der rechtsradikalen Skins.
Mitte April wurden die ersten 21 Flüchtlinge im Industriegebiet zwischen der Doppelstadt Eberswalde-Finow einquartiert - in Holzbaracken ohne Fluchtwege, Heimleitung und Telefon und 300 Meter von der Stelle entfernt, wo Amadeu Antonio zu Tode geprügelt worden ist.
Schlimmer noch, wortwörtlich "nur einen Steinwurf" entfernt befindet sich der zum Skin-Treffpunkt mutierte "Hüttengasthof", der noch vor anderthalb Jahren einer der einzigen Treffpunkte der Schwarzen war.
Selbst der Pressesprecher der Eberswalder Polizei, Ingo Bochow, nennt es laut TAZ (vom 23.4.92) "unklug", die Flüchtlinge ausgerechnet in diesem "Gefährdungsgebiet" unterzubringen. Tatsächlich hat es bereits die ersten Steinwürfe auf das "Heim" gegeben. Einziger Schutz für die Flüchtlinge in den nur durch einen 1,20 Meter hohen Maschendrahtzaun gesicherten Baracken: ein mit Funktelefon und Schäferhund ausgerüsteter Wachschutzmann, der von der Stadt bezahlt wird...

Kurz vor Ostern, mit dem "20.4." als Ostermontag, kursierte in Eberswalde die Information, daß die Skins an diesem Wochenende "Razzien" gegen Schwarze planen. Gleichzeitig war für Ostermontag ein Fußballspiel Schwedt - Eberswalde angesetzt.

Auf Initiative von Berliner antirassistischen und antifaschistischen Gruppen wurden daraufhin in Zusammenarbeit mit Eberswalder Bürgern Schutzmaßnahmen organisiert.
Nach zähen Verhandlungen mit den zuständigen Sozialamtsbürokraten und Kirchenvertretern erreichte die ad hoc-Initiative, daß die Flüchtlinge zumindest für das Osterwochenende anderweitig untergebracht werden bzw. mit Billigung des Sozialamts gegen das Asylverfahrensgesetz verstoßen dürfen:
Ihnen wurde erlaubt, ihren zugewiesenen Aufenthaltsort zu verlassen und zu Bekannten nach Berlin zu fahren.Auch die Eberswalder Polizei konnte an der "Gefährdungslage" am Osterwochenende nicht gänzlich vorbeisehen.

Nachdem sie bei früheren Übergriffen der Rechten regelmäßig zu spät erschienen war, hatte sie für den Ostermontag Zusatzschichten angesetzt: statt der üblichen 10 sollten nun 30 Polizisten für "Ruhe und Ordnung" in der 60.000-Einwohner-Stadt sorgen. Die dazu erforderlichen Schichtplanänderungen hatten allerdings

zur Folge, daß in der Nacht von Samstag auf Ostersonntag nur sieben Beamte mit drei Streifenwagen im Einsatz waren.

Trotz einer Zusage seitens der Eberswalder Polizeipräsidentin, ab Karfreitag in den Wohngebieten, in denen viele Schwarze wohnen und deren Adressen auch den Skins bekannt sind sowie vor dem Flüchlingsheim demonstrativ Streife zu fahren, war bis Samstag abend nirgendwo Polizei zu sehen. Erst nachdem am Sonntag vormittag mehrere VertreterInnen der Berliner und Eberswalder Gruppen auf dem Präsidium vorsprachen und verbal massiv Druck ausübten waren am Abend mit 20 km/h durch die Stadt fahrende Streifenwagen präsent. Ob sie einen tatsächlichen Schutz für die Schwarzen geboten hätten ist zweifelhaft. Stattbekannt in Eberswalde ist, daß zumindest Teile der Polizei offen mit den REPs, aber auch mit anderen rechten Gruppen und den Skinheads sympathisieren.

Im Zusammenhang mit der Umquartierung der Flüchtlinge über das Osterwochenende veranlaßte dies einen Vertreter der Stadt zu der Bemerkung, es sei wohl besser der Polizei nicht mitzuteilen, wohin die Flüchtlinge gebracht werden...

Zu Übergriffen ist es am Osterwochenende in Eberswalde nicht gekommen. Einige Steinwürfe auf das Flüchtlingsheim am Karfreitag und mehrere Gruppen Kurzhaariger mit Springerstiefeln auf dem Weg durch die Stadt an den folgenden Tagen waren - zum Glück - die einzigen "Vorkommnisse". Aber das ist schon eher tägliche Realität, nicht nur in Eberswalde. In Hinblick auf den Prozeß wegen des Todes von Amadeu Antonio ist zu befürchten, daß es erneut zu einer Verschärfung der Situation kommt. Zwar ist keiner der Eberswalder Skins angeklagt, zu den Angeklagten aus Schwedt bestehen aber gute Kontakte. Nach Informationen der TAZ (vom 23.4.92) sollen regelmäßig in der Eberswalder Gaststätte am Richterplatz Treffen der "Kameraden" stattfinden.

Im Fenster der Kneipe hängt die "Reichskriegsflagge", hinterm Tresen steht ein Wimpel der REPs, in Eberswalde wird die Kneipe allgemein "Führerhauptquartier" genannt.

Gefährlich könnte die Situation insbesondere für die ZeugInnen werden, die den Überfall auf Amadeu Antonio beobachtet hatten und nicht mit zu dem rassistischen Mob gehörten. Ein Prozeßtermin steht noch nicht fest. Sicher ist aber, daß der Prozeß vor der Jugendstrafkammer des Bezirksgerichts in Frankfurt/Oder stattfinden wird.

Antirassistische Initiative

NACHTRAG

Bei Redaktionsschluß erfuhren wir, daß am Ostermontag nach dem Fußballspiel gegen 17 Uhr auf der HAuptstraße zwischen Eberswalde und Finow ein Mosambikaner von Skins zusammengeschlagen wurde. Nähere Informationen liegen uns bisher leider nicht vor.

DOKUMENTAION IN VORBEREITUNG

Unter dem Titel: "Der Mord an Amadeu Antonio" wird rechtzeitig zum Prozeß vom AusländerInnenreferat beim Asta FU, der Antirassistischen Initiative e.V. und dem Black Liberation Sound System eine Dokumentation erscheinen. Die Broschüre wird den genauen Prozeßtermin enthalten sowie eine Sammlung von Hintergrundberichten zum Mord in Eberswalde aus verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen. Im Vorwort erfolgt eine Einschätzung zum Strafprozeß in Frankfurt/Oder.

Die Broschüre könnt ihr nach ihrem Erscheinen dort erhalten, wo es auch die ZAG gibt.

Ihr könnt sie aber auch jetzt schon bei der Antirassistischen Initiative bestellen, am besten gegen eine großzügige Spende als Vorschuß für die Druckkosten, ansonsten: eine Mark.

Prozeßbericht aus Wittenberge

Prozeß gegen fünf Männer wegen rassistischen Angriffs in Wittenberge

Vor einem Jahr stürmten ca. 30 Männer ein Immigrantenheim in Wittenberge, wobei zwei Namibier lebensgefährlich verletzt wurden. (wir berichteten in der ZAG Nr.1). Am 25.3. standen 5 der Täter in Perleberg vor einem Schöffengericht. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch.

Der Angriff in der Nacht zum 2.Mai 91, konnte anhand der Aussagen von vier der Angeklagten nur bruchstückhaft rekonstruiert werden. Über CB-Funk habe man von einer Messerstecherei mit Namibiern in einer Diskothek erfahren, bei der ein Deutscher verletzt worden war. In ca. 15 bis 20 PKWs habe man sich dann auf den Weg zum Wohnheim gemacht, dort die Tür aufgebrochen und mit Messern und Gaspistolen bewaffnet, das Haus gestürmt. Der 28 jährige Borchardt und der 30 jährige Heinemann gaben an, es sei darum gegangen, den Namibiern "einen Schrecken einzujagen". Nach dem jüngsten der Angeklagten, dem 24 jährige Schwärmer, war es darum gegangen die "Neger zu holen", um sie dann der Polizei auszuliefern.

Deutlicher wurde der 48 jährige Henke. Mit großer Selbstverständlichkeit beschrieb er seine Entscheidung, sich dem "Kommando" anzuschießen, schießlich sei ein Deutscher verletzt worden, dafür hätten die Schwarzen zumindest eine "solide Tracht Prügel" verdient. Er gab zu, sich mit einer Gaspitole bewaffnet zu haben, schließlich hätte er sich selbst schützen müssen. Diese hätte er dann auch zweimal benutzt, als er "mit langen Buschmessern" bedroht worden wäre. Trotzdem gab sich Henke freundlich, immer wieder beteuerte er, er habe nichts gegen die "namibischen Staatsbürger", schließlich hätte er viele Freunde im Ausland. Nur einmal verstieg er sich zu der Bemerkung: "Honneker hat uns viel genommen, aber nicht den Stolz darauf ein Deutscher zu sein"

Das Ausmaß der Gewalt und Brutalität mit der die deutschen Bür-

ger das Haus gestürmt hatten, wurde deutlicher, als die Opfer zu Wort kamen. Von ca. 15 bis 20 Männern mit Messern und Pistolen bedroht, sahen die 5 Namibier, die sich im vierten Stock aufhielten, keine Chance mehr, als über den Balkon zu flüchten. Dreien gelang es, sich mit einer Wäscheleine auf den Balkon im dritten Stock abzuseilen. Der 18 jährige Jona M. wurde über die Brüstung des Balkon gestoßen. Er lag bis vor kurzem mit schweren Beinverletzungen im Krankenhaus. Lucas N. erwachte erst nach zwei Wochen aus dem Koma, er kann sich nicht mehr daran erinnern, wie er vom Balkon gefallen ist.

Keinem der Angeklagten konnte eine direkte Tatbeteiligung auf dem Balkon nachgewiesen werden. Das Urteil lautete auf Haus- und Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall. Borchardt und Schwärmer erhielten ein Stafmaß von einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung. Das gleiche Strafmaß wurde für Heinemann ausgesprochen, was er jedoch aufgrund seiner Vorstrafen, u.a. mehrfacher sexueller Mißbrauch von Kindern, abzusitzen hat.

Der sichtlich erstaunte Familenvater Henke muß für ein Jahr und sechs Monate ins Gefängnis. In seinem Fall sah es das Gericht als erwiesen an, daß er mit seiner Gaspistole geschossen und den Vorgang aktiv vorangetrieben hatte.

Völlig im Dunkeln blieb die Rolle des fünften Angeklagten, den 28 jährigen Andreas G. Seit geraumer Zeit sitzt er in Untersuchungshaft, dem Vernehmen nach wegen "rechtsradikaler Umtriebe". Von ihm wird vermutet, daß er während der Nacht eine führende Rolle spielte. Er verweigerte die Aussage und wurde auch von den anderen Angeklagten weitgehend entlastet. Im Verlauf des Prozesses gelang es der Nebenklage das Verfahren gegen ihn abzutrennen, weil hier noch weitere Zeugen geladen werden müssen.

Auch im Dunkeln blieb die Rolle der Polizei in Wittenberge.

Zwei der Angeklagten gaben an, zumindest ein Polizeifahrzeug hätte sich in Sichtweite befunden, als sich der Autokonvoi zusammensetzte. Wo sie sich allerdings befand, als die Männer in das Wohnheim eindrangen, wurde nicht geklärt.

Schließlich ist nach wie vor die Frage offen, wer Jona M. und Lucas N. vom Balkon gestürzt hat.Der Hauptprozeß, in dem drei Jugendliche und ein Heranwachsender angeklagt sind, wird am 27.5. in Perleberg stattfinden.

Antirassistische e.V.

KURZ GEMELDET



20. April in Berlin

Der 20. April (Geburtstag Hitlers) ist ein traditioneller "Feiertag" faschistischer Organisationen und Gruppen. Gelang es bis vor drei Jahren den Nazis auch in Berlin durch Drohungen und Angriffe diesen Tag als den "ihren" durchzusetzen, so erhielten sie durch eine von türkischen Jugendgruppen organisierte Demonstration am 20.4 89 einen erheblichen Dämpfer. Dafür, daß vor allem zu diesem Datum den Nazis die Straße nicht überlassen werden darf,

demonstrierten auch in diesem Jahr in Berlin ca. 2000 Menschen. In diesem Jahr beteiligten sich auch Deutsche an der Demo, so daß zu hoffen ist, das rassistische Überfälle nicht mehr wie bisher als das "Problem" der Betroffenen, der Nicht-Deutschen gesehen wird. Nach Provokationen der Polizei gab es bereits vor Beginn der Demo 7 Festnahmen, während der Demo blieb der Demozug zunächst unbehelligt. Doch nach der etwas überstürzt, von vielen gar nicht wahrgenommen, beendeten Abschlußkundgebung am Heinrichplatz in Kreuzberg, gelang es der Polizei durch überflüssige Absperrung der Abmarschwege wieder Auseinandersetzungen zu provozieren.

Antifa-Infotelefon

Strafanzeige gegen Friedhelm Farthmann (SPD)

Die Antirassistische Initiative hat gegen Friedhelm Farthmann, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, beim Landgericht Berlin Strafanzeige gestellt. Im Tagesspiegel vom 3.3.92 wurde Farthmann mit folgenden Worten zitiert: "Gegebenenfalls Überprüfung nur durch einen Einzelrichter am besten an Ort und Stelle, dann an Kopf und Kragen packen und raus damit." Das ist sein Vorschlag zum Umgang mit Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellen wollen.

Solche Äußerungen sind nicht nur zutiefst menschenverachtend, sondern sie signalisieren Tätern rassistisch motivierter Angriffe und Diskriminierungen, daß diese geduldet bzw. sogar erwünscht sind. Das nationalistisch geprägte Überlegenheitsdenken und -handeln eines Großteils der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird weiter gefördert. Jede Bestärkung dieses Denkens bereitet den Boden für weitere rassistische Taten.

Antifa Demo in Illmenau

Am 4.April demonstrierten 600 AntifaschistInnen im thüringischen Illmenau gegen den wachsenden Terror von rechts. Zu dieser Demonstration hatte die autonome Antifa Südthüringen aufgerufen.

Es sollte gezeigt werden, daß es auch in Illmenau starke antifaschistische Kräfte gibt. Da zu jeder Zeit mit faschistischen

Überfällen zu rechnen ist, geht mittlerweile kaum jemand unbewaffnet aus dem Haus. Die Neonazis kündigten eine große Gegendemonstation an, zu der jedoch, entgegen vorhergehender Einschätzungen, nur etwa 100 Neonazis kamen, die durch die Polizei von der Antifademo ferngehalten wurden.

Antifa Demo in Straußberg

Zum Auftakt der Antifa Aktionswoche in Straußberg fand am 18.April eine Demonstration gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus statt, an der ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Der Demozug führte vom S-Bhf.Straußberg/Stadt zur besetzten Villa Eckertstein, in der die Veranstaltungen der Aktionswoche stattfanden.

Während der Demo kam es zu kleineren Auseinandersetzungen mit dem schwachen Polizeiaufgebot, als der Demozug auf mit Neonazis besetzte PKWs stieß.



"Antifa-Demo in Straußberg"

Kommunalwahlen in Berlin am 24. Mai

Nach dem guten Abschneiden der "Republikaner" in Baden-Württemberg mit 11,1 % und der DVU in Schleswig-Holstein mit 6,1 % ist auch in Berlin damit zu rechnen, das rechtsextremistische Parteien einen hohen Stimmenanteil erhalten.

Die "Republikaner" verschwanden nach ihrem Berliner Wahlerfolg im Januar 89 gebeutelt durch parteiinterne Auseinandersetzungen und nach Austritten vieler Funktionäre kurzzeitig in der Versenkung. Doch zu den Wahlen im Mai treten sie in allen Berliner Bezirken an.

Neben den "Republikanern" treten noch einige andere rechtsextreme Parteien und Wählergemeinschaften zur Wahl an.

Die Nationalen

Sie sind ein Bündnis aus NPD, DSU-Vertretern und Ex-Republikanern die jetzt zur Deutschen Liga für Volk und Heimat gehören. Sie treten in Wedding, Tempelhof, Spandau, Neukölln, Lichtenberg, Treptow, Pankow, Marzahn und Reinickendorf an.

Bei einem Treffen in einem Kreuzberger China-Restaurant am 4.April 92 wurde Gerhard Kaindl (Schriftführer der Deutschen Liga) von unbekannten Menschen erstochen und Thorsten Thaler (Deutsche Liga, ExRep, ExJU) schwer verletzt. Ebenfalls anwe-

Ebenfalls anwesend war der bei den Reps inzwischen ausgetretene Carsten Pagel.

Für den 9.Mai planen „die Nationalen" einen Parteitag mit Gedenkveranstaltung zur „noch ausbleibenden Befreiung" mit dem Geschichtsrevisionisten David Irving, vor dem Kapitulationsmuseum in Berlin-Karlshorst.

Ökologisch Demokratische Partei(ÖDP)

Die Ökofaschisten treten hier mit einem moderaten Wahlprogramm an, das vor „linken" ökologischen Phrasen nur so strotzt. Der so typische „Ausländer raus" Tenor wird weitgehend unterlassen, statt dessen versuchen sie enttäuschte AL/ GRÜNE- Wähler zu gewinnen. Die Partei vertritt eine biologistische Ideologie, sie propagiert die Familie als kleinste „ökologische und gesellschaftliche Zelle", da haben Lesben und Schwule, sowie Alleinerziehende keinen Platz. Aber auch hier findet sich Rassismus: Flüchtlinge werden unter anderem für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verantwortlich gemacht.

Die Bürger: National-liberale Partei für Deutschland

In einem Flugblatt der Bürger wird Bilanz gezogen:

„..."Gastarbeiter" besonders aus Polen und der Türkei gefährden weitere einheimische Arbeitsplätzen
...angeblich verfolgte Asylbewerber sind zu 96% asoziale Wirtschaftsflüchtlinge, die nicht bereit sind in ihrer Heimat zu arbeiten. „ usw, usf.

Hiermit zeigt sich schon eindeutig, welch Geistes Kind die Bürger sind.

Außerdem treten in Prenzlauer Berg und Mitte die „Deutsche Soziale Union (DSU)", in Hohenschönhausen die militant-faschistische „Nationalistische Front (NF)", sowie die „Wählergemeinschaft Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)" in Prenzlauer Berg an.

Antifa-Infotelefon

Antifa-Kalender

Der „Antifaschistischer Kalender 1993" erscheint im August 92. Gruppen, die in das Adressenverzeichnis aufgenommen werden wollen schreiben an: Antifa-Kalendergruppe, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster.

Antifa-Aktionswochenende in Leipzig

Zum 21.März 1992 riefen die Nationale Offensive (NO), die Nationale Liste (NL) und Thomas Dienel (ehem. NPD Funktionär aus Weimar) zu einer Anti-Drogen Demo in Leipzig auf. Da sich an diesem Tag der israelische Generalkonsul in der Stadt aufhielt, um die Ausstellung „Jüdische Lebenswelten" zu eröffnen, wurde den Neonazis „nur" eine Kundgebung vor dem Dimitroffplatz genehmigt.

Dort befindet sich das ehemalige Reichsgericht, in dem 1933 gegen die angeblichen Reichstagsbrandstifter unter Vorsitz Görings verhandelt wurde.

Leipziger AntifaschistInnen mobilisierten bundesweit zu einem Aktionswochenende nach Leipzig. Es sollten gefährdete Objekte, wie AusländerInnen und StudentInnenwohnheime, besetzte Häuser und Gedenkstätten geschützt werden, gleichzeitig aber auch versucht werden, die Kundgebung der Nazis zu verhindern oder zumindest zu stören.

Unter dem Motto „Keine Überdosis Deutschland" begann am Samstag um 13.30 Uhr am Connewitzer Kreuz die Demo, die trotz des starken Polizeiaufgebotes ruhig verlief. Hier wurde die Vermummung von der Polizei noch geduldet. Nach der Abschlußkundgebung versuchte ein Teil der DemonstrantInnen zum nahegelegenen Dimitroffplatz zu gelangen, während ein anderer Teil sich um die am Abschlußkundgebungsort aufgebauten Verpflegungsstände drängte.

Mit der Behauptung, die DemonstrantInnen wollten ein nahegelegenes Chinarestaurant angreifen, griff nun die Polizei die Schmalzstullen essenden DemonstrantInnen mit äußerster Brutalität an. Zur Sraßenschlacht kam es, nachdem sich einige DemonstantInnen nur noch mit Steinen gegen die Prügelorgien von BGS und USK zu wehren wußten. Daraufhin kamen auch die bereitstehenden Wasserwerfer und Gaskartuschenschützen zum Einsatz. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich dann in den alternativen Stadtteil Connewitz. Dieser Angriff auf die Demo war geplant, während der Demo konnte mitgehört werden, wie Polizisten angewiesen wurden, erst nach der Abschlußkundgebung gegen die DemonstrantInnen vorzugehen. Das Kalkül der Polizei ging also auf, die meisten Linken befanden sich in Connewitz, die Neonazis konnten ihre Kundgebung weitestgehend unbehelligt durchführen.

Während der Antifa-Demo gab es in der Industrie und Handelskammer eine Saalveranstaltung der Neonazis, auf der unter anderem Thomas Dienel und Christian Worch unverhohlen nationalsozialistisches Gedankengut vor etwa 500 „Kameraden" und einem SAT 1 Team zum besten geben konnten.

Zu Beginn der Kundgebung um 17 Uhr waren außer einigen einheimischen Skinheads nur Christian Worch mit Frau Ursula vor Ort. Der bald darauf einsetzende Platzregen trieb die wartenden Skinheads unter das schützende Dach des Dimitroffmuseums. Nur Worch harrte, ganz teutscher Mann, an seinem

meraden" hörten kaum zu, sie waren mit Bilderknipsen fürs Familienalbum oder mit mediengerechter Selbstdarstellung beschäftigt. Zum Schluß bat Worch die Polizei, sie doch auf ihrem Weg zum Bahnhof zu begleiten, auf diese Weise kamen die Neonazis doch noch zu ihrer Demo. Am Bahnhof zerstreute sich die braune Menge, viele warteten auf ihre Züge, andere zogen in kleinen Gruppen in die Innenstadt. Doch an diesem Abend kam es glücklicherweise nicht zu den erwarteten Übergriffen.

Der Lautsprecherwagen der Antifa-Demo wurde am Abend auf einer Tankstelle von Neonazis angegriffen, dabei wurde ein Antifaschist verletzt und das Auto beschädigt. Auf die alternative Kneipe "Conne-Island" wurde ein Brandanschlag verübt, der Brandsatz landete jedoch so weit vom Ziel entfernt, das nichts passierte.

In der Nacht zum 21.März drangen AntifaschistInnen in die Wohnung und das Büro des Leipziger FAP Funktionärs Dirk Zimmermann in der Schmidt-Rühlstr.20 ein. Dabei fanden sie Unterlagen der FAP und der Wiking Jugend. Schließlich wurde die Wohnung im sonst leerstehenden Haus angezündet, das Haus wurde von der FAP aufgegeben und es kam zu keinem Personenschaden.

Allerdings droht nun die militante Naziszene Leipzig bis zum 20. April "frei von Linken" zu machen. Dies versuchten sie gleich am nächsten Wochenende. In der Nacht zum 29. März fuhren 30-40 Neonazis von der Disko "Schauspielhaus" mit gestohlenen Autos los, um das besetzte Haus in der Sternwartenstraße anzugreifen. Sie legten im Treppenhaus Feuer und beschädigten vor dem Haus parkende Autos, die Bewohner konnten sich auf das Dach retten und die Neonazis mit Steinen vertreiben. Unter den BesetzerInnen gab es keine Verletzten, das Haus ist, da die Decke im ersten Stock eingestürzt ist, unbewohnbar.

Die gleichen Neonazis griffen in der Nacht zum 5. April, wieder ausgehend von der Disko "Schauspielhaus" das Kinder- und Jugendprojekt "Villa" in der Karl-Tauchnitzstraße an. Autos und Fensterscheiben wurden zerstört, ein Auto in Brand gesetzt. Während ihrer Flucht stachen sie einen 16 jährigen Jungen nieder, der mittlerweile wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden ist. Die Polizei konnte fünf der Täter festnehmen, sie gelten eher als Mitläufer und sind zwischen 17 und 18 Jahre alt.

Hinter diesen Aktionen stecken hauptsächlich Neonazis aus Stötteritz und Puchnitz, der Drahtzieher ist Richard Sturm.

Zur Situation in Leipzig ist noch zu sagen, daß der Hauptbahnhof von den Neonazis beherrscht wird, bei Menschen, die ihnen auffallen, führen sie Personalienkontrollen durch. Stellt sich dabei heraus, daß der Name irgendwie auf eine jüdische Herkunft weisen könnte, werden die Leute entweder verbal gedemütigt oder brutal zusammengeschlagen.

Christian Worch

Kühnen-Vertrauter und Vorsitzender der Nationalen Liste (NL) aus Hamburg. Er baute zusammen mit Kühnen die Hansa Bande auf, aus der später die ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten) entstand. Die NL gehört zu den wichtigsten Organisationen der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) und hat seit Kühnens Tod fast überall ihre Finger im Spiel.

So bei der ANTIKO (Antikommunistische Aktion), der am 1.9.91 gegründeten Sächsischen Nationalistischen Liste oder beim Deutschen Kameradschaftsbund/Vereinigte Rechte, um nur eine kleine Auswahl der NL Ableger zu nennen.

Worch organisierte mit Ewald Althans (Dt. Jugendbildungswerk) Veranstaltungen mit dem bekannten Geschichtsrevisionisten und



Christian u. Ursula Worch

DVU-Mitglied David Irving in Hamburg und München, den revisionistischen "Leuchter-Kongreß", sowie die jährlichen Aufmärsche der Faschisten zum Hess-Todestag in Wunsiedel.

Thomas Dienel

Er war bis 1989 Mitglied der SED, durchlief die Bezirksparteihochschule in Erfurt, um dann FDJ Sekretär eines Hotels zu werden. Für die Nationale Front, einer Vereinigung der DDR Massenorganisationen und Blockparteien, saß er im Erfurter Stadtausschuß. Anfang 1990 wurde er Geschäftsführer der Deutschen Sexliga, im Sommer 90 wird er Landesgeschäftsführer der NPD in Thüringen. Seine beiden Gaststätten werden beliebte Treffpunkte für Nazi-Skins. Dienel ist inzwischenm aus der NPD ausgetreten, da sie ihm nicht radikal und konsequent genug ist. Für den 19. April kündigte er die Gründung der "Deutschen Nationalen Partei" in Weimar an.

Antifa-Infotelefon

Esprit gegen Überbevölkerung

Der Begriff "Überbevölkerung": ein Kampfbegriff

"Der Begriff Überbevölkerung bezeichnet keine Tatsache, er dient vielmehr der Interpretation von Tatsachen, einer Interpretation, die wiederum bestimmten Interessen dient."(1)

Beim Begriff "Überbevölkerung" assoziieren zur Zeit wohl die meisten BRD BürgerInnen, Bilder von hungernden und verelendeten Menschen in den Ländern des Trikont. Dies dürfte auch in der Esprit Werbung beabsichtigt sein.

Wie diese Armut entstanden ist interessiert meist nicht.

Grundlage der heutigen Macht und Ausbeutungsverhältnisse zwischen den reichen Industrieländern und multinationalen Konzernen auf der einen und den armgemachten Ländern des Trikont auf der anderen Seite, ist deren Eroberung während der Zeit der Kolonialisierung. Mit der kriegerischen und wirtschaftlichen Eroberung wurden die Lebensgrundlagen (Subsistenzwirtschaft) großer Bevölkerungsteile zerstört. Nur so konnten sie gezwungen werden, für Hungerlöhne ihre Arbeitskraft an europäische und us-amerikanische Firmen zu verkaufen.

Menschen, deren Arbeitskraft nicht gebraucht wird, oder diejenigen die den Kapitalistischen Verwertbarkeitskriterien nicht entsprechen, stellen eben nach diesen Kriterien, den (Arbeitskräfte) Überschuß dar. Sie sind es denen, als Überbevölkerung bezeichnet ,ihre Individualität abgesprochen wird.

Als "Überflüssige Masse" werden sie, hier vor allem die Frauen, zum Ziel bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Durch Überredung, materielle Anreize und Zwang werden Massensterilisationen durchgeführt, oft gesundheitsschädliche Verhütungsmittel verabreicht und versucht den Frauen das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft zu nehmen. Frauen werden wegen ihrer Gebärfähigkeit als Produzentinnen der Armut bezeichnet, von diversen internationalen und nationalen Organisationen wird versucht diese Gebärfähigkeit zu kontollieren. Die Entscheidung ob und wieviele Kinder eine Frau bekommen möchte, muß ganz allein Ihre Entscheidung sein. Dieses Recht darf nicht von kapitalistischen Verwertungskriterien abhängig gemacht werden. Die Selektion von Bevölkerungen in verwertbar = Lebenswert und nicht verwertbar = unwertes Leben, wie sie auch in der BRD mit der breit angelaufenen Euthanasiedebatte neu aufgerollt wird, ist grundsätzlich abzulehnen.

Sie steht in der Tradition faschistischer Bevölkerungspolitik, also der Selektion und Vernichtung sogenannten "unwerten Lebens" und muß auch deshalb stärker ins Blickfeld antifaschistischer Arbeit rücken.

Diese Maßnahmen werden auch auf Teile der Bevölkerungen angewendet, die als nicht einzugliedern oder als Widerstandspotentiale eingestuft werden!

"Anfang der 70er Jahre wurde in den Braintrusts (Denkfabriken) der Metropolen eine Variation von Triage entwickelt, um die(se) Überschussbevölkerung abzubauen. Der Begriff Triage stammt ursprünglich aus der Militärmedizin. Er bedeutet Dreiteilung und meint die Selektion der Kriegsverletzten in drei Gruppen: diejenigen, die wieder kampffähig gemacht werden können, diejenigen, deren Wiederherstellung aus bestimmten Gründen für lohnend erachtet wird, und diejenigen, deren Wiederherstellung nicht mehr lohnt. Die Angehörigen der letzten Gruppe werden medizinisch nicht mehr versorgt und somit bewußt dem Tod ausgeliefert."(1)

Für die Menschen des Trikont bedeutet es das gezielte Verhungernlassen ganzer Bevölkerungsgruppen.
Der Gebrauch des Begriffes "Überbevölkerung" beinhaltet also die Akzeptanz für die Vernichtung von Menschen, diese Akzeptanz speist sich aus verschiedenen Quellen. Sie ist Ausdruck dafür, daß den relativ wohlhabenden Menschen der Industrieländer im Kampf um die Fleischtöpfe jedes Mittel recht ist. Sie baut auf dem tief verwurzelten Rassismus und die nie überwundenen faschistischen Denkmodelle der BRD- Bevölkerung auf.

"Im Einklang mit der Natur"

Die Ökologische Krise, deren Drohen in der BRD zuerst von den Grünen medienwirksam proklamiert wurde, ist mittlerweile im Alltagsbewußtsein der meisten Menschen präsent und als menschheitsbedrohende Gefahr in der gesellschaftlichen Diskussion verankert.
Diese Bedrohung wird von den Realo-Grünen und den anderen bürgerlichen Parteien als eine klassenübergreifende und ideologiefreie, nur von ökologischen Gesetzen bestimmte, Frage definiert.

Die Frage nach den gesellschaftlichen Verursachern, also den Menschheitsprofitinteressen, dem patriarchalen Kapitalismus, wird zumeist ausgeklammert.

Diese bewußte Verengung des Blickfeldes schafft Gemeinsamkeiten.

Auch der Ökofaschist Herbert Gruhl, der von sich behauptet, er stünde weder rechts noch links sondern vorn, stößt in dieselbe Kerbe. Angesichts der ökologischen Krise beschwört er einen Notstand und propagiert die "Schicksals und Lebensgemeinschaft". Nahezu alle faschistischen und neurechten Parteien oder Organisationen nehmen sich des Themas Ökologie an und besetzen inhaltlich das Feld.

Die angebliche Objetivität naturhafter Gesetzmäßigkeiten, deren scheinbar wissenschaftliche Nachweisbarkeit, schafft einen Rahmen, in dem faschistisches Gedankengut als "ideologiefrei" diskutabel wird.

Mit der These, daß der Mensch ein Teil der Natur sei geht bei Ökofaschisten und neuen Rechten die Behauptung einher, daß der Mensch somit den "Gesetzen der Natur" unausweichlich untergeordnet sei. Auf sogenannten Forschungsergebnissen aufbauend, u.a. von Konrad Lorenz und H.J.Eysenck, wird der Mensch als triebbestimmtes Wesen definiert. So werden aus der Tierwelt abgeleitete Verhaltensweisen auf den Menschen übertragen und als angeboren, also nicht veränderbar, dargestellt. So werden der "Territorialtrieb", der "Agressionstrieb", der "Dominanztrieb", der "Besitztrieb" und der "Sexualtrieb" als verhaltensbestimmend bezeichnet.

Die jeweilige Ausprägung dieses "Triebapparates" soll die Rolle bzw. Stellung in der Gesellschaft bedingen. Innerhalb eines sogenannten "Gruppenreviers" konstituieren sich, nach dieser Auffassung, homogene Gesellschaften ("biologische Nationen") in denen

wiederum die Rechte des Individuums von seinem Nutzen für das "Ganze" abhängig gemacht werden. Hier ergibt sich ganz "natürlich" die Rolle der Frau als Gebärerin und Mutter (gesunder) Kinder, deren Stellung und Wert, für die Gesellschaft genetisch vorgeprägt sein soll. Als genetisch festgelegt gelten bei Rechten übrigens auch Charaktereigenschaften.

Diese konstruierten "homogenen Gesellschaften", die sich in Folge des "Territorialtriebes" von anderen Gesellschaften abgrenzen, stehen laut Gruhl in einem "evolutionären Prozess". Es überlebt die Art, deren Mechanismus von Abgrenzung und Behauptung nach Außen, sowie Solidarität nach Innen am entschiedensten funktioniert. "Selbstidentifikation mit der Gruppe, extrovertierter Antagonismus, diese Grundzüge machen die Stärke des Menschen im Daseinskampf aus."(2)

So erhält das Ausbeutungsverhältnis zwischen den Industrieländern und den Ländern des Trikont den Hintergrund einer biologischen Notwendigkeit. Die "unnützen EsserInnen" und somit VerschwenderInnen "unserer" Naturresourcen sind in den Menschen des Trikont, die als "Überbevölkerung" bezeichnet werden, schnell gefunden.

"Zwar werden deutlich mehr als die Hälfte der Energie, der Rohstoffe und des Wassers der Erde von der in relativem Wohlstand lebenden Minderheit der Weltbevölkerung verbraucht- aber wer will das schon so genau wissen, wenn die Apokalypse droht: Da gibt es keine Ursachen mehr, sondern nur noch Betroffene." (Heide Mertens, Konkret 7/90)

So kommt der Tod tausender von Menschen im Verteilungskampf durchaus gelegen: Nach Herbert Gruhl sind "Hungerskatastrophen" natürliche Ausgleichfaktoren" gegen das "Über" an Menschen.

Wieweit dieses Denken bereits Allgemeingut geworden ist, zeigt nicht nur die Werbung von "Esprit" und die LeserInnenbriefe dazu in der Taz. Zur Illustration sei hier noch ein Zitat aus dem Spiegel beigefügt:



Esprit-Werbung

"Nach der großen Flutkatastrophe in Bangladesch, bei der eine vorläufige Zahl von 125 732 Toten angegeben wurde, ist zu lesen:

"Die Massen des Bettlerstaates Bangladesch, in dem das Durchschnittseinkommen bei 25 Mark im Monat liegt, werden noch weiter verelenden, nur weniger werden sie trotz der biblischen Heimsuchung nicht.
Da bislang jede Geburtenplanung versagt und die Bevölkerung von Bangladesch in den ersten 20 Jahren um weit mehr als die

Hälfte zunahm, wird die Lücke, die der Todeszyklon riß, Ende Mai schon wieder geschlossen sein. Ab Juni wächst dann die Bevölkerung wieder." Der Spiegel Nr. 20/45

Da das Thema hier leider verkürzt dargestellt ist, werden die für den Artikel verwendeten Bücher empfohlen :

(1) Ingrid Strobl, Strange Fruit, Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand, Edition ID Archiv
(2) Margret Feit, Die "Neue Rechte" in der Bundesrepublik Organisation Ideologie- Strategie, Methoden, Widerstand, Edition ID Archiv

Menschenverachtend, Frauenfeindlich und gegen Arbeiterinteressen/ Beiträge zur Kritik des Ökologismus
Hrg.: Antifa Gruppe Freiburg und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg Freiburg

Antifa-Infotelefon

VertragsarbeiterInnen fordern Bleiberecht

In der DDR herrschte Arbeitskräftemangel. Deshalb schloß die DDR-Regierung mit den "sozialistischen Bruderländern" Vietnam, Mosambique, Kuba und Angola Verträge ab, um dort ArbeiterInnen anzuwerben. Diese Menschen wurden jeweils nach einigen Jahren Arbeit in und für die DDR wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, ein dauerhafter Aufenthalt oder gar eine Integration in die Gesellschaft waren ausdrücklich unerwünscht.

Auch für die Bundesregierung sind diese Menschen Ausländer, die das vereinte Deutschland zu verlassen haben. Lebten 1989 noch rund 90.0000 VertragsarbeiterInnen in der DDR, so sind heute nur noch einige wenige Tausend hier. Die meisten der Hiergebliebenen sind fest entschlossen, nicht in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Sie organisieren sich und fordern ein dauerhaftes Bleiberecht. Um erfolgreich zu sein brauchen sie auch unsere Unterstützung.

Wir dokumentieren im folgenden den Gründungsaufruf der "Vereinigung der VietnamesInnen in Berlin" und einen Offenen Brief an die bundesdeutschen PolitikerInnen.

Aufruf zur Gründung der "Vereinigung der VietnamesInnen in Berlin"

Liebe vietnamesische Landsleute!

Im Herzen vieler von uns, die seit Jahren in Deutschland leben und arbeiten, ist dieses Land längst zu unserer zweiten Heimat geworden. Früher mußten wir uns den Anordnungen eines allmächtigen Apperates unterwerfen; er allein bestimmte darüber, welche Pflichen und Rechte wir hatten.

Doch diese Zeit ist für immer vorbei.

Heute, 500 Tage nach der Vereinigung Deutschlands, sehen wir uns einer neuen Realität gegenüber: unsere Landsleute sind weit verstreut; jeder lebt und arbeitet mehr oder weniger isoliert von den anderen.

Viele von uns haben sich inzwischen mit den jetzt überall geltenden Gesetzen der Bundesrepublik vertraut gemacht. Das ist auch nötig, denn wir haben manche existenzielle Schwierigkeiten zu bewältigen, z.B. die Beschaffung von Wohnraum und Arbeit. Die größte Herausforderung stellt jedoch das nun verweigerte Bleiberecht dar. Dieses Recht, und auch das Wahlrecht, war uns selbst in der ehemaligen DDR zugestanden worden.

Ein altes vietnamesisches Sprichwort sagt: "Lebe in Frieden und gehe frohen Mutes Deiner Arbeit nach." Für uns stellt sich nun die alles entscheidende Frage, wie wir - ohne eine Bleiberecht - unser Leben und das unserer Familien gestalten können.

Liebe Freunde!

Um dieses Kardinalproblem lösen zu helfen, versammeln wir uns heute hier (am 13.3.92 im Haus der Demokratie - Anm. der Red.). Wir wollen eine solidarische Plattform aller Vietnamesen in dieser Stadt schaffen. Diese Organisation soll den Namen "Vereinigung der VietnamesInnen in Berlin" tragen.

Diese Vereinigung wird in ihrem Wirken fünf Hauptlinien verfolgen:

1. Der Kampf um ein gesetzliches Bleiberecht für Vietnamesen in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Die Vietnamesen in Berlin schließen sich zusammen, um gemeinsam für den Schutz ihrer Rechte einzutreten und sich gegenseitig zu helfen.

3. Die Vereinigung wird aktive Hilfe bei der Integration der Vietnamesen in die Lebensverhältnisse der Deutschen geben.

4. Wir solidarisieren uns mit anderen Organisationen deutscher und ausländischer Mitbürger, die sich für die Rechte der Ausländer in der Bundesrepublik engagieren.

5. Unsere Vereinigung wird sich für Pflege und Verbreitung der Kultur und guten Gebräuche des vietnamesischen Volkes einsetzen.

Liebe Freunde!

Vor unseren Augen leuchtet das Ziel, die Aufenthaltserlaubnis zugestanden zu bekommen. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, die ungerechte "Aufenthaltsbewilligung" wieder in eine ordentliche Aufenthaltserlaubnis zu überführen. Letztlich richtet sich unser Kampf einzig auf diese gesetzliche Möglichkeit. Im Vertrauen auf unsere eigene Anstrengungen und die Unterstützung unsere deutschen Freunde hoffen wir, daß dieser Wunsch zur Wirklichkeit wird. Uns allen dabei Gesundkeit umd Erfolg!

Offener Brief an die Bundesregierung, den Bundestag, die Landtage und die Regierungen der neuen Bundesländer

Wir sind vietnamesische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der ehemaligen DDR. Per Abkommen zwischen der DDR und

Unterstützung unsere deutschen Freunde hoffen wir, daß dieser Wunsch zur Wirklichkeit wird. Uns allen dabei Gesundkeit umd Erfolg!

Offener Brief an die Bundesregierung, den Bundestag, die Landtage und die Regierungen der neuen Bundesländer

Wir sind vietnamesische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der ehemaligen DDR. Per Abkommen zwischen der DDR und Vietnam wurden wir hierher geholt. Das Abkommen, bei dessen Unterzeichnung unsere Rechte als Menschen außer Acht gelassen wurden und wir nicht gefragt wurden. Nur unsere Arbeitskräfte waren von Interesse.

Am 3.Oktober 1990 wurde die seit Jahrzenten ersehnte Einheit Deutschlands vollzogen. Wir haben uns gefreut, nicht nur für die Bevölkerung beider Teile Deutschlands. Die Hoffnung vieler von uns, in einem demokratischen Rechtsstaaat leben zu dürfen, war noch nie so nah.
Unsere Enttäuschung war um so größer und bitterer, als man bei der Umstellung der Aufenthaltstitel für DDR-Ausländer in bundesdeutsche nach dem neuen Ausländergesetz eine Arbeitsaufenthalts-Verordnung (AAV) zu Grundlage nahm,und uns eine Aufenthalts-Bewilligung „verordnete", die jegliche Verlängerung des Aufenthaltes ausschließt,obwohl unser Aufenthalt in Deutschland nach der Kündigung in den Ursprungsbetrieben der ehemaligen DDR nicht mehr zweckgebunden ist, sondern auf individueller Basis.

Man hätte uns mit einer Aufenthaltserlaubnis (rechtlich war es ja möglich) ein individuelles Bleiberecht einräumen können. Man hatte es aber nicht getan. Unsere Hoffnungen, unsere Wünsche im neuen freiheitlich-demokratischen System, und nicht zuletzt unsere Verdienste für die DDR-deutsche Bevölkerung interessieren offenbar keinen Politiker im vereinten Deutschland.Wiedermal wurde über uns hinweg entschieden. Demokratie nur für Deutsche? Wo ist hier der Unterschied zwischen dem kommunistischen Kommando-Staat und dem demokratischen Rechtsstaat?Es macht sich scheinbar auch keiner Gedanken darüber, in was für ein System, in was für einen Staat wir nach dem Ablauf der Aufenthaltsbewilligung zurückgedrängt werden sollen, wo gerade unsere Hoffnungen auf ein Leben in wirklicher Freiheit und Demokratie aufkeimen.

Erinnert sei an das Ende der Siebziger Jahre, als die Bundesrepublik die „Boatpeople" aus Vietnam aufnahm. Ist die Bundesrepublik inzwischen eine andere geworden? Die Sozialistische Republik Vietnam jedenfalls nicht!

Sie, sehr geehrte Politikerinnen und Politiker, haben die Übergriffe auf Ausländer verurteilt. Wir sind Ihnen dafür sehr dankbar. Wie aber können Völkerverständigung und multikulturelles Miteinander zustande kommen, wenn wir - die restlichen Vertragsarbeiter und stärkste Gruppe der 1% Ausländer aus der ehemaligen DDR - auch noch per Gesetz verschwinden sollen? Die ehemalige DDR als vietnamesenfreies Gebiet? Ist die Bundesrepublik durch ein Bleiberecht für die 14.000 vietnamesischen Vertragsarbeiter überfordert?

Durch die Aufenthaltbewilligung erreichen wir eine Schlechterstellung als die vergleichbaren ausländischen Arbeitnehmergruppen der alten Bundesrepublik. Vor allem sind wir gezwungen, nach dem Ablauf des Aufenthaltes nach Vietnam zurückzukehren, was wir aus den dargestellten Gründen nicht wollen. Deshalb fordern wir die Aufhebung der Aufenthaltsbewilligung und die Erteilung der Aufenthalterlaubnis als Aufenthaltstitel für die vietnamesischen Vertragsarbeitnehmer aus der ehemaligen DDR!

Wir möchten nochmals betonen, daß wir fest entschlossen sind, nicht nach Vietnam zurückzukehren. Die Bilder über das Abschiebedrama in Hongkong schmerzen alle Welt, uns am meisten. Wir verstehen jedoch sehr wohl, was unsere Landsleute dazu bewegt, die Heimat zu verlasssen.Wir denken, daß die Bundesregierung angesichts der Asyldebatte nicht daran interessiert ist, uns ins Asylverfahren zu drängen, wenn ein Bleiberecht für uns auch anders möglich ist.

Berlin, den 24.01.1992

- **Vereinigung der VietnamesInnen in Berlin (VEVIBE)**
  Havemannstr. 34 (ehem. Erich-Glückauf- Straße)
  0 - 1143 Berlin
  Tel.: 93 2oo 73 / Apparat 3
- **Spenden bitte auf das Konto: 021 550 901**
  Commerzbank, BLZ: 120 400 200

„Bevor die Polizisten uns schlagen, sagen sie, daß sie es tun, weil sie die Schwarzen hassen"

Die folgende **Presseerklärung** des Bremer Anti-Rassismus-Büros wurde dem ZAG mit Bitte um Veröffentlichung zugeschickt. Wir haben sie leicht gekürzt. Weitere Informationen, Protokolle, Einschätzungen und Erfahrungsberichte über Folter und Polizeigewalt gegen Schwarzafrikaner und Kurden auf Bremer Polizeiwachen sind einer **Dokumentation des Anti-Rassismus-Büros** zu entnehmen. Für 3 DM plus Porto zu bestellen bei: Anti-Rassismus-Büro Bremen, Sielwall 38, W - 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/706444.

Seit dem Frühjahr 1991, verstärkt jedoch seit dem Herbst letzten Jahres sind dem Anti-Rassismus-Büro von in Bremen lebenden Flüchtlingen erschütternde Berichte anvertraut worden. Demzufolge sind sie auf auf Bremer Straßen, in Bremer Straßenbahnen, Diskotheken sowie ihren Unterkünften einer Polizeipraxis ausgesetzt, die ihre Verdachtsmomente einzig an ihre (schwarze) Hautfarbe knüpft und deshalb als rassistische Sonderbehandlung bezeichnet werden muß.

Mit unterschiedlicher Begründeung vorrübergehend Festgenommene wurden ihren eigenen Aussagen zufolge in einem



"Geil auf Gewalt"

Die gegen namentliche genannte Polizeibeamte des 3. Polizeireviers sowie der Ostertorwache erhobenen Vorwürfe, insbesondere der "Sondergruppe zur Bekämpfung der Straßen- und Rauschgiftkriminalität" und uns anvertraute Schilderungen wirken in hohem Maße glaubwürdig und wurden durch Schwellungen, Wunden sowie zerstörte Kleidungsstücke belegt.

Im Einzelnen berichteten die Flüchtlinge von durch Polizeibeamte zerschnittene Kleidung, in vielen Fällen von mit Wasser gefüllten Schuhen, Geldbeschlagnahmungen ohne dies zu quittieren, mit einem Wasserschlauch durchgeführte kalte Duschen und anschließendes Einsperren in kalten Zellen, an den Kopf gesetzte Schußwaffe, Prügel durch teilweise mehrere Polizeibeamte, Schläge in die Seite, regelmäßige Tritte in die Genitalien, Hiebe mit dem asiatischen Kampfstock Tonfa, in die Zelle gesprühtes Tränengas und die Anwendung eines Elektroschockgerätes. Weiter ist von Injektionen unbekannter Substanzen die Rede, die innerhalb von Minuten Erbrechen herbeiführen und starke Nebenwirkungen wie Orientierungslosigkeit, Ohnmacht und Magenkrämpfe haben. Ein derart gequälter Asylbewerber kollabierte und mußte mehrere Tage psychatrisch behandelt werden, da er sich nach der Folter in einem Schockzustand befand.

Neben diesen schlimmsten Mißhandlungen werden Asylbewerber bis zu dreimal wöchentlich von Polizeibeamten in ihren Unterkünften kontrolliert, dringen Beamte ohne Durchsuchungsbefehle in Zimmer und Häuser ein. In einem Fall mußten fünf Flüchtlinge mitansehen, wie ihr gerade gekochtes Essen in die Toilette geschüttet wurde. Einem anderen wurden nach einem Einkauf im Comet-Markt seine Haustürschlüssel und Papiere weggenommen, für die er keine Quittung erhielt und die er trotz Vorsprache auf der Wache 3 in Begleitung eines Rechtsbeistandes nicht zurückerhielt.

Mehrfach nicht unerhebliche Geldmittel einzuziehn, ohne dies zu quittieren, ist zumindest ein Versuch der persönlichen Bereicherung, die in Polizeigewahrsam stattfindenen Mißhandlungen Folter.

Mehrfach nicht unerhebliche Geldmittel einzuziehn, ohne dies zu quittieren, ist zumindest ein Versuch der persönlichen Bereicherung, die in Polizeigewahrsam stattfindenen Mißhandlungen Folter.

Angesichts solcher Berichte und Beschwerden über einen langen Zeitraum hinweg handelt es sich nicht nur um „Ausrutscher" einzelner Polizeibeamter, sondern um systematische, eklatante Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen!

Diese sehen wir vor dem Hintergrund einer bundesweiten zynischen Asylpolitik und Praxis, die sich von jedlicher humanistischen Orientierung entfernt hat und deren Ziel die Vertreibung von Menschen zurück in Hungerzonen, Kriegsgebiete und diktatorische Staaten ist. Nicht genug, daß 1991 187 Flüchtlinge deportiert wurden, darüberhinaus werden sie von Polizeibeamten geradezu außer Landes geprügelt. So verließ der eingangs erwähnte psychatrisch Behandelte aus schierer Angst vor den Beamten dieses Staates das Land, er folgt jenen, die bisher vor den Neonaziübergriffen in andere EG-Länder flohen und in GB sogar Asyl erhielten (Guardian, 6.3.92).

Insbesondere die Bremer Innenpolitik setzt in Sachen innere Sicherheit und Asylpolitik auf eine harte Linie der Abschrekkung. Sie baut auf einer rassistischen Diffamierung auf und versteckt sich hinter dem Todschlag-Argument des sogenannten „Drogenkriegs". Ihre Ausdruckformen reichen von der menschenunwürdigen Unterbringung in Sammelunterkünften, von der Wohnungshilfe Ausgesperrte (während andere durch einen Hintereingang eingelassen werden), bis auf Taschengeld heruntergekürzte Sozialhilfe bis hin zu dem das Recht auf Asyl weitgehend abschaffenden geplanten neuen Asylverfahrensgesetzes.

Eine solche Politik und Praxis der Ausgrenzung und Stigmatisierung bildet die Grundlage für den durch polizeiliche Verfolgung und Mißhandlungen geschaffenen Belagerungszustand für Flüchtlinge.

Bezugnehmend auf die im Ostertor-/Steintorviertel bereits kritisierte Polizeistrategie erklärte der Innensenator van Nispen gegenüber der Presse: „Meine Beamten sind motiviert, weil sie meine politische Rückendeckung haben".

Die Verantwortung für diese Vorfälle liegt neben den beschuldigten Beamten und dem Revierleiter bei dem obersten Dienstherrn, und das ist neben dem Polizeipräsident der Innensenator. Wir fordern deshalb:

- das sofortige Ende der menschenrechtsverletzenden Polizeipraxis
- die Auflösung der „Sondergruppe für ..." bei der Polizei
- daß alle beteiligten Beamten zur Rechenschaft gezogen werden
- den Rücktritt des Innensenators van Nispen sowie des Polizeipräsidenten Lüken
- Menschenrechte für Flüchtlinge, Bleiberecht und offene Grenzen
-

Dokumentation

"Bevor die Polizisten uns schlagen, sagen sie, daß sie es tun, weil sie die Schwarzen hassen"

•Protokolle •Einschätzungen •Erfahrungsberichte über Folter und Polizeigewalt gegen Schwarzafrikaner und Kurden auf Bremer Wachen

3 DM

INHALT

IMPRESSUM :

ANTI-RASSISMUS-BÜRO BREMEN
Sielwall 38
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/ 70 64 44
(787 44)
Fax : 0421/ 70 64 45

Bankverbindung:
Sparkasse Bremen
Weidner
Anti-Rassismus-Büro
Blz.: 290 501 01
Konto-Nr.: 11080769

April 1992

Den folgenden offenen Brief erhielt die ZAG-Redaktion mit der Bitte um Veröffentlichung vom kurdischen Kultur- und Beratungszentrum, Berlin .

Berlin, 18.4.92

An alle türkischen Organisationen, die den Aufruf zur Demonstration vom 10.4.92 unterzeichnet und unterstützt haben:

In Ihrem Aufruf vom 10.4.92, in dem Sie die Täter- mit der Opferrolle vertauschen, offenbaren Sie Ihre grenzenlose Dummheit und Arroganz. Jeder Mensch, der die Presse verfolgt, weiß, daß die Politik des türkischen Staates sich zum Ziel gesetzt hat, das kurdische Volk als kulturelle Einheit zu zerstören.

Seit der Gründung der türkischen Republik sind mindestens eine Million Menschen dieser Politk zum Opfer gefallen und eine weitaus größere Zahl ist deportiert worden. Und diese Politik wird heute mit der Unterstützúng einiger Westmächte entsprechend fortgesetzt. Die Bekämpfung der kurdischen Bevölkerung findet kein Ende. Türkisch-Kurdistan steht seit 1979 unter dem Kriegsrecht, Menschenrechte sind offiziell außer Kraft gesetzt, und es herrschen Sondergesetze und Erlasse. Fast zwei Drittel der türkischen Armee ist in diesem Landesteil stationiert. Es vergeht kein Tag, ohne daß eine kurdische Siedlung von diesen Einheiten überfallen wird, wobei Menschen willkürlich gefoltert, ermordet oder erschossen werden.

Unlängst wurde in Cizre und Sirnak mit Panzern gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen, die ihr Newroz-Fest am 21.3.92 friedlich begehen wollten. Mehrere hundert Mènschen wurden brutal von Panzern überrollt, die Bevölkrung lebt in Angst und Schrecken, befindet sich auf der Flucht oder in Gefängnissen. Die Gewährung der sogenannten „Freiheiten" seitens des türkischen Staates dienen dazu, sich nach außen als demokratisch zu präsentieren. Tatsächlich bleibt die Repression unverändert bestehen: die kurdische Sprache ist weiterhin im Bildungswesen und im Rundfunk verboten, die Öffnung von privaten kurdischen Sprachschulen ist nicht erlaubt, die kurdischen Parteien wurden in diesem Land nie zugelassen. Diese Parteien, die illegal arbeiten müssen und seit Jahren für eine demokratische Lösung plädieren, werden bekämpft. Immer wieder werden kurdische Freiheitsbewegungen mit Terrorismus gleichgesetzt, um die Massaker am kurdischen Volk und die Repressalien gegen sie zu rechtfertigen.

Die türkischen Organisationen im Ausland, die wie ein verlängerter Arm der türkischen Regierung fungieren, scheuen sich nicht davor, die kriminelle Politik der Türkei reinzuwaschen, in dem sie die Massaker an Kurden als legitime ordnungspolitische Maßnahme darstellen. Ihre Feindseligkeiten gegen die demokratischen Bestrebungen der Kurden ermöglicht ihnen einen Zusammenschluß mit den Grauen Wölfen, über die Fundamentalisten, Sozialdemokraten bis hin zu einigen Linken. Dieses Vorgehen überrascht uns nicht, weil es die Fortsetzung einer langen Tradition ist: Massenmord an Armeniern 1915, Besetzung eines Teils von Zypern und die derzeitige Aggressionspolitik der Azeris gegenüber den Armeniern in Karabach.

Wenn heute diese Organisationen behaupten, daß sie die Politik der Republikaner und der DVU verurteilen, sind sie unglaubwürdig. Organisationen, die mit der Türkenförderation (Graue Wölfe) zusammenarbeiten oder jetzt die kurdenfeindliche Politik der Türkei unterstützen, unterscheiden sich in unseren Augen nicht von den Republikanern. Die Menschenrechte und die demokratischen Werte sind unteilbar. Es ist unmöglich, in Deutschland Menschenrechte und multikulturelle Gesellschaft zu fordern und in der Türkei eine Politik zu unterstützen, die sich die Vernichtung der Kurden zum Ziel gesetzt hat. Überall wird in der Welt für Abrüstung und Verschrottung der Waffen eingetreten, aber einige sogenannte progressive Vereine demonstrieren für Waffenlieferungen in die Türkei, damit noch mehr Kurden niedergemetzelt werden. Und diese Organisationen scheuen sich auch nicht, im Namen der Kurden zu sprechen. In ihren Argumenten treten sie für 1,7 Millionen Menschen aus der Türkei ein, vergessen jedoch, daß eine halbe Million davon Kurden sind und somit unmittelbare Opfer dieser Politik.

Die Türken sollten sich darauf besinnen, daß sie nicht nur Täter, sondern auch gleichzeitig Opfer dieser gewalttätigen Politik der Türkei sind, die ein friedliches Zusammenleben für Kurden und Türken verhindert. Dieser Politik entgegenzutreten heißt, die Demokratisierung der Gesellschaft und des Staatswesens in der Türkei einzuleiten und für die Durchsetzung der folgenden Forderungen zu kämpfen:

- Aufhebung des Kriegsrechts und Abschaffung des „Regional-Gouverneurs"
- Beendigung des Staatsterrorismus
- Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes, seines Rechts auf Selbstbestimmung, Freiheit und Würde.
- Beendigung der Massendeportationen und der Zerstörung kurdischen Lebensraums
- Ermöglichung der Rückkehr der Bewohner und entsprechende Entschädigungsleistungen
- Anerkennung der kurdischen Sprache als offizielle Sprache in allen gesellschaftlichen Bereichen

- Freilassung der politischen Gefangenen, Abschaffung der Folter und der menschenunwürdigen Behandlung der Bevölkerung

Zulassung und Legalisierung aller kurdischen Parteien und Organisationen.

Ohne eine Realisierung dieser Forderungen kann weder Frieden noch Demokratie in der Türkei geschaffen werden. Es dürfte wohl im Interesse der Türken liegen, in einem demokratischen Land in Frieden zu leben.

Die Aufgabe dieser Vereine besteht auch darin, für Demokratie und Menschenrechte Partei zu ergreifen und nicht die Politik der Gewalt zu unterstützen. Wir hoffen, daß Sie diese Tatsache nicht erst dann verstehen, wenn es zu spät ist.

NAVENDA CANDA KURDIKURDISCHES KULTUR- UND BERATUNGSZENTRUMGEMEINNÜTZIGER E.V.

RICHARDSTR. 110, 1000 Berlin 44

TELEFON (030) 686 64 92

BÜCHER - BROSCHÜREN - ZEITUNGEN

SCHAUERSTUNDE IN DEUTSCHER HERRENRUNDE

Ein Rassist ist jung und männlich, ungebildet, borniert und arbeitslos, trägt kurzgeschorene Haare und Doc Martens, säuft und grölt, kurzum, ein Rassist ist deklassiert und orientierungslos. Solche Bilder kommen meistens in den Kopf, wenn überhaupt von Rassismus oder Rassisten geredet wird. Die Bilder sind Klischees, mit einem realen Kern wie alle Klischees, eingängig und politisch funktional. Gegenüber dieser Art von Rassisten nehmen sich alle anderen wie Ausländerfreunde aus. Einer Überprüfung an der Realität halten diese Bilder freilich nicht stand. Mittlerweile liegen Untersuchungen vor, die Rassismus im Alltagsdenken gesellschaftlich wohl integrierter Menschen nachweisen, vom gut verdienenden Mercedes-Arbeiter bis zum Zahnarzt, vom Studenten bis zur Rentnerin, vom Grünen- bis zum CDU-Sympathisanten, mal ganz zu schweigen von den REP-WählerInnen.*)

Doch gehen wir ruhig über den Bereich des Alltagsdenkens hinaus und untersuchen die politischen Gespräche einer Herrenrunde, die diese bewußt aufschreiben und publizieren ließ, um damit "eine breite nationale Debatte" in Deutschland anzufachen. An der Runde teilgenommen haben der Berliner Verleger und Publizist Wolf Jobst Siedler, von dem Bundespräsidenten und Ex-Kanzler gerne ihre Reden herausgeben lassen; der international gebildete und gewandte FU-Professor für Zeitgeschichte Arnulf Baring sowie ein jüngerer Stichwortgeber, der sich mit seinen Fragen schon für eine weitere Karriere in Deutschland empfiehlt, etwa so: "Wird der Hinweis auf Auschwitz uns auch künftig erpressbar machen, die Deutschen willfährig und bescheiden halten?" Das Thema, das die drei umtreibt - "Deutschland, was nun?"**) - verführt nicht gerade zum Lesen, noch scheint es auf den ersten Blick in Verbindung mit der Frage rassistischen Denkens zu stehen. Wer sich allerdings keine multikulturellen Illusionen machen möchte, wohin die deutsche politische Elite dieses Land zu steuern gedenkt, sollte doch genauer hinsehen.

Man spricht selbstverständlich nicht von Rassen, man konstruiert nur ein "Wir" und die "Anderen" und schreibt beiden eindeutig bewertete Eigenschaften zu. "Wir" - gemeint sind "wir Deutschen", genauer gesagt "wir Westdeutschen", wie sich gleich zeigen wird - "wir haben über die Jahrhunderte hinweg Bedeutendes geleistet, viele einzelne, unser Volk als Ganzes. Immer wieder hat es schwere Zeiten tapfer durchgestanden, sich fleißig und einfallsreich nach oben gearbeitet." Die Betonung liegt auf "Arbeit", "zielstrebige, harte und initiativreiche Arbeit", das macht "unsere Leistungskraft" aus. Die "Anderen" sind die osteuropäischen Gesellschaften, bei denen "von irgendeiner Ähnlichkeit" mit den westlichen Gesellschaften "natürlich gar keine Rede sein" kann; das könne "sich jemand, der in zivilisierten Weltgegenden lebt, überhaupt nicht vorstellen". Die alte DDR, wo "das Ausmaß aller Mißstände" unsere Phantasie übersteige, gehört genau genommen nicht zu dieser zivilisierten Welt, wenngleich das Reden über die Menschen in der DDR Schwierigkeiten bereitet, will man doch nicht westdeutscher Anmaßung bezichtigt werden. "Wir können doch nicht Hunderttausenden von Leuten sagen, sie seien nichts wert". Natürlich nicht, auch wenn es genau das ist, was "wir" denken. "Etwas taktvoller sollte das sicherlich geschehen." Und so redet man taktvoll von "mentalen Verheerungen", von "verzwergten Menschen", von der ungeheuren "Verwüstung der alten Kulturlandschaft Mitteldeutschlands", von der "Illusion, wenn das Regime und die Partei gestürzt seien, blühe alles wieder auf. Nichts blüht auf, da ist nichts mehr". Man kennt freilich noch eine Steigerung von "nichts": Gegenüber der DDR seien Polen, die CSFR und Ungarn "ein hoffnungsloser Fall" und diesen Ländern gegenüber wiederum die Ex-UdSSR ein "bodenloser Abgrund". Ganz locker fällt Baring in diesem Fall das Urteil, "zwanzig, vielleicht vierundzwanzig Millionen Menschen" dort seien "in einer künftigen Marktwirtschaft (...) alle zu nichts zu gebrauchen". Also Menschenschrott? Und wohin damit? Ab nach Sibirien? Das geht, wenigstens zur Zeit, leider nicht: "Man kann sie ja nicht alle nach Sibirien schicken, weil das den neuen Erwartungen der allgemeinen Menschenrechte widerstreitet" - früher war das einfacher. Aber fest steht für Baring: "Sie sind aber auch nicht in eine freie Gesellschaft integrierbar."

Baring und Siedler bleiben nun nicht stehen bei solchen Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber ganzen Bevölkerungen, sie liefern ihren LeserInnen auch eingängig gängige Begründungsmuster, eine Mischung aus "Schuld war ganz allein der Sozialismus" und "die sind eben so".

Beim ersten Muster geht es dabei nicht vorrangig um eine Abrechnung mit dem "sozialistischen System", sondern um die günstige Gelegenheit, die eigenen zivilisiert-deutschen Nazi-Verbrechen, diese "im Grunde unbegreifliche Erfahrung", in ganz anderem Lichte erscheinen zu lassen. Zunächst werden Vokabeln, die bisher zur Charakterisierung der schlimmsten Nazi-Verbrechen gedient haben, auf realsozialistische Herrschaftsmethoden angewandt:
"Der DDR-spezifische Aderlaß begann 1945 mit einer sowjetischen

Brutalität sondergleichen, die einem Vernichtungs-feldzug gleichkam. In den folgenden Jahrzehnten wurden die kommunistischen Methoden der Ausmerzung gemäßigter, relativ gesehen, aber die Ereignisse waren dennoch verheerend: eine Wüste."

Ist so der Gleichstand auf gedanklicher Ebene zwischen Auschwitz und Bautzen erreicht, kann man einen Schritt weitergehen und wieder die Unvergleichbarkeit von deutschem Faschismus und real exisitierendem Sozialismus herausstreichen, nur andersherum als gewöhnlich. Letzterer sei "ein wirklich totalitäres Regime" gewesen, "ein terroristischer Polizeistaat", der "eine Wüste in jederlei Hinsicht", eine "in der Tiefe verheerte Welt" hinterlassen habe. Dagegen "war historisch gesehen das Dritte Reich natürlich nur ein autoritäres Regime", in dem "das bürgerliche Leben (...) nach 1933 im großen und ganzen unverändert weiterging" und das nach 1945 "eine wesentlich intakte Gesellschaft" hinterlassen habe. Ja, eigentlich war "das Dritte Reich, ganz abgesehen davon, was es sonst noch war, ein außerordentlich moderner Staat, in vielerlei Hinsicht der modernste Staat Europas, wenn man das außermoralisch nimmt". Nehmen wir und erkennen wir voller Stolz: Wir Deutschen marschierten "rein technologisch betrachtet" selbst oder gerade zur Nazi-Zeit "an der Spitze Europas. Das gilt sowohl für die Technik der Stahl-Herstellung als auch der chemischen Idustrie, wenn wir zum Beispiel (...) an die neuen Verfahren wie Kohle-Verflüssigung oder Kohle-Vergasung denken." Zum Beispiel. Oder zum Beispiel an das Vergasungsverfahren mit Zyklon B ... Das ist doch etwas anderes als ein Trabant, der "die ganze Armseligkeit" des sozialistischen Staates "wie ein Brennglas vorführt".

Abgesehen von der DDR sieht Siedler dann aber auch hinter der sozialistischen Armseligkeit "die traditionelle Zurückgebliebenheit des alten Osteuropa", das "in die alte chaotische Unordnung, in der es immer gelebt hat", zurückfalle. "Deutsche Romantiker" mögen hoffen, nun nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus "Osteuropa wieder in die Geschichte einzuführen". "Illusion", kontert Siedler trocken, "man führt sie zurück zu sich selber, das heißt ins Nichts". Polen? Ein Nichts. Russen? Ein Nichts. Tschechen, Slowaken usw.? Nichts, nichts, nichts. Und wenn sich die DDR via Sozialismus mit dieser Welt des Nichts verbunden hat, konnte sie konsequenterweise nicht mehr "deutsch" sein - deutsch kann schließlich nicht Nichts sein: "In der alten DDR herrschte im Grunde, wie man es früher formuliert hätte, polnische Wirtschaft (...) und aus den Menschen dort sind weithin deutsch sprechende Polen geworden".

Halten wir vorerst fest: Auch ohne auf ausdrückliche Rasse-Konzepte zurüchzugreifen, stellen Baring und Siedler die gesamte Bevölkerung eines halben Kontinents oder mehr als minderwertig hin. Wird diese Minderwertigkeit auch von ihnen nicht auf Erbanlagen zurückgeführt, bleibt sie dennoch ein fast natürliches, weil nur in Menschenleben weit übersteigenden Zeiträumen änderbares kollektives Merkmal. Selbst im "günstigen Falle" der Ex-DDR "müssen wir also in Generationen rechnen, bis alle mentalen, emotionalen Defizite beseitigt sind." Die Kehrseite dieser Zuschreibungen bildet die Behauptung prinzipieller (west-)deutscher Überlegenheit.

Damit lassen es freilich Baring und Siedler nicht bewenden, geht es ihnen doch um politische Strategien, die daraus abzuleiten sind und die sie auf den Nenner bringen: Wir müssen "Machtpolitik wieder für uns entdecken." Alsbald breiten sie das ganze Arsenal machtpolitischen Denkens und Träumens über die "uns" lauernden Gefahren und die Chancen deutscher Vorherrschaft aus. Der Kalte Krieg ist zwar vorbei, doch wir werden weiter bedroht, von der "Gefahr der Ver-Ostung", der "wir im Westteil Berlins bereits täglich begegnen" mit "Verwahrlosung" und "Proletarisierung der Stadt". "Erst recht drohen uns gewaltige Schwierigkeiten, sobald hinter den 16 Millionen (aus der Ex-DDR, d.V.) noch die übrigen Osteuropäer in Massen auftauchen. Dann sieht die Sache für uns ganz schlimm aus!" Für die Ex-DDR mit ihren "verzwergten Menschen" gebe es "als Rettung" nur noch eine "neue Ostsiedlung" von Westdeutschen; ganz recht, "es handelt sich wirklich um (...) eine Kolonisierungsaufgabe". Das klinge "schrecklich hochmütig", ist aber genauso gemeint. "Es könnte für die ehemaligen DDR-Bewohner unter Umständen eine wichtige Lehre sein, wenn sie irgendwann mit dem Ende westdeutscher Geduld rechnen müßten (...) Wenn vielen von euch das alles so wenig gefällt, wenn ihr weder zu arbeiten noch etwas dazuzulernen bereit seid, sondern nur Forderungen stellt, schlagen wir euch vor, wir setzen euch raus." Der Kolonialherren-ton ist noch nicht verlernt.

Was Polen betrifft, müßten wir eigentlich "aus ganz eigennützigen Motiven" an einem "blühenden Polen" interessiert sein. Aber komme keiner damit, wir müßten schon wieder helfen, den Russen, den Polen. "Lauter Redensarten", Vorbeigeschwafel an den Realitäten. Realistisch ist: "Wir werden uns abschotten gegen alles Elend im Osten Europas." Und wie das? Konkret, "was tun wir notfalls an unserer Ostgrenze?" Baring: "Das ist die Frage, auf die wir uns mit allem Ernst vorbereiten müssen. Ich glaube, daß dann in dieser oder jenen Form an Absperrungsmaßnahmen gedacht werden muß." Über "diese oder jene Form" macht er sich auch schon Gedanken. Es werde "eher zu einem neuen Maginot-Denken kommen, also irgendeine Art von neuem Mauerbau, übrigens im Maßstab der EG. Denn wir sind nicht die einzigen, die von Zuwanderung bedroht sind, sich bedroht fühlen." Es mag vielleicht verblüffen, wie schnell das, was gestern als "Schandmauer" angeprangert wurde, in den Katalog vorstellbarer Maßnahmen aufgenommen, sogar darüber hinausgegangen und an eine militärische Bekämpfung von ImmigrantInnen gedacht wird. Die Maginot-Linie bildete schließlich ein von Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg groß angelegtes militärisches Befestigungssystem an der französischen Ostgrenze mit Panzersperren, Schützengräben und Festungen, gedacht als "unüberwindbare Barriere" gegenüber deutschen Angriffen.

Als geschichtsbewußte Deutsche machen Baring und Siedler in ihren Träumen nicht halt bei defensiv angelegten Schutzwällen. "Wir müssen uns wegen der gemeinsamen Oder-Neiße-Grenze dringend Gedanken darüber machen, wie wir uns verhalten, falls sich Polen als ein dauerhaft nicht stabilisierbares Land erweist. Aber was können und wollen wir tun?", fragen sie besorgt und scheinbar arglos. An Care-Pakete denken sie jedenfalls nicht und wohl auch nicht daran, die Grenze zu befestigen. Der eine bezeichnet die an Deutschland angrenzenden Teile Polens schon mal als "gemeinsame Territorien"; der andere versichert treuherzig: "Natürlich wollen wir die Polen nicht vertreiben, aber", wird er deutlicher, "eines Tages werden sich Pommern und Schlesien und Böhmen-Mähren wieder nach Deutschland orientieren." Dann erreicht das Szenario seinen verwegenen Höhepunkt: Was soll passieren, fragt Baring, "wenn uns die polnische Regierung eines Tages bäte, deutsche Truppen nach Polen zu entsenden, dort zu stationieren, weil sich Polen von anderswoher bedroht fühle?" Dieser Tag werde kommen, "irgendwann im nächsten Jahrzehnt". Ist das nun die Vorahnung, daß ein zweites Mal ein deutscher Truppeneinmarsch in Polen besser mit einem Hilferuf als der Behauptung, ab heute wird zurückgeschossen, zu legitimieren sein wird? Ist das die Sehnsucht, Geschichte zu wiederholen, um dieses mal endlich als Sieger hervorzugehen? Tatsächlich spricht Baring von der Notwendigkeit, sich heute auf eine Entwicklung einzustellen, die eher "der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939 ähnelt." Die deutschen Chancen stehen da ja nicht schlecht. "Die russische Gegenmacht ist gelähmt (...), das weltumspannende britische Empire existiert nicht mehr", da wird der "kleinen Bundesrepublik" wahrscheinlich zufallen, "was das Dritte Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte - die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don." Da eine Zwischenkriegszeit von der Wortlogik her immer auch die Zeit vor dem nächsten Krieg bedeutet, "müssen wir in erster Linie prüfen,

wer uns (...) möglicherweise mit Krieg zu überziehen oder militärisch zu erpressen versuchen wird", müssen statt "lauter Friedenssehnsucht" zwischen "Freunden und Feinden zu unter-scheiden" wagen. Also: Die USA sind unser "wichtigster Partner" - war es doch angeblich der deutsche Hauptfehler zwischen 1871 und 1945, keine mächtigen Alliierten gefunden zu haben -, auf England kann man sich nicht verlassen, bei Frankreich ist "leichtes, bei Rußland riesiges Mißtrauen geboten". Wenn nun Krieg weiterhin "das letzte Mittel" bleibt, was nur "der kurzsichtige, rabiate Egoismus" leugnen könne, muß aber vor allem auch die Frage gestellt werden: "Haben wir überhaupt noch eine Kriegsführungsfähigkeit?" Aufrüstungstechnisch gesehen ist die es eher rhetorisch gemeinte Frage, "ob der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen wirklich für alle Zukunft gilt." Das eigentliche Problem, einen Krieg ordentich zu führen, liege aber bei den Deutschen selbst. "Der Golfkrieg war eine Stunde der Wahrheit: Viele Deutsche sind verwöhnt, sind denkfaul, sind feige geworden." Viele wären "nicht bereit, Haus und Hof, Weib und Kind mit Waffengewalt zu verteidigen". Doch gegenüber wem bloß? Stand gerade der Einmarsch der polnischen Armee in Berlin zur Diskussion? Ist es die Ex-UdSSR, die nach 45 Jahren endlich ihre Kriegsziele erreichen konnte, Vormacht auf dem Kontinent zu werden?

Nein, es geht Baring und Siedler im Kern darum, wie die Deutschen motiviert werden können, die Hegemonialmacht, die sie faktisch erreicht haben, auch in Anspruch zu nehmen. Denn "man hat Macht nur in dem Maße, in dem man sie haben will und die entsprechenden Opfer bringt". Doch "mit der bloßen Beschwörung eines inhaltsarmen Kulturpluralismus, mit phrasenhafter Internationalität (...) gewinnen wir nie den opferbereiten Zusammenhalt, den wir notwendig brauchen".

Der Kreis schließt sich: Die Herausbildung dieses Zusammenhalts setzt die Ein- und Ausgrenzungsprozesse des überlegenen Wir und des minderwertigen Anderen ebenso voraus wie die Schaffung eines Bedrohungsgefühls*, sei es durch das Schreckgespenst sintflut-artiger Zuwanderung oder die Beschwörung diffuser unberechenbarer Feinde, bei gleichzeitiger systematischer Relativierung oder Umwertung eigener begangener Verbrechen. Damit wir Deutsche uns als Deutsche endlich "mit großem Ernst" wieder fragen können: "Was ist uns so wichtig, daß wir gemeinsam bereit sind, unser Leben einzusetzen?" Wohlgemerkt, den einzelnen als deutsch Auserwählten wird letztendlich nur der Opfermut bis hin zum Tod als animierende Aussicht geboten, aber es kann wenigstens endlich wieder für Deutschland gestorben werden.

Rassismus nicht als Ausdruck von Defiziten, Verunsicherung gegenüber Fremden oder schlichte Gewohnheit, sondern als Teil deutscher Vorherrschaftsstrategien?

Bei der Berliner Industrie- und Handelskammer ist Baring mit diesen Gedanken auf "überraschend breite und zustimmende Resonanz" gestoßen. Ich fürchte, bei uns wird es zu lange dauern, bis wir begreifen, daß Antirassismus nicht nur aus einer Mischung von Kulturaustausch und Sozialarbeit bestehen kann.

Antirassistische Initiative

*) *Siehe Sigfried Jäger: Brandsätze - Rassismus im Alltag, Duisburg: Diss-Studien, 1992, und Rudolf Leiprecht: "... da baut sich ja in uns ein Haß auf ...", Hamburg/Berlin: Argument Verlag, 1990.*

**) *Arnulf Baring: Deutschland, was nun?, Berlin: Siedler-Verlag, 1991.*

Drahtzieher im braunen Netz Der Wiederaufbau der 'NSDAP'

Die Autoren dieses Buches, ein "Antifaschistisches Autorenkollektiv" aus dem Umfeld des Westberliner "Antifaschistischen Infoblatt" und des Ostberliner "Telegraph", haben sich die Aufgabe gestellt, einen Überblick über die Vernetzung der militante Neo-Nazi-Szene zu geben.

Als "braunen Faden" durch das Gestrüpp der diversen Parteien, Gruppen und Grüppchen haben sie die GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) gewählt.

Deshalb mußten bestimmte Gruppierungen wie z.B. die Nationalistische Front weitgehend vernachlässigt werden. Dieser methodisch bedingte Nachteil fällt aber kaum ins Gewicht. Die Darstellung der GdNF und der vielfältigen personellen und politischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen ist den Autoren eindrucksvoll und nachvollziehbar gelungen.

Positiv hervorzuheben sind auch die zahlreichen Fotos von rechten Aktivisten. Sie verhelfen dem Buch, das wegen seiner Materialfülle stellenweise anstrengend zu lesen ist, zu einer großen Anschaulichkeit.

Das Buch selbst gliedert sich in mehrere, thematisch miteinander verknüpfte Teile:

* Alt- und Neo-Nazis bemühen sich schon seit längerem, die Geschichte umzuschreiben und zu revidieren. Dabei sollen die Verbrechen des Dritte Reich verharmlost, verniedlicht und weggelogen werden.

Z.B. wird unter dem Stichwort "Auschwitz-Lüge" die Ermordung der Juden und anderer "Untermenschen" geleugnet und die Existenz der NS-Vernichtungslager als Ausgeburt antideutscher Propaganda denunziert. Starken Auftrieb erhielten die faschistischen "Revisionisten" durch den bundesdeutschen "Historikerstreit" und der allgemeinen Tendenz, nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten die Geschichte zugunsten des herrschenden Bürgertums umzuschreiben.

Diese Entwicklung versuchen die "Revisionisten" für sich zu nutzen, indem sie unter anderem 1990/91 mehrere Kongresse veranstalteten,um ihre Geschichtslügen zu popularisieren.

- Die folgenden Kapitel des Buchs beschäftigen sich mit der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) als dem Bindeglied zwischen verschiedenen Gruppierungen der militanten Rechten:
  "Die in der GdNF organisierten Faschisten träumen von einem nationalsozialistischen Vierten Reich, der Wiederbelebung des großdeutschen Rassismus inclusive der Errichtung von Vernichtungslagern für politische Gegner und "Lebensunwerte". Sie machem die jüdischen Menschen für alles "Böse" in der Welt verantwortlich. Ihre gesellschaftlichen Vorstellungen umschreiben sie mit dem Begriff Volksgemeinschaft, in der der Starke gewinnt und der Schwache untergeht, die Frauen sich den Männern unterzuordnen haben und die Arbeiterinnen und Arbeiter bedingungslos den Unternehmern Folge leisten.

Es braucht bei Kenntnis der Geschichte nicht übermäßiger Phantasie, um eine Vorstellung von diesem Nationalsozialismus und den Folgen der Propaganda gegen andere "Rassen und Nationen", die als minderwertig angesehen werden, zu bekommen.

Was ist die GdNF?

Die GdNF ist nach der internen Organisationszeitschrift DIE NEUE FRONT benannt. Dieses Blatt hatte die Koordination der Neofaschisten übernommen, die nach der ersten Spaltung der FAP 1988 zu MICHAEL KÜHNEN hielten. Die letzte bekannte Nummer erschien im Dezember 1990, dem "102. Jahr des Führers", wie die offizelle Zählung der Schriftleitung lautete. Es gab nach dieser Spaltung auch noch eine weitere NEUE FRONT, die von KÜHNENs damaligen Konkurrenten des MOSLER/HEIDEL-Flügel in der FAP herausgegeben wurde,jedoch nach ungefähr zwei Jahren einging.

Die GdNF ist eine straff geführte nationalsozialistische Kaderorganisation. In ihrer hierarchischen Gliederung haben "die Kameraden Befehle auszuführen, ohne eine Frage nach dem Warum zu stellen" (dNF, Nr.76). Wie schon ihre Vorläuferorganisation "ANS/NA versteht (sie) sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA und kämpft politisch für die Aufhebung des NS-Verbotes. Sie bekennt sich zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms (der NSDAP -d.A.) vom 24.2.1920." KÜHNEN verfolgte nach eigenen Angaben "seit 1977 drei aufeinanderfolgende Ziele: 1. Aufhebung des NS-Verbotes, 2. Neugründung der NSDAP und 3. Nationalsozialistische Revolution in Deutschland zu Verwirklichung der wahren Volkgemeinschaft." (dNF, Jan. 90)

Die Hauptaktivitäten der GdNF von 1989 - 91 waren:

- der Aufbau von Organisationsstrukturen, vor allem in der DDR,
- Organisierung von Aufmärschen wie in Wunsiedel, Bayreuth und Dresden,
- Verbreitung von Geeschichtsrevisionismus,
- paramilitärisches Training und der Ausbau der GdNF-Strukturen zur SA,
- intensive Öffentlichkeitsarbeit, die hauptsächlich über die von Kühnen geschickt benutzten bundesrepublikanischen Medien lief.

Nachdem Kühnen am 21.April 1991 an AIDS gestorben war, leitet nun eine Führungsgruppe die GdNF." (Drahtzieher im braunen Netz, S.37/38).

Allerdings birgt dieses Herangehen der Autoren auch gewisse Gefahren: "Die scheinbaren Differenzen und ideologischen Streitereien der darin (in der GdNF - Anm.d.A.) organisierten Gruppen entpuppen sich als ein Täuschungsmanöver..." (aus dem Klappentext auf der Rückseite).

Diese - kurz gesagt - verschwörungstheoretische Sicht kann dazu verleiten, die differenzierte Auseinandersetzung mit den verschiedenen politisch-ideologischen und organisatorischen Strömungen der Rechten zu vernachlässigen - nach dem Motto: Ist ja sowieso alles eine braune Soße.

Trotz dieses Einwandes: Die Untersuchung der GdNF ist geeignet, eine der wichtigen Netzwerkstruktur der Rechten und militanten Neo-Nazis darzustellen und transparent zu machen.

- In den folgenden Kapiteln des Buches wird die Entstehung und Entwicklung einer Neo-Nazi-Szene in der realsoziali-

stischen DDR der 80er Jahre und der Aufbau faschistischer Strukturen und Organisationen während und nach der "Wende" dargestellt.

- Faschismus ist kein ausschließlich deutsches Problem. Deshalb folgt ein knapper Überblick über die internationalen Verbindungen und Kontakte der Neo-Nazis.

- In einem längeren Nachwort stellen die Autoren ihre Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, der BRD und dem nunmehr vereinten Deutschland dar. Außerdem stellen sie ihre Vorstellungen über sinnvolle und effektive Antifa-Politik zur Diskussion.

Wer einen aktuellen Überblick über den größten Teil der militanten Neo-Nazi-Szene haben will ist mit diesem Buch gut bedient. Für aktive AntifaschistInnen ist es ein unentberliches Arbeitsbuch und Nachschlagewerk.

D.K.

ID-Archiv im ISSG (Hrsg.)
Drahtzieher im braunen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP
Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektives Berlin
Edition ID-Archiv, Berlin - Amsterdam 1992
172 Seiten, 20,- DM

Neue Broschüren

Wir stellen hier einige neue Broschüren zu den Themen Antifaschismus und Antirassismus kurz vor. Zugleich bitten wir alle Gruppen und Initiativen, die eine neue Broschüre oder Dokumentation herausgeben, uns ein Besprechungsexemplar zuzusenden.

- **Der <u>Antifaschistische Ratschlag</u> Anfang November 1991 in Dresden war der Versuch, die Ost-West-Zusammenarbeit auf diesem Gebiet voranzubringen. Mittlerweile ist ein Reader erschienen, in dem Berichte und Referate von diesem Treffen veröffentlicht sind. Aus dem Inhalt:**

- Neofaschismus in der DDR
- Antifaschismus out?
- Rep out - Bundesregierung in - zur Entwicklung bei den traditionellen Faschisten
- Die "Neue Rechte": Vordenker für einen modernisierten Faschismus
  Dokumentation: Schlußkommunique der Ministerkonferenz über
  Maßnahmen zur Eindämmung dar illegalen Einreisen aus und über
  Mittel- und Osteuropa

Die Broschüre kostet 6,- DM und kann bezogen werden bei:
GNN, Zülpicher Str. 7, W - 5000 Köln 1

- **In der Reihe "Podium Progressiv" ist erschienen: <u>Neofaschismus - Dokumente aus dem Bundestag</u>, herausgegeben von M. Gregoire.**

Aus dem Inhalt:

- Nationalistische Front - Nationales Einsatzkomando - Nationale Offensive - NSDAP /AO - Gottfried Küssel - Arun Verlag - Junge Freiheit - Deutsche Liga - Der Schlesier - Ostpreußenblatt - Junge Witikonen - Nationaleuropäisches Jugendwerk.
-

Die Broschüre hat 104 Seiten, kostet 9,- DM und kann bestellt werden bei: PDS/Linke Liste, Postfach 3346, W - 6500 Mainz

- **Der erste Sonderband der Zeitschrift "Die Brücke" ist erschienen: <u>Islam im Abendland.</u>**

Aus dem Inhalt:

- Welche Werte verteidigt das Abendland?
- Kein Minarett unter dem Opel -Schornstein?
- Der Islam will in Deutschland heimisch werden
- Die Lehre von der Einheit der Religionen in der islamischen
- Mystik
- Frauen im Islam
- Salman Rushdie: Die satanischen Verse

"Islam im Abendland" hat 160 Seiten, kostet 14,- DM und ist im Buchhandel erhältlich.

- **In der Broschüre <u>"Antiislamischer Rassismus und Algerien"</u>, herausgegeben von der AG Algerien werden Beiträge einer Veranstaltung im Februar 92 dokumentiert.**

Aus dem Inhalt:

- Anmerkungen zum Feindbild Islam
- Französische Kolonialherrschaft und antiislamischer Rassismus
- Frauen und kulturelle Identität
- Politische und ökonomische Entwicklung des unabhängigen Algerien
- Kritik an der linken Darstellung und Beurteilung der jüngsten
- Entwicklung in Algerien
- Edward Said: Überlegungen zum Orientalismus
- Frantz Fanon: Rassismus und Kultur
-

CARF: Vom Terroristen zum Barbaren - das Gesicht des anti - arabischen Rassismus

Ivesa Lübben: Sprachlos zwischen Hammer und Amboß

Die Broschüre kann für 5,- DM (in Briefmarken / inclusive Portokosten) bestellt werden bei: AG Algerien, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, W - 1000 Berlin 61

DAS ZAG KÖNNT IHR HIER UND DA UND DORT BEKOMMEN

ABER GANZ BESTIMMT BEI:

ADA, Reichenberger Str. 63 A, W-1000 Berlin 36, Tel.: 6189272

Antiquariat, Oranienstr. 45, W-1000 Berlin 61

Antirassistische Aktion an der FU, Info-Café (Raum L 25/15 in der FU „Silberlaube", nahe EWI-Bibliothek), Tel.: 8383651

AStA der TU, Marchstr. 6, W-1000 Berlin 12

AStA der FHSS (Alice Salomon Fachhochschule), Karl-Schrader-Str. 6, W-1000 Berlin 30

AStA der FU, Kiebitzweg 23, W-1000 Berlin 33

Aurora, Buchhandlung u. Auslieferung, Knobelsdorffstr. 8, W-1000 Berlin 19

Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, O-1054 Berlin

BAOBAB, Winsstr. 53, O-1055 Berlin, Tel.: 4269451

Buchladen im BAZ. Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61

Buchladen im Haus am Köllnischen Park, Am Köllnischen Park, O-1054 Berlin

Buchladen O 21, Oranienstr. 21, W-1000 Berlin 36

Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

Café Cralle, Hochstädter Str. 10a, W-1000 Berlin 65

Copy Proppy, Gneisenaustr. 113, W-1000 Berlin 61

Eine Welt-Laden des BAOBAB, Wichertstr. 51, O-1017 Berlin

Ex, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

Infoladen Lunte, Weisestr. 53, W-1000 Berlin 44

Kastanie, Schloßstr. 22, W-1000 Berlin 19

Linde, Sophie-Charlotten-Str. 97, W-1000 Berlin 19

Mehlwurm, Vollkornbäckerei, Pannierstr. 2, W-1000 Berlin 44

Paul-Schneider-Haus (Café im Keller), Schönwalder Str. 23, W-1000 Berlin 20

Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16, W-1000 Berlin 65

VHS Kolleg Schöneberg, Nürnberger Str. 63, W-1000 Berlin 30

Wenn Ihr das ZAG (Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen) regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt, füllt den Schnipsel aus und schickt ihn an:

Antirassitische Initiative e.V.
c/o Fabrik Osloer Str.Osloer Str. 12
1000 Berlin 65

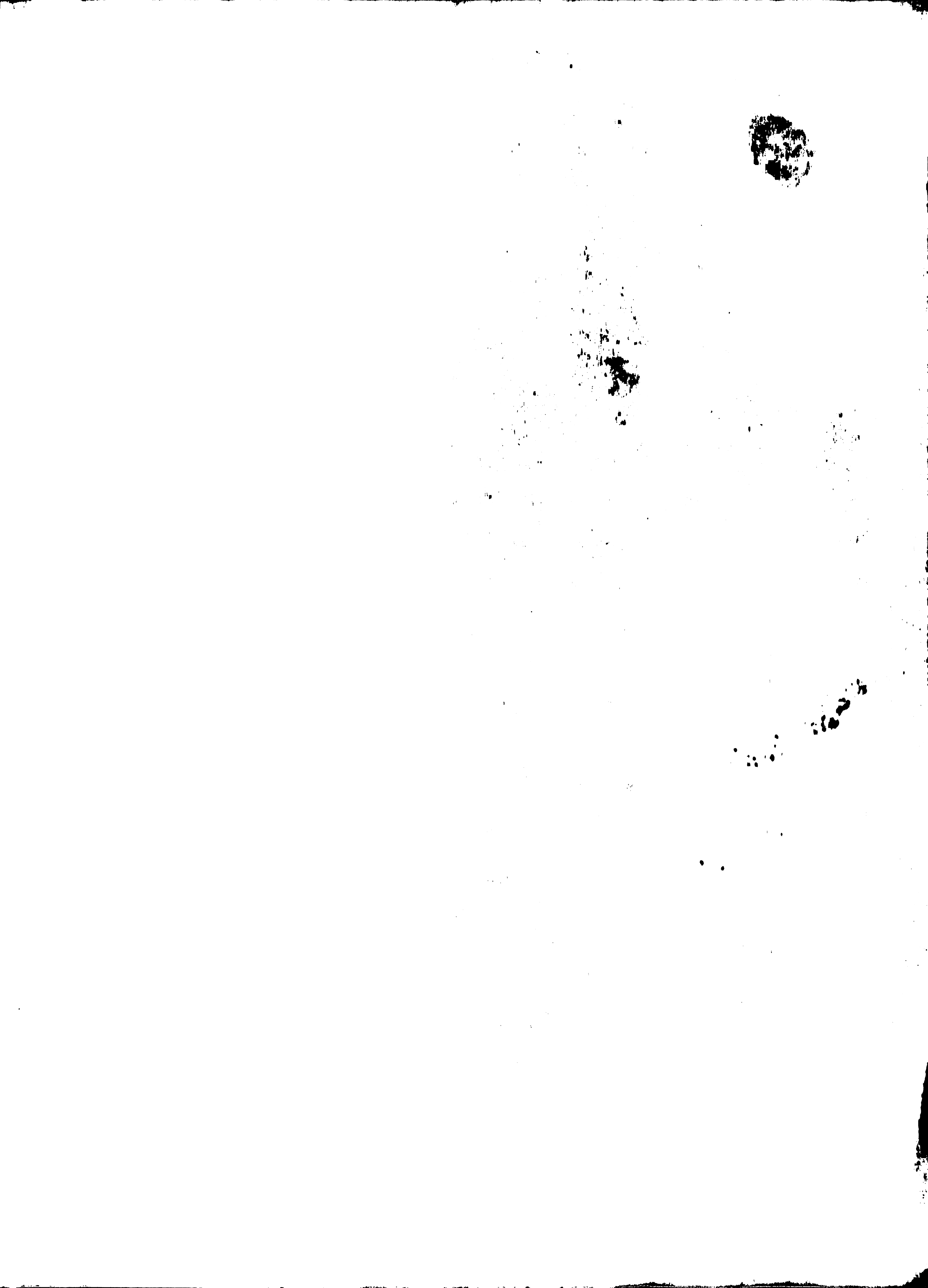
pro Heft: 2,00 Mark bzw. soviel Ihr Ihr spenden könnt. (bedenkt dabei, unsere finazielle Krise hält unvermindert an!)
Versandkosten müßt Ihr auf jeden Fall zahlen:

bis 2 Ex:	DM 1,00
bis 5 Ex.:	DM 2,00
bis 10 Ex.:	DM 3,00
bis 20 Ex.:	DM 5,00
über 20 Ex.:	DM 7,00 (bis 5 kg)

Ihr könnt uns den jeweiligen Betrag in Briefmarken schicken, in Scheinen oder auf unser Konto überweisen.

Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Keithstr. 2
1000 Berlin 30
Stichwort ZAG
BLZ 100 20 500
Kontonummer: 3039600

Ich will/Wir wollen das ZAG ab sofort und sagen, wenn wirs nicht mehr wollen.
Geld/Briefmarken für die vier Ausgaben 1992 liegt bei : **JA / NEIN**
Geld wird auf der Stelle aufs Konto überwiesen : **JA / NEIN**



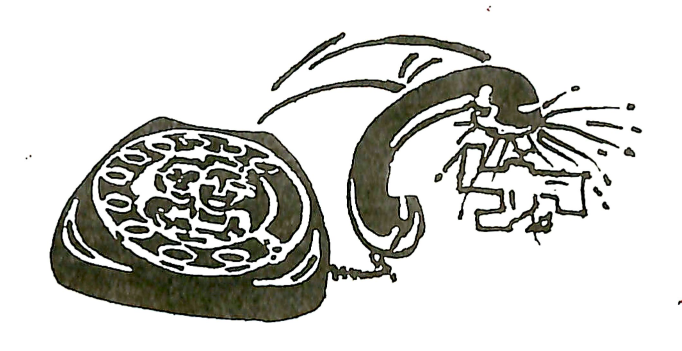
Meldet euch:

- wenn ihr rassistische oder faschistische Schmierereien entdeckt
- wenn euch Treffen alter und neuer Nazis bekannt werden
- wenn ihr Bedrohungen und Einschüchterungen durch Nazis erlebt bzw. davon hört
- wenn ihr Kontakte sucht oder andere Infos weitergeben wollt

ANTIFA-INFO-TELEFON

692 15 99

Sa 18-21h
sonst Anrufbeantworter



Antirassistisches Telefon Ostberlin
Winsstr. 53 O - 1055 Berlin
Tel.: 426 94 51
Dienstag bis Donnerstag
von 12.00h bis 22.00h

DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON



DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- vermittelt, soweit möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus.